BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Mai 1962 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Chronik des Monats April 1962 S. 321
- Die Lage S. 324
- Kommentare S. 335

- Dr. Hermann Rauschning: Der erste der „kleinen Schritte" S. 338
- Die militär-politischen Aspekte des Deutschland-Problems (II) [Antworten auf eine Umfrage der „Blätter"] S. 348
- Prof. Dr. Albert Rasker, Leiden: Erwägungen zur deutschen Frage S. 353
- Prof. D. Helmut Gollwitzer: Die Kirche in der deutschen Situation S. 361
- Christian Geissler: Der Protest muß zum Angriff werden S. 368
- Klaus Ehrler: Rußlands zweiter Großer Oktober (II) S. 372

- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 382

- Dokumente zum Zeitgeschehen S. 394

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VII. Jahrgang Heft 5

Vorgesehen sind u. a.:

Heinz Abosch:
Im Zeichen des Nihilismus

Prof. Elie van Bogaert, Senator (Gent):
Mitteleuropa und die Bipolarität der Welt

Dr. Achim v. Borries:
Zur Kritik bundesdeutscher Ideologien

Tom Driberg, M. P.:
„Moralische Aufrüstung" und die Politik

Dr. med. Klaus Wattenberg:
Wissen und Gewissen der Naturwissenschaftler

In den letzten Heften u. a.:

Prof. Dr. Geoffrey Barraclough:
Das Ende einer Illusionspolitik (9/61)

Prof. Dr. Erich Fromm:
Das neue kommunistische Programm (10/61)

Prof. Dr. Linus Pauling:
Dringender denn je: Allgemeine und totale Abrüstung (11/61)

Prof. Dr. Anton Neuhäusler:
Der Papst und das christliche Gewissen (12/61)

Albert J. Luthuli, Friedensnobelpreisträger:
Afrika und die Freiheit (1/62)

Dr. Hermann Rauschning:
Das erste Jahr John F. Kennedy's (2/62)

Kurt R. Grossmann:
„Antideutsche Welle" oder Ernüchterung in USA? (4/62)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon 21 53 36; Postscheckkonto Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank, Köln.

Erscheinungsweise Anfang jeden Monats zum Preise von DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.

Sprechstunde der Redaktion: Montags von 15 bis 17 Uhr.

Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VII. Jahrgang | **Mai 1962** | **Heft 5**

Chronik des Monats April 1962

1. 4. — Schweiz. Mit 286 583 Ja- gegen 536 876 Nein-Stimmen (35 : 65 Prozent) findet die Verfassungsinitiative auf Einführung eines Atomwaffenverbotes für die schweizerische Armee nicht die notwendige Mehrheit. Das Stimmrecht besaß nur die wahlberechtigte männliche Bevölkerung.

— Tarife. Beginn des tariflosen Zustandes, gefolgt von Demonstrationen und Streiks im Baugewerbe.

— Laos. Botschafter Sullivan vom State Department nimmt direkte Kontakte mit dem neutralistischen Politiker Souvanna Phouma und den Führern der Pathet Lao Bewegung auf und verhandelt über die Bildung einer „gesamtlaotischen Koalitionsregierung". Das prowestliche Kabinett in Vientiane hatte sich noch im März geweigert, einer solchen — auf der Genfer Laos-Konferenz vereinbarten — Regierung beizutreten.

2. 4. — UNO. Gegen die Aufnahme eines DDR-Memorandums an Generalsekretär U Thant in offizielle UNO-Dokumentationen interveniert erfolglos im Auftrag der Bundesregierung Botschafter Knappstein. Bonn hatte die Umfrage der Vereinten Nationen zum Thema Kernwaffenverzicht nicht beantwortet.

— Syrien. Nach dem Staatsstreich von Ende März bilden sich in Aleppo und anderen Städten Komitees „Freier Offiziere der Vereinigten Arabischen Republik", die für den Wiederzusammenschluß des Landes mit Ägypten eintreten. Am 3. 3. kehrt der frühere Staatspräsident al-Kudsi in sein Amt zurück, die sieben Offiziere der „Militärjunta des 28. März" gehen ins Exil.

4. 4. — Kernwaffen. Das UNO-Sekretariat übermittelt der Abrüstungskommission die Ergebnisse seiner Umfrage über die Bedingungen, unter denen Staaten zu einem Verzicht auf Kernwaffen bereit seien. Die Befragung geht auf Initiative der Vollversammlung vom 4. Dezember 1961 zurück.

— FIBAG-Affäre. Erste Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Widersprüchliche Aussagen verschiedener Ministerialbeamter und anderer Zeugen in den nächsten Tagen.

— Militärmissionen. Sowjetmarschall Konjew und der amerikanische Oberbefehlshaber in Europa, General Clarke, stellen — unter Bezugnahme auf ein alliiertes Abkommen aus dem Jahre 1947 — die Bewegungsfreiheit ihrer Militärmissionen in Frankfurt bzw. Potsdam wieder her.

— Abrüstung. Im Generalkomitee der Genfer 18-Mächte-Konferenz beginnt die Diskussion über eine Konvention zum Verbot jeder Kriegspropaganda.

— Angola. Die „Union der Bevölkerung Angolas" bildet in der kongolesischen Hauptstadt Leopoldville eine Exilregierung für die portugiesische Kolonie.

6. 4. — Kernwaffen. Minister Strauß entwickelt in der „Politisch-Sozialen Korrespondenz" seine neue Version für ein „gewisses Maß an Mitspracherecht" bei der Verfügungsgewalt über Atomwaffen: Vetorecht für jedes NATO-Mitglied, um Abzug oder Verminderung der auf seinem Gebiet lagernden atomaren Sprengköpfe zu verhindern. Strauß betont das „besondere Interesse" der Bundesregierung an einer nuklearen Partnerschaft der NATO mit den USA.

7. 4. — Algerien. Amtseinführung der Provisorischen Exekutive — Chef der „Übergangsregierung" ist der Algerier Abderahman Farès — im Verwaltungszentrum Rocher Noir.

— VAR. Das Oberste Gericht vertagt einen Spionageprozeß gegen französische Diplomaten und läßt die Angeklagten frei.

— Portugal. Straßengefechte in Lissabon zwischen Studenten und der Polizei nach dem Verbot des „Nationalen Studententages" durch die Regierung.

8. 4. — Frankreich. 65 Prozent der wahlberechtigten Franzosen (90% aller abgegebenen Stimmen) bestätigen den Vertrag von Evian. Mit der Volksabstimmung verbunden sind neue Sondervollmachten für General de Gaulle.

11.—13. 4. — Frankreich. Das Verfahren des Hohen Militärgerichts gegen den in Algier verhafteten „OAS-General" Jouhaut endet mit Verkündung der Todesstrafe für den Angeklagten.

12. 4. — Berlin. Mit „Anzeichen einer gewissen Entspannung" begründet Präsident Kennedy die Rückberufung seines Beraters General Clay nach Washington. — Neue amerikanische Pläne zur Fortführung der Gespräche mit der Sowjetunion und darin enthaltene Konzessionen (Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Vertrag; keine Weitergabe von A-Waffen; ständige Kontakte zwischen Ost- und Westdeutschland; gemeinsame Kontrolle des Berlin-Verkehrs unter Beteiligung der DDR) führen zu Protesten der Bundesregierung. Das State Department wirft Bonn „gezielte Indiskretion" vor.

— Haushalt. Verabschiedung des „Rekordhaushalts" für 1962 in Höhe von 53,4 Mrd. Mark durch den Bundestag. Den größten Posten machen die Militärausgaben mit 14,71 Mrd. aus. Es folgt der Sozialetat mit 11,25 Mrd. DM.

— Kernwaffen. Die Delegationen Indiens, Burmas und der VAR in Genf fordern von den Großmächten, während der Abrüstungskonferenz keine Atom-Waffen-Versuche vorzunehmen.

13. 4. — Finnland. Neubildung des Kabinetts unter Ministerpräsident Karjalainen mehr als zwei Monate nach den Parlamentswahlen.

14. 4. — Frankreich. Die „zweite Regierung der V. Republik" übernimmt nach dem Rücktritt Premierminister Debrès der bisherige Direktor der Rothschild-Bank, Georges Pompidou.

— Gewerkschaftsjugend. An den DGB-Bundesvorstand richten die Delegierten der 5. Gewerkschaftsjugend-Konferenz die Aufforderung, alle erdenklichen Schritte gegen eine Übertragung der Verfügungsgewalt über nukleare Waffen auf die Bundeswehr zu unternehmen. In einer Entschließung werden weiter die geplante Notstandsgesetzgebung und Einschränkungen des Streikrechts abgelehnt. Die Vorschläge des Bundesvorstands für einen „neuen" (unpolitischen) Kurs der Gewerkschaftsjugend erhalten keine Mehrheit. Am 1. September, dem Tag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges, sollen Demonstrationen und Kundgebungen in der Bundesrepublik stattfinden.

16. 4. — Berlin. Wiederaufnahme der Berlin-Gespräche zwischen Außenminister Rusk und dem neuen Sowjetbotschafter in Washington, Dobrynin, auf der Grundlage neuformulierter Arbeitspapiere.

— Kernwaffen. Brasilien legt im Namen der acht Neutralen auf der Genfer Abrüstungskonferenz Kompromißvorschläge zur Überwachung eines Kernwaffenversuchsstops vor: Wissenschaftler aus den „blockfreien" Ländern sollen die Untersuchungsergebnisse nationaler Kontrollstationen überwachen und auf ihre Zuverlässigkeit prüfen.

16.—20. 4. — Jugoslawien. Sowjetaußenminister Gromyko erwidert den Be-

such seines jugoslawischen Kollegen Popowitsch in Belgrad.

17.—18. 4. — Europa. Ergebnisloser Verlauf der Verhandlungen über eine Europäische Politische Union. Korrespondenten berichten, die Weigerung Hollands und Belgiens den Vertrag zu unterzeichnen, sei auf die Furcht vor „Hegemonieansprüchen" einer „Achse Bonn—Paris" zurückzuführen.

18. 4. — Abrüstung. Drei Etappen sieht das detailierte amerikanische Projekt für „allgemeine und vollständige Abrüstung in einer friedlichen Welt" vor. Die beiden ersten Etappen (je drei Jahre) sollen der allmählichen Verringerung aller Waffenbestände dienen. Die Dauer der dritten Etappe ist nicht festgelegt. — Die Sowjetunion hatte ihren Drei-Stufen-Vertragsentwurf (Gesamtlaufzeit vier Jahre) schon zur Eröffnung der Genfer Verhandlungen im März vorgelegt.

— Algerien. Verhaftung des in Abwesenheit zum Tode verurteilten OAS-Chefs Salan im Universitätsviertel von Algier.

21. 4. — Kernwaffen. Der britische Philosoph Bertrand Russell tritt mit der Anregung an die Regierungschefs neutraler Staaten heran, durch Entsendung von Flotteneinheiten in den Pazifik die geplanten amerikanischen Teste zu verhindern. — Beginn der Ostermärsche in verschiedenen Ländern Europas.

23. 4. — Berlin. Außenminister Rusk und Botschafter Dobrynin kommen erneut zusammen. Einzelheiten neuer amerikanischer Berlin-Pläne werden bekannt. Danach soll eine internationale Behörde, bestehend aus 13 gleichberechtigten Mitgliedern (je drei Staaten der NATO, des Warschauer Vertrages und der Neutralen; je ein Vertreter aus beiden deutschen Staaten und beiden Teilen Berlins), den Zugang zur Sektorenstadt regeln.

— Weltraum. Mißlungener Versuch von Cap Caneveral aus, ein Weltraumschiff auf dem Mond landen zu lassen. Wegen technischer Störungen im Steuerungs- und Signalsystem verfehlt der Satellit die vorausberechnete Bahn.

24. 4. — Deutschlandfrage. Außenminister Gromyko nennt vor dem Obersten Sowjet den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland eine wichtige Aufgabe. Die Sowjets bestünden jedoch nicht auf bestimmten Terminen. Zu einer dauerhaften Bereinigung des Berlin-Problems gehörten auch die Unterzeichnung von Nichtangriffserklärungen zwischen Warschauer Pakt und NATO, sowie das Verbot von Kernwaffen für beide deutsche Staaten.

— Argentinien. Staatschef Guido annulliert auf den Druck der Armee hin die Ergebnisse der Provinzwahlen vom März und einen Tag später die Kongreßwahlen, bei denen die Peronisten Stimmengewinne verzeichnen konnten. — Neuwahlen sollen erst im Oktober 1963 stattfinden.

25. 4. — Kernwaffen. Nahe den Weihnachtsinseln im Pazifik lösen die Vereinigten Staaten die ersten Atombomben ihrer neuen Versuchsserie in der Atmosphäre aus. — In allen Teilen der Welt kommt es zu Protesten.

25.—29. 4. — Großbritannien. Premierminister Macmillan besucht die USA und konferiert mit Präsident Kennedy und Generalsekretär U Thant über die Weltlage.

27. 4. — Berlin. Drittes Berlin-Gespräch zwischen Außenminister Rusk und Botschafter Dobrynin.

28. 4. — USA. Das Pentagon verfügt die Entlassung der 11000 im vergangenen Herbst wegen der Spannungen um Berlin einberufenen Reservisten für die Zeit vom 1. bis 11. August 1962.

29. 4. — Tarife. Nach mehrstündigen Geheimverhandlungen schließen Unternehmerverband und IG-Bau neue Tarifabkommen. Darin sind eine rückwirkende Lohnerhöhung ab 1. April und Sondervergünstigungen (u. a. eine Rentenbeihilfe aus einer Zusatzversorgungskasse) vorgesehen.

30. 4. — Deutschlandfrage. Die „Vorbehalte" der Bundesregierung gegen die amerikanischen Berlin-Vorschläge trägt CDU-Fraktionsvorsitzender von Brentano im Auftrage der Bundesregierung im Weißen Haus vor. — In Cadenabbia berät der Bundeskanzler mit Außenminister Schröder und Staatssekretär Globke über das gleiche Thema. Nach dem Gespräch wird erklärt, Bonn warne vor jeder Konzession und widersetze sich nach wie vor einer „direkten oder indirekten Anerkennung Ostberlins".

Die Lage

Die Differenzen Bonn—Washington

Nach monatelangen Vorbesprechungen sind in diesen Wochen die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Berlin-Frage in ein vorentscheidendes Stadium eingetreten. Offensichtlich sind nicht nur beide Seiten sich mehr denn je über die Notwendigkeit und auch die Dringlichkeit eines Übereinkommens im klaren, sondern haben auch die bisherigen Besprechungen Ansätze zu Lösungsmöglichkeiten erkennen lassen. Washington wie Moskau scheint daran zu liegen, daß die schwierigen Verhandlungen in einer relativ gespannten Atmosphäre von statten gehen können; das Verhalten der beiden Mächte in Berlin seit Mitte März legt diesen Schluß nahe. Gleichzeitig darf man umgekehrt aus dieser unverkennbaren Zurückhaltung in Berlin auf einen relativ positiven Verlauf der Gespräche in Washington und Genf, wie vorher in Moskau, schließen. Die vielkommentierte Rückberufung des Sonderbotschafters Präsident Kennedys in Berlin, des Generals Clay, und der entsprechende Gegenzug der Sowjets, die Rückkehr Marschall Konjews nach Moskau, sind zweifellos als Beitrag beider Seiten zu einer Verbesserung des Verhandlungsklimas und als Ausdruck eines gewissen Optimismus zu verstehen.

Aus alledem geht hervor, daß nun auch die amerikanische Regierung von der Unumgänglichkeit einer ausgehandelten Neuregelung des Berlin-Status überzeugt ist. Man weiß in Washington, daß eine weitere Verschleppung der Lösung dieses Problems höchst gefährliche Folgen für den Weltfrieden und auch für Westberlin selbst haben müßte. Zweifellos aber bedeutet diese Kompromißbereitschaft Washingtons ihren unausweichlichen Konsequenzen nach den Anfang eines amerikanischen Umdenkens in der Deutschlandfrage oder ist vielmehr schon der Ausdruck eines solchen. Insofern ist das offen zur Schau getragene Mißvergnügen gewisser Kreise in Bonn, angesichts der neuen Gesprächsbasis zwischen Washington und Moskau, gemessen an der bisherigen amerikanisch-westdeutschen Politik durchaus begründet. Das Umdenken der Regierung Kennedy entspringt nichts weniger als irgendwelchen Emotionen; es beruht nicht auf irgendeinem „Stimmungs-Umschwung" gegenüber Deutschland, auf einer Augenblicks-Irritation. Vielmehr folgt es nur der unerbittlichen Logik der Umstände, der sich der kühle Kalkulator Kennedy nicht mehr entzieht. Die Machtverhältnisse zwischen den beiden Blöcken und die durch das anhaltende Wettrüsten heraufbeschworene Gefahr eines dritten Weltkrieges legen ihm eine Beschränkung auf das Mögliche, eine neue Abgrenzung der weltpolitischen Ambitionen seines Landes und der Sowjetunion nahe. Und es ist kein Zufall, daß die Berlin-Frage und mit ihr, so oder so, das Deutschland-Problem im Vordergrund dieser Bemühungen steht. Das heißt nun freilich nicht, daß es schon zu einer Art amerikanisch-sowjetischem „Waffenstillstand" im Kalten Krieg, an allen Fronten, gekommen ist. Nicht nur, daß auch Kennedy sich mit einer „harten" Gruppe auseinandersetzen muß; die neuen amerikanischen Atomversuche sprechen eine andere Sprache! (Umso bemerkenswerter ist der neue Vermittlungsvorschlag der Neutralen in Genf in der Kontrallfrage.)

Weil aber das, was sich jetzt als Ansatz einer neuen amerikanischen Politik abzeichnet, nicht auf einer Augenblicksentscheidung beruht, sondern das Ergebnis langer außenpolitischer Überlegungen, einer Besinnung auf die weltpolitische Wirklichkeit ist, läßt es sich nicht mehr einfach hinwegdiskutieren. Es ist in dieser Zeitschrift schon seit Jahren darauf hingewiesen worden, daß es gemäß der Logik der Tatsachen zu einer Neuorientierung der amerikanischen Politik in der Deutschland-Frage werde kommen müssen (oder aber zum Kriege!), und es ist in diesem

Zusammenhang ebensooft nicht zuletzt darum in diesen „Blättern" auch mit allem Nachdruck eine wohlabgewogene, so entschiedene wie besonnene Neuorientierung auch der deutschen Politik gefordert worden. Das Fiasko der Bonner NATO-Politik, das sich nun nicht mehr verschleiern läßt, ist ja nicht über Nacht gekommen; lange genug war es abzusehen, oft genug ist vor den Folgen einer Fortsetzung jener Politik um jeden Preis gewarnt worden. Alle diese Warnungen und Forderungen erweisen sich gerade in diesem Frühjahr als nur allzuberechtigt.

Die hektischen, widerspruchsvollen Reaktionen auf den amerikanisch-sowjetischen Dialog bestätigen, daß man sich in Bonn darüber im klaren ist, am Scheideweg zu stehen. Die nicht abreißende Folge von Erklärungen, Protesten, Beteuerungen, Dementis etc. ist ein Ausdruck der Nervosität. Es läßt sich nicht mehr verheimlichen, daß heute zwischen Washington und Bonn nicht mehr jenes Einvernehmen der Ära Dulles besteht, dem ein großer Teil der Bonner Prominenz nun öffentlich nachtrauert. Die Bundesregierung und der ihr verpflichtete Teil der öffentlichen Meinung stehen vor der Frage: Sollen sie dem amerikanischen Kurswechsel um jeden Preis opponieren, auch weiterhin jeden Kompromiß, ja schon jeden neuen halbwegs realistischen Vorschlag ablehnen, auch auf die Gefahr hin, noch mehr als bisher schon innerhalb des Westens sich zu isolieren; oder sollen sie versuchen, durch eine, wenn auch mißmutige, bedingte Anpassung an den neuen Kurs das Einvernehmen mit Washington zu wahren und so auf die neue Politik der amerikanischen Regierung Einfluß zu nehmen, im Sinne der Abschwächung dieser neuen Tendenzen?

Die Meinungsverschiedenheiten über die zweckmäßigste Reaktion auf das Vorgehen der Amerikaner, etwas summarisch auf die Formel hie „weiche" Gruppe um Außenminister Dr. Schröder, da „harte" Elemente um Dr. von Brentano und Dr. Krone gebracht, dürfen nicht unter-, sie sollten aber auch nicht überschätzt werden. Es handelt sich vorerst lediglich um Differenzen in der Frage der Taktik. Die Grundvorstellungen beider Gruppen sind nach wie vor dieselben, es sind die Grundvorstellungen, auf denen die Politik der Stärke und des Antikommunismus-um-jeden Preis beruhten, um deren Ablösung durch eine sinnvollere und zweckmäßigere Politik es heute geht. Wie immer Bonn auf die neuen Verhandlungsvorschläge der Amerikaner reagieren mag — entscheidend ist, daß es sich bei alledem noch immer um ein bloßes R e agieren handelt, aber noch nicht um eine aktive und fruchtbare deutsche Politik zur Förderung der Entspannung und zur Vorbereitung einer Lösung des Deutschland-Problems. Auch das vergleichsweise anpassungsfähigere Taktieren des neuen Außenministers ist zunächst nicht mehr als ein Versuch, durch eine gewisse Nachgiebigkeit doch so viel wie möglich von der Substanz der bisherigen Politik zu retten — es ist nicht schon der Anfang einer wirklichen Neuorientierung, wie sie doch ganz unerläßlich geworden ist.

Es gibt andere Kreise in Bonn, die auf ein starres Nein eingeschworen sind und, um dies Nein noch zur Geltung zu bringen, ihre Zuflucht nehmen zu Intrigen und Machinationen auf deutscher wie auf internationaler Ebene. Schon diese rein destruktiven Machenschaften bezeugen den Bankerott der Politik, deren Lebensdauer sie noch einmal verlängern sollen. Es kam zunächst zu der schnöden Intrige gegen Botschafter Kroll, der erklärtermaßen für einen deutsch-russischen Ausgleich eintritt; und es folgte nun im April jener Querschuß bestimmter Bonner Kreise gegen das neue Gespräch zwischen Außenminister Rusk und dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, der zu einer tiefgreifenden Verstimmung zwischen der amerikanischen Regierung und der Bundesregierung geführt hat. Am 12. April trafen in Bonn der Bundeskanzler und Außenminister Schröder mit den Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien zusammen. Das Thema dieser Konferenz war der der Bundesregierung übermit-

telte neue amerikanische Verhandlungsvorschlag. Es ist bekannt, daß vor allem Dr. von Brentano sich entschieden gegen diesen Vorschlag wandte und ihn für unvereinbar mit den unveräußerlichen Grundprinzipien der Politik der Bundesregierung erklärte, während andere Gesprächspartner sich zurückhaltender äußerten. Unmittelbar nach dieser aufsehenerregenden Konferenz in Bonn gelangten Berichte über den Inhalt des amerikanischen Papiers in die amerikanische und deutsche Presse. Washington war empört, es vermutete gewiß nicht grundlos eine gezielte Indiskretion, die das bevorstehende neue Gespräch Rusk—Dobrynin torpedieren solle. Die amerikanische Regierung gab Bonn zu verstehen, daß sie unter solchen Umständen das bisherige Konsultationsverfahren modifizieren müsse. Washington, durch allzu viele negative Erfahrungen in den letzten Jahren mißtrauisch geworden, ist nicht mehr willens, die so außerordentlich schwerwiegenden amerikanisch-sowjetischen Sondierungen durch fragwürdige deutsche Interventionen stören und womöglich überhaupt gefährden zu lassen. Es ist in diesen „Blättern" auch darauf mehr als einmal hingewiesen worden, daß der Einfluß der Bundesregierung innerhalb der Nato seit Jahr und Tag ein rein n e g a t i v e r, daß die Taktik Bonns vor allem auf eine Unterbindung von fruchtbaren Ost-West-Gesprächen abgestellt war. Dessen sind die Amerikaner nun überdrüssig, da sie wissen, wie wichtig jetzt solche Gespräche sind. Es wurde im Anschluß an die oben geschilderte Affäre denn auch bekannt, daß die amerikanische Regierung die Bundesregierung zur Zeit nicht mehr wie üblich über den deutschen Botschafter in Washington, Herrn Grewe, sondern direkt über die amerikanische Botschaft in Bonn unterrichtet.

So hat der Bonner Querschuß die Spannung zwischen der amerikanischen und der Bonner Regierung nur verstärkt. Auf der Einsicht, daß mit solchen Methoden nichts mehr zu retten, sondern nur erst recht alles zu verspielen ist, beruht offensichtlich die gewandtere, nach außen hin konziliantere Haltung des Außenministers Dr. Schröder. Der Bundeskanzler, der sich in diesen entscheidenden Wochen wieder einmal in Cadenabbia aufhielt, stützt offenbar die Gruppe Brentano—Krone, zu der auch der ehemalige Berliner Bürgermeister Dr. Friedensburg zählt, der in diesen Wochen, ebenso wie Brentano, in die USA reiste, um dort die „harte Linie" zu vertreten.

Worum geht es bei alledem? Es geht darum, daß die USA den Sowjets einen Kompromißvorschlag in der Berlin-Frage anzubieten scheinen, der, durch die erwähnte Bonner Indiskretion bekannt geworden, folgende Punkte enthalten soll:

1. Es soll eine internationale Behörde zur Überwachung des Berlin-Verkehrs geschaffen werden; ihr sollen neben Vertretern des Ost- und Westblocks auch drei Neutrale sowie Vertreter beider deutscher Staaten und beider Teile Berlins angehören; 2. es soll eine gemischte Kommission zur Förderung der technischen Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten eingesetzt werden; 3. die beiden Machtblöcke sollen sich gegenseitig durch einen Nichtangriffspakt die heutigen Grenzen ihrer Machtbereiche, d. h. den Status quo garantieren; 4. die beiden Supermächte sollen auf eine Lieferung von Atomwaffen an noch nicht atomgerüstete verbündete Mächte verzichten.

Wohlgemerkt, es handelt sich dabei um ein amerikanisches „Arbeitspapier", noch nicht um ein Übereinkommen selber. Es ist durchaus noch offen, ob die Sowjets solche Vorschläge überhaupt akzeptieren oder als Gesprächsbasis anerkennen werden. Aber ungeachtet dessen läßt doch dieses Arbeitspapier erkennen, zu welchen Revisionen ihrer bisherigen Haltung die amerikanische Regierung unter gewissen Voraussetzungen bereit zu sein scheint. Die Alarmrufer in Bonn haben durchaus recht, wenn sie erklären, Verhandlungen auf einer solchen Basis würden ein Abweichen von der bisherigen Deutschland-Politik des

Westens bedeuten. Aber erstaunlich und neuartig erscheinen die erwähnten Vorschläge nur, wenn sie gemessen werden an dieser bisherigen, seit langem ganz irrealen Politik; viel weniger überraschend, ja durchaus selbstverständlich wirken sie, wenn man von der weltpolitischen Wirklichkeit ausgeht. Ja, es stellt sich dann die Frage, auf die später zurückzukommen sein wird, ob sie nicht noch, zumindest vom deutschen Standpunkt aus, hinter den Realitäten zurückbleiben.

Für unakzeptabel werden die amerikanischen Vorschläge von der sehr geschäftigen „harten" Gruppe in Bonn vor allem aus zwei Gründen erklärt. Einmal sei auch nur die geringste offizielle Einschaltung der DDR in die Abwicklung des Berlin-Verkehrs, das geringste Nebeneinanader und Miteinander ostdeutscher und westdeutscher Behörden ein weiterer Schritt zur internationalen Aufwertung des ostdeutschen Staates und damit „der Wiedervereinigung abträglich". Dasselbe gelte von der erwähnten Nichtangriffserklärung, die den Status quo, d. h. auch die Existenz zweier deutscher Staaten bestätigen soll. Zweitens würden durch die Vereinbarung über eine Nichtweiterverbreiterung der Atomwaffen die Grundprinzipien der westlichen „Sicherheitspolitik" in Frage gestellt.

Diese Einwände sind vom Standpunkt der bisherigen Bonner Politik aus verständlich. Denn allen Beschwichtigungsversuchen zum Trotz berührt der amerikanische Vorschlag wirklich die beiden Hauptziele dieser Politik oder anders gesagt: er macht sowohl dem gesamtdeutschen Anspruch der Bundesregierung wie auch deren unverhohlenen militärpolitischen Ambitionen ein Ende. Es ist aber auch höchst charakteristisch für die Politik der Bundesregierung, daß sie sich seit langem fast völlig auf diese beiden Punkte beschränkt. Im Falle des ersten Punktes auf die reine Negation; d. h. es war das erste und letzte Bestreben Bonns, die staatliche Existenz der DDR zu leugnen und auch weiterhin so zu tun, als gäbe es diese DDR gar nicht. Das war längst keine positive Wiedervereinigungspolitik mehr, es war lediglich eine Nichtanerkennungstaktik, die angesichts der weltpolitischen Entwicklung immer mehr an Wirksamkeit verloren hat; um nun heute endgültig als absurd dazustehen. Absurd auch schon darum, weil man das Unvereinbare wollte: West-Berlin vor dem Zugriff der Sowjets und vor allem der DDR schützen — und gleichzeitig doch so tun, als gäbe es diese DDR gar nicht! Die Aufnahme einer offiziellen Darlegung der DDR in einen UN-Bericht, gegen die Bonn vergeblich protestierte, ist ein Zeichen mehr für die Fiktivität dieser Politik. (Vgl. Dokumentation)

Es zeigt sich nun, wie verhängnisvoll die Reduktion der Bonner Außenpolitik auf einen fiktiven gesamtdeutschen Anspruch und auf militär-politische Dynamik gewesen ist. Die Bundesregierung selbst hat sich aber in beiden Fragen seit langem immer wieder derart hartnäckig und ausschließlich festgelegt, daß nun allerdings in dem Augenblick, da die Wirklichkeit unerbittlich ihr Recht fordert, soll der Friede gewahrt bleiben, auch die mindeste Abweichung, noch so verklausuliert, einen ganz außerordentlichen Prestigeverlust für sie darstellt. So wird sie denn auch alles tun, um einen solchen Prestigeverlust zu vermeiden oder doch so lange wie möglich hinauszuzögern. Diese verzweifelten, politisch nur gefährlichen, der deutschen Sache abträglichen Bemühungen sollten nicht unterschätzt werden. Bonn kann Washington keine eigene Konzeption mehr aufzwingen; aber es wird alle Mittel in Bewegung setzen, Washingtons neues Konzept zu verwässern oder seine Realisierung zu blockieren. Andererseits wird Washington eine positive deutsche Entspannungs-Initiative nicht mehr einfach ignorieren wollen und können. Das ist außerordentlich wichtig.

Bonn hat sich selbst nahezu alle Auswege und Rückzugsmöglichkeiten mutwillig verbaut — auch das zeigt, wie schlecht hier Politik gemacht worden ist. Man bedenke, daß der viel diskutierte amerikanische Vorschlag, würde er in dieser Form

angenommen, auch ganz wesentliche Konzessionen der anderen Seite einschließen würde, denn die DDR hat ja immer wieder für sich selbst allein die Kontrolle der Zugangswege nach Berlin, die auf ihrem Territorium liegen, gefordert, und sie hat ebenso wie die Sowjetunion auf der Umwandlung West-Berlins in eine freie entmilitarisierte Stadt bestanden. Von der letzteren Forderung wird der Osten gewiß niemals mehr völlig abrücken, aber das schließt nicht aus, daß er auch in der Frage des neuen West-Berlin-Status dem Westen irgendwo entgegenkommt. Trotz alledem verlegen sich die „harten" Elemente in Bonn auf das strikte Nein. Und es ist zu befürchten, daß sie noch lange versuchen werden, ihr destruktives Treiben fortzusetzen, mit pseudo-patriotischen Phrasen verbrämt.

In der deutschen Presse haben sich in den letzten Wochen einige Stimmen erhoben, die dafür eintreten, das „nun Unvermeidliche" zu schlucken, vor allem aus Angst vor einer weiteren deutsch-amerikanischen Entfremdung. Beispielsweise der MITTAG (Düsseldorf), aber auch, am 16. April, in einem Leitartikel, die der CDU besonders eng verbundene Kölnische Rundschau. Es war dort unter dem Titel „Die bittere Stunde" von den uns nun abgenötigten Verzichten die Rede. Es hieß: „Deutschland hat den verlorenen Krieg noch nicht bezahlt, aber die Rechnung wird ihm jetzt vorgelegt. Diese nüchterne Feststellung mag manchen schokkieren, der 17 Jahre lang den Kopf in den Sand steckte und die Wirklichkeit nicht sehen wollte ... Die Wiedervereinigung wird in den Bereich einer fernen Zukunft verbannt — aber hat jemals ein ernsthafter Politiker gedacht, sie wäre in naher Zukunft anders als mit einem Verzicht auf die Freiheit zu erkaufen gewesen? Kontakte zwischen dem Ulbricht-Staat und der Bundesrepublik in technischen Kommissionen — wer konnte im Ernst daran denken, daß dieses Nebeneinanderleben in der bisherigen Form, dieses so tun, als ob es die drüben gar nicht gäbe, ein Dauerzustand bleiben könnte?" — Dergleichen ist nun allerdings erstaunlich. Nicht nur, daß hier das Fiasko der bisherigen Bonner Außenpolitik verschleiert und in doch wohl etwas allzu einfacher Form zu einem bloßen späten Ergebnis des Hitler-Krieges gemacht, die Verantwortung für dieses Debakel also abgeschoben wird — vor allem ist es höchst erstaunlich, so etwas in einer Zeitung zu lesen, die bis jetzt in der vordersten Linie der Befürworter der Politik der Stärke gestanden hat. Man muß fragen: wer hat denn die Deutschen 17 Jahre lang gelehrt, den Kopf in den Sand zu stecken und die Wirklichkeit nicht sehen zu wollen? Wer hat ihnen denn immer wieder eingeredet, es gäbe „die da drüben" gar nicht? Und wenn unsere Lage sich immer weiter verschlechtert hat, wenn der Preis für den verlorenen Krieg immer größer geworden ist, ist es dann nicht zuletzt darum geschehen, weil wir nicht rechtzeitig bereit waren, den kleineren Preis zu bezahlen? Und war das nicht unsere ganze „herrliche" bundesdeutsche Politik mit ihren Hochstapeleien, Illusionen und neuen militärischen Ambitionen? Hat nicht gerade auch jene Zeitung sich immer wieder gegen die geringste Anzweiflung eines politischen Kurses gewehrt, dessen Fragwürdigkeit den Hellsichtigen und Verantwortungsbewußten seit langem nicht mehr verborgen war? Hat nicht auch sie eine Revision dieses Kurses zur rechten Zeit verhindert und damit fahrlässig den berühmten Preis selbst mit hochgetrieben?

Und nicht nur das. Sind nicht alle diejenigen als „Narren", „Verräter", „Agenten" usw. systematisch denunziert worden, die frühzeitig ihre warnende Stimme erhoben haben? Wer hat immer wieder die bloße öffentliche Erörterung außenpolitischer Alternativen in der Bundesrepublik seit Jahr und Tag als eine Art „Vaterlandsverrat" verketzert? Wer ist daran schuld, daß immer wieder neue Illusionen genährt, immer wieder Fiktionen als Politik ausgegeben wurden — bis zu dem bitteren Erwachen heute?

So werden denn auch diejenigen sich von der Mitverantwortung für das Ge-

schehene nicht mehr befreien, sie werden diese Mitverantwortung nicht von sich abschieben können, die nun plötzlich den „Realismus" auf ihre Fahnen schreiben, gute Miene zum neuen politischen Spiel zu machen versuchen. Wenn die Bedingungen, unter denen die Bundesrepublik in Verhandlungen über die unumgänglich gewordene Lösung des Deutschland-Problems eintreten muß, heute ungünstiger für sie sind wie je zuvor — dann geht das keineswegs nur auf das Konto Hitlers, es geht in entscheidendem Maße auf das Konto Dr. Adenauers, seiner Regierung, seiner Propagandisten und seiner Mitläufer.

Notwendiges und Mögliches

Für die Bundesregierung sind die Eröffnungen der Amerikaner durchaus eine Katastrophe — aber sind sie es auch für das deutsche Volk? Diese Frage läßt sich nur beantworten, wenn der Realitätswert der bisherigen Politik ermittelt wird. Wie es um diesen Realitätswert steht, das zeigt aber wiederum gerade der neue Ansatz der Amerikaner. Bedenklich, nein schlimm genug, daß sie vorangehen müssen, um unhaltbar gewordene Positionen abzubauen, die die deutsche Sache noch weit mehr belasten als die amerikanische. Was für einen Sinn aber kann denn ein weiterer hinhaltender Widerstand gegen Verhandlungen auf dem Boden des Status quo überhaupt noch haben? Wir meinen: welch positiven Sinn? Nicht nur, daß er eine weltpolitische Entspannung einmal mehr verhindern oder doch stören würde, mit allen Konsequenzen für Sicherheit und Frieden gerade des deutschen Volkes — würde er wirklich der deutschen Sache im engeren Sinne, d. h. der Sache der Wiedervereinigung dienen können, wie seine Befürworter behaupten? Das ist doch ganz illusorisch. Die bisherige sogenannte „Wiedervereinigungs"-Politik hat die Wiedervereinigung nicht näher, sondern immer ferner gerückt. Sollte etwa die Fortsetzung dieser Politik zu einem anderen Ergebnis führen können, als daß jede Art von Wiedervereinigung überhaupt unmöglich wird? Das hartnäckige Bestehen auf den bisherigen bundesdeutschen Forderungen, im negativen wie im positiven, ist nur scheinbar patriotisch — in Wirklichkeit geht es auf Kosten gerade der deutschen Interessen. Vermessenheit und Blindheit sind unvereinbar mit guter nationaler Politik, bloßer Starrsinn, Proteste, Deklamationen kein Ersatz für eine solche.

So wenig das bloße Nein weiterhilft, so wenig nützt uns jetzt ein nur halbrichtiges Weitertaumeln von Improvisation zu Improvisation. Alles kommt vielmehr auf eine national-politische Selbstbesinnung an, die nüchtern fragt, ob überhaupt und wenn, in welchem Sinne dann unter den heutigen, auf lange Sicht unabänderlichen Grundbedingungen unserer nationalen Existenz von einer Wiedervereinigung noch gesprochen werden kann. Es gibt keinen Zeitgewinn mehr für die Bundesrepublik, auch wenn gerade jetzt der Bundeskanzler einmal mehr von der sowjetisch-chinesischen Spannung fabuliert, die Moskau „bald verhandlungsreif" machen werde ... Das ist einmal mehr Wunderglaube in letzter Stunde, der die so dringende unumgängliche Revision der bundesdeutschen politischen Vorstellungen abermals vertagen will! Nicht nur, daß keine Zeit mehr zu gewinnen ist — es ist keine mehr zu verlieren! Eines scheint uns dabei sicher: weniger für die Wiedervereinigung tun als die bisherige vermeintliche gesamtdeutsche Politik Bonns, kann keine Alternative zu dieser Politik!

Mit der Frage nach den Möglichkeiten einer neuen nationalen Politik muß aber auch verbunden sein die Frage nach dem möglichen Sinn unserer nationalen Existenz nach den Jahren 1933 bis 1945. Er kann in einer Welt, die um ihre Integration ebenso wie um ihren bloßen Bestand ringt, in der die Frage nach dem Frieden und nach den Lebensmöglichkeiten für alle Völker jede andere Frage in den Schatten stellt, kein ausschließlich nationaler Sinn mehr sein, so wenig

eine absolute nationale Selbstaufgabe eine Lösung wäre. In diesen Monaten erweist sich nun mit aller Klarheit, daß es nicht angeht, den Sinn unserer nationalen Existenz allein in einem extremen Antikommunismus zu suchen, in einem fragwürdigen Pseudo-Missions-Bewußtsein. Diese Ideologie sollte die Politik der Stärke rechtfertigen, deren bittere Konsequenzen wir jetzt erleben. Sie hat verhindert, daß die Deutschen nach 1949 zu einem tieferen, würdigeren Bewußtsein ihrer selbst und, nicht weniger unerläßlich, zu einer größeren Weltoffenheit gelangt sind.

Es war das Ziel der Bundesregierung, durch die Politik der Stärke ihren gesamtdeutschen Anspruch durchzusetzen. An irgendein Zurückdrängen der Russen mittels dieser Politik, an die von Bonn propagierte faktische Angliederung der Bundesrepublik an die DDR, an die Integration eines solchen Gesamtdeutschlands in den Westblock und die Aufrüstung dieses westlichen Gesamtdeutschlands — an all das ist längst nicht mehr zu denken. Um so gespenstischer mutet es an, wenn mit anderen CDU-Politikern zusammen ausgerechnet der so umstrittene ehemalige Minister Oberländer gerade in diesen Wochen noch einmal einen entsprechenden Plan ausarbeitet und dieser Plan in der CDU diskutiert wird. Die Unbelehrbaren sind noch immer am Werk. Vielleicht handelt es sich da um eine bewußte Demonstration des Trotzes gewisser Kreise. Um so notwendiger ist die Auseinandersetzung mit ihnen.

Aber es würde nur neue, kostspielige Illusionen fördern, wollte man sich verhehlen, daß auch an einen anderen Weg nicht mehr zu denken ist. Und das zeigt wiederum, in welchem Maße die, allen Warnungen zum Trotz, so ungehemmte Fortsetzung der Politik der Stärke der deutschen Sache in den letzten Jahren geschadet hat. Es dürfte heute aussichtslos sein, durch Verhandlungen über den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands die Sowjets zu einer Wiedervereinigung unter Preisgabe der DDR zu veranlassen, d. h. durch das Angebot einer militärisch-politischen Neutralisierung Gesamtdeutschlands den Russen ein solches Gesamtdeutschland „abzuhandeln". Lange Zeit bestanden Chancen in dieser Hinsicht. Man hat es niemals versucht, mit den Russen wenigstens auf dieser Basis zu einem Übereinkommen zu gelangen. Man glaubte, wir hätten das nicht nötig, da die Zeit ja für uns arbeite ... Und eines Tages würden wir dann den Russen aus einer Position der Stärke heraus schon unsere Bedingungen für eine Wiedervereinigung diktieren ... (Man lese die entsprechenden Zitate in unserer Anfang Mai erschienenen Dokumentation zur Wiederaufrüstung!)

So sind denn alle Wege zur unmittelbaren Wiedervereinigung verbaut und daran ändern am allerwenigsten die hochfahrenden „Erklärungen" der Herren von Brentano, Krone und Krüger (dem der CDU angehörigen höchsten Vertriebenen-Funktionär). Aber es wäre ein ganz gefährlicher Fehlschuß, wollte man nun folgern, die Wiedervereinigungsfrage müsse überhaupt ad actas gelegt werden und über eine Neutralisierung Deutschlands, d. h. nun eben der beiden deutschen Staaten von 1962, zu reden sei sinnlos, da wir ja für eine solche Neutralisierung sowie so nichts mehr „bekämen". In Wirklichkeit hat das Konzept einer militär-politischen Neutralisierung (wenigstens) der beiden deutschen Staaten nichts von seiner Bedeutung eingebüßt, nur daß diese Bedeutung selbst eine andere geworden ist. Denn eine solche Neutralisierung kann zwar die Wiedervereinigung nicht unmittelbar herbeiführen, sie dürfte aber heute mehr denn je die unerläßliche Voraussetzung einer Wiedervereinigung sein, und zwar darum, weil sie die Voraussetzung für eine

Entspannung in Mitteleuropa ist, ohne die es für die Deutschen weder Sicherheit noch Wiedervereinigung geben kann.

So ist denn eine zwar wesentlich weniger ambitiöse, dafür aber auch erheblich konkretere neue Wiedervereinigungspolitik, als Teil einer neuen Gesamtpolitik, durchaus denkbar. Ja, sie dürfte notwendig sein, soll verhindert werden, daß aus dem faktischen bloßen Nebeneinander zweier deutscher Staaten ein Definitivum wird. Es ist möglich, daß uns in Bonn gewisse Kreise eine Art nationalpolitischer „Einigelung" der Bundesrepublik, des westdeutschen Teilstaates, empfehlen werden. Vermutlich wird es heißen, es ginge darum, unsere „Freiheit" auf diese Weise, z. B. auch durch ein Notstandsgesetz, zu sichern ... Umso wichtiger ist es, rechtzeitig solchen Tendenzen entgegenzutreten und ein Maximum an gesamtdeutschen Kontakten zu fordern. Es darf nicht aus der gesamtdeutschen Not eine fragwürdige bundesdeutsche Tugend gemacht werden. Umgekehrt sollte jetzt vielmehr aus der unvermeidlichen bundesdeutschen Not soweit wie möglich eine gesamtdeutsche Tugend gemacht werden!

Wir stehen am Grabe einer rein fiktiven „gesamtdeutschen" Politik und es droht die Gefahr, daß wir uns nun, auch wenn wir ihn mehr und mehr formell anerkennen müssen, von dem ostdeutschen Staate, den wir nicht mehr aus der Welt schaffen können, ganz abwenden, um uns noch ausschließlicher der problematischen Klein-Europa-Politik zu verschreiben. Sie kann niemals ein wirklicher Ersatz für eine sinnvolle deutsche Ostpolitik sein und sie kann auch nicht das so notwendige Bemühen um engere Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ersetzen. Die Deutschen selbst müssen sich um solche Kontakte kümmern, sie können nicht erwarten, daß ausländische Mächte in der heiklen Frage der deutschen Wiedervereinigung irgendeine besondere Aktivität entfalten. Allzulange haben die Deutschen in der Bundesrepublik unter dem Einfluß einer gefährlichen Propaganda geglaubt, diese Frage der deutschen Wiedervereinigung sei der Nabel der Welt, sie würde schon für die Wiedervereinigung sorgen. Das war das „Alibi" für das eigene Nichtstun bzw. die einseitige Westpolitik.

Besonders betroffen ist die Bundesregierung über die spürbare und im Hinblick auf die Gespräche mit Moskau wohl demonstrative Zurückhaltung der Amerikaner in der Frage der atomaren Mitbestimmung der NATO bzw. der Bundesrepublik. Die militärpolitische Expansion der Bundesrepublik wird nun auch in Washington als eines der ernstesten Weltprobleme erkannt. Zumindest scheint man dort bereits weit mehr als bisher den ernsten Befürchtungen des Ostblocks hinsichtlich dieser Aufrüstungspolitik Rechnung zu tragen. Die Schaffung einer vierten Atommacht NATO als Rahmen der westdeutschen atomaren Emanzipation war seit Monaten das erklärte Ziel des Bundesverteidigungsministers. Seine Geschäftigkeit aber hat auch im Westen viele alarmiert, die bis dahin die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik für unumgänglich und zumindest tragbar gehalten haben. Die deutsche atomare Mitbestimmung über eine „Atommacht NATO" sollte Bonn in dem Augenblick manövrierfähiger machen, in dem sich in Washington eine realistischere, entspannungsbereitere Einschätzung der Lage in Mitteleuropa abzeichnete. Gerade diese Absicht aber erhöhte und erhöht das Mißtrauen gegen Bonn — in Ost und West. Minister Strauß hat denn auch schon vor der Athener NATO-Konferenz von Anfang Mai zunächst zurückstecken müssen, wie seine Erklärungen in der Bundestagsdebatte am 6. April zeigten. Er beschränkte sich auf die Forderung nach einem gewissen eingeschränkten Mitspracherecht der NATO-Staaten über den Einsatz der amerikanischen Atomwaffen auf ihrem Territorium. Die SPD versäumte nicht, zu erklären, genau das habe sie auch schon immer gefordert. (Von einem entschiedenen Nein der Sozialdemokraten zur deutschen Atombewaffnung und von einem ebenso entschiede-

nen Ja zu einer militär-politischen Entspannung in Mitteleuropa kann weniger denn je die Rede sein.) In Athen haben sich die Amerikaner vorerst n u r zu einer gewissen Unterrichtung Bonns über die Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden bereit erklärt. Der Verteidigungsminister aber hält an seinem Fernziel durchaus noch fest, wie ein Aufsatz seines Hauspropagandisten Adelbert Weinstein in der Frankfurter Allgemeinen Ende April erkennen ließ. Man hofft dabei vor allem auf die französische Taktik, die Strauß eine neue militärpolitische Erpressung der USA ermöglichen soll. Gleichzeitig hofft man auf eine weitere Verzögerung eines amerikanisch-russischen Übereinkommens über Berlin mit den obengenannten Vereinbarungen auch über andere Aspekte des Deutschland-Problems. Das Verteidigungsministerium fürchtet nichts mehr, als daß ihm der Griff nach der Bombe nun endgültig verwehrt wird. Im Interesse der deutschen Sicherheit, Freiheit und Wiedervereinigung kann man nichts mehr e r h o f f e n!

Das anhaltende Verlangen nach atomaren Waffen und die Ablehnung aller Vorschläge für eine Entspannungszone in Mitteleuropa haben die Bundesrepublik in höchst gefährliche Verstrickungen geführt. Nicht nur, daß sich die Atomwaffen nicht als Druckmittel gegen die Sowjets benutzen lassen, zur Erreichung der Wiedervereinigungsziele Bonns, sie haben vielmehr einen verschärften sowjetischen Gegendruck auf die Bundesrepublik hervorgerufen, wie hier immer wieder gesagt worden ist. Das bloße Verlangen Bonns nach solchen Waffen mußte zu einer außerordentlichen Verschärfung der Spannungen in Mitteleuropa führen. Eine E n t spannung ist nur mehr möglich durch einen strikten Verzicht der Bundesrepublik auf atomare Mitbestimmung in irgendeiner Form und durch die Bereitschaft, das Gebiet der Bundesrepublik auch von fremden Atomwaffen zu entlasten; noch immer liegt eine entsprechende Bereitschaft der ostdeutschen Regierung vor (vergleiche die Dokumentation in diesem Heft), ganz zu schweigen von den zahlreichen Vorschlägen anderer Mächte über atomwaffenfreie Zonen in Europa (und anderen Teilen der Welt). — Eine Illusion allerdings ist es, zu glauben, mit den Atomwaffen oder doch dem Verlangen nach ihnen, ließe sich heute wenigstens noch ein außenpolitisches Geschäft machen. Wir werden nichts für einen solchen Verzicht auf sie einhandeln können, jedenfalls nichts von alledem, was man in Bonn als unsere politischen Ziele propagiert. Und doch werden wir um den Verzicht nicht herumkommen — um unserer und der ganzen Welt Sicherheit und um des Friedens willen. Wenn aber die Bundesrepublik durch einen ausdrücklichen Verzicht auf solche Waffen, die für sie ohnehin in jeder Hinsicht nur eine Hypothek bedeuten würden, beitragen kann zur Förderung der so unerläßlichen weltpolitischen Entspannung, wenn sie damit einen Beitrag leisten kann zur so notwendigen Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen — hat sie dann nicht sehr viel „eingehandelt"? (schlimm genug, daß vorerst nur die Bedenken der Amerikaner dem deutschen Griff nach der Bombe entgegenstehen und nicht deutsche Einsicht und deutsche Entspannungswilligkeit!)

Es zeigt sich, in welche Engpässe eine Politik geführt hat, die zuletzt nur noch auf das besinnungslose Nein gegenüber Sowjetunion und DDR, auf den hysterischen Antikommunismus und auf das Verlangen nach Atomwaffen abgestellt war. Diese Politik war den überaus komplizierten nationalpolitischen Umständen Deutschlands nach 1945, entgegen dem Trugbild einiger Jahre, nicht angemessen; und sie entsprach ebensowenig den ebenfalls komplizierten weltpolitischen Realitäten und Erfordernissen der Nachkriegsepoche. Es gilt, mit dem Umdenken ernst zu machen und gleichzeitig die Verantwortung für all das, was seit 1949 in der Bundesrepublik geschehen ist, festzuhalten. Es gibt Beispiele genug dafür, daß eine Revision überholter Konzepte noch in letzter Stunde immer noch besser ist als die Fortsetzung des Absurden bis zum bitteren Ende. Die Politik General

de Gaulles in der Algerienfrage ist ein Beispiel dafür. Nicht minder bemerkenswert, auch im Hinblick auf die deutsche Frage, ist es, daß Washington sich in den letzten Wochen mehr oder weniger diskret von allen Invasionsplänen der Regierung Tschiang-kai-schek auf Formosa distanziert hat. Die Amerikaner beginnen, spät und langsam genug, sich auch in der China-Frage auf die Realitäten einzustellen und als erstes lösen sie vorsichtig und entschieden zugleich sich aus der Verstrickung in mögliche militärische Abenteuer des Formosa-Generals.

Das Ende der Tabus

Die Aufgabe einer verantwortungsbewußten deutschen Politik kann es heute nicht sein, entsprechende amerikanische Initiativen in der Deutschland-Frage zu stören; vielmehr muß sie solche Ansätze durch eigene Anregungen und Initiativen ergänzen und fruchtbar machen, so daß sie wirklich der Anfang einer neuen Politik, nicht nur ein Rückzugsgefecht oder eine bloße Einzelaktion sind. Ein neuer Weg muß abgesteckt werden.

Ist es die vordringlichste Aufgabe, jener Obstruktions-Politik, jenem, man kann es kaum anders nennen, außenpolitischen Nihilismus der Bundesregierung entgegenzutreten, so kann das doch nicht mehr in der Form einzelner Proteste allein geschehen. Die neuen amerikanischen Vorschläge, die von den „Harten" in Bonn strikt abgelehnt werden, sind gegenüber früheren westlichen Konzepten zweifellos ein Fortschritt. Sie mögen auch vom amerikanischen Standpunkt aus die zunächst zweckmäßigste Verhandlungsgrundlage sein. Vom deutschen Standpunkt aus aber gehen sie eher zu wenig weit als zu weit. Es wird Sache der Deutschen sein, durch eigene konkrete Vorschläge, Initiativen und Bemühungen endlich eine neue Gesamtkonzeption zu entwickeln, die in der Sicherheits- wie in der Wiedervereinigungsfrage den Realitäten gerecht wird.

Es erscheint nur sinnfällig, daß gerade in diesen Wochen der außenpolitischen Krisenstimmung in Bonn auch an einer anderen „Front" eine neue Auseinandersetzung begonnen hat. Jahrelang war im Zeichen des „Wirtschaftswunders" die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik tabu. Heute nun wird hinter den Ideologien und Phrasen all dieser Jahre auf einmal die Wirklichkeit mit ihren Widersprüchen und Problemen sichtbar. Mit der außenpolitischen hat auch eine wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Götzendämmerung begonnen. Es wird darüber in den nächsten Heften dieser Zeitschrift noch manches zu sagen sein. Mit der Gesundbeter-Psychologie des Ministers Erhard allein läßt sich in dieser spät-kapitalistischen Gesellschaft keine Wirtschaftspolitik mehr machen! Nichts konnte das deutlicher demonstrieren als das harte Nein des Vorstandes des Volkswagenwerkes zu dem von Erhard veranlaßten Vorschlag des Aufsichtsrates betreffend eine Senkung des gerade erhöhten Volkswagenpreises. Dieser Vorfall demonstriert eindringlich die gesellschaftlich-wirtschaftlichen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik wie auch die innere Logik des Wirtschaftssystems, das hierzulande seit mehr als zehn Jahren, ohne Einsicht in die Strukturprobleme einer heutigen Industrie-Gesellschaft, als der Weisheit letzter Schluß galt. Es ist erschreckend, auf welch primitivem Niveau gerade über diese Fragen in der Bundesrepublik gesprochen wird! Man denke nur an die törichte Qualifizierung jeder Art von Planwirtschaft als „Zwangswirtschaft" auch durch sogenannte „unabhängige" und „ernsthafte" Zeitungen. Die bloße sachgerechte Diskussion dieser schwierigen Fragen ist dadurch, ähnlich wie in der Außenpolitik, nahezu erstickt worden, während in fast allen anderen westlichen Ländern Planwirtschaft in den verschiedensten Formen längst praktiziert wird. Auch hier haben wir die Wirklichkeit verfehlt und uns von einer vorübergehenden Aufwärtsentwicklung täuschen las-

sen. So wie es notwendig ist, daß die letzte Stunde der alten Außenpolitik auch die erste einer durchdachten neuen wird, so ist es auch notwendig, daß die jüngsten wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen uns dazu veranlassen, nun das Problem der inneren Struktur dieser Bundesrepublik gründlicher als bisher zu durchdenken. Auch die jüngste Denkschrift der Evangelischen Kirche zur Eigentumsordnung ist ein Symptom, wenngleich sie selbst die Grundfragen n i c h t stellt, an Sekundärphänomenen sich aufhält.

Die zuletzt genannte Entwicklung hat einen weiteren Prestige-Verlust des Ministers Erhard zur Folge. Waren dessen Qualitäten als Staatsmann längst mehr als angezweifelt worden, so hat er nun auf seinem ureigenen Gebiet, auf dem er gewissermaßen als „unschlagbar" galt, eine schwere Niederlage einstecken müssen. Die Ambitionen Erhards, Nachfolger Dr. Adenauers zu werden, dürften einen weiteren Schlag erlitten haben. Und auch ein anderer Kanzler-Kandidat der CDU/CSU hat in diesen Wochen erleben müssen, daß seine lange Zeit scheinbar unaufhaltsam emporschießenden Bäume doch nicht in den Himmel wachsen: der Minister Strauß wird aus der Fibag-Affäre, welches Ende sie nehmen mag, nicht gerade ungeschoren hervorgehen. Diese Affäre, wie auch das Auftreten des Ministers vor dem Fibag-Ausschuß, wirft so manches Licht auf so manche Verhältnisse in diesem Staate.

So wanken denn in diesem Frühjahr in Bonn einige Säulen. Aber damit fallen sie noch nicht. Und damit ist auch noch nicht darüber entschieden, was ihnen folgt. Zunächst wird die Bundesregierung noch einmal all ihren Einfluß geltend machen, um irgendeine amerikanisch-sowjetische Annäherung in der Berlin- und Deutschland-Frage zu verhindern. Sie wird also ihre nur noch destruktive Politik so lange wie möglich fortsetzen, in dieser oder jener Form. Und sie wird versuchen, einem möglichen gesellschaftspolitischen Unbehagen mit den vorbereiteten Mitteln ihrer Notstandsgesetzgebung entgegenzutreten. Die Hinweise auf die Möglichkeit eines „inneren Notstandes" sind unmißverständlich. Von der SPD ist in der Notstands-Frage so wenig ein e n t s c h e i d e n d e r Einspruch zu erwarten wie in der Außenpolitik eine w i r k l i c h e Initiative.

Die Götzendämmerung in Bonn kann, wie jede Götzendämmerung, heilsam sein. Sie bietet die Chance einer Befreiung der deutschen Politik von fragwürdigen und gefährlichen Vorstellungen; sie bietet die Chance zu einem neuen Anfange auf dem Boden der nationalpolitischen und weltpolitischen Wirklichkeit. An Bereitschaft zu einer solchen tiefgreifenden nationalen Regeneration fehlt es nicht. Durch nichts konnte das so nachdrücklich bewiesen werden wie durch die diesjährigen Ostermärsche der Atomwaffengegner. Sie haben, eindrucksvoller als je, gezeigt, daß gerade in der Jugend die Zukunftsoffenheit, der Wille zum Frieden und zur Solidarität der Völker, die aktive Hoffnung auf eine Welt ohne Rüstungswahnsinn, ohne Angst und Not wächst. Und die Bereitschaft d a f ü r Opfer zu bringen — s i n n v o l l e Opfer!

(Abgeschlossen am 6. Mai)

Kommentare

Befestigung der Diktatur

De Gaulle ist dabei, die fortschreitende Abwicklung des Algerienkrieges zur Konsolidierung seiner persönlichen Machtstellung zu benutzen. Die Volksabstimmung vom 8. April, die Verwerfung von Neuwahlen, die als sicher bereits angekündigt waren, und die darauf erfolgte Entlassung Debrés weisen deutlich auf die zu erwartende Entwicklung hin. Die beiden dem Volke vorgelegten Fragen koppelten geschickt die algerische Friedensregelung mit der Billigung künftiger autoritärer Maßnahmen. Dabei hatte sich de Gaulle willkürlich über ein Gutachten des Staatsrats, des höchsten Verwaltungsgerichts, hinweggesetzt, das dieses Vorgehen mißbilligte. Aber er ist entschlossen, sich weder mit gerichtlichen Urteilen noch Parteianträgen aufzuhalten und nur seinen Eingebungen zu folgen. Der liberale, dem Regime nicht feindlich gegenüberstehende „Le Monde" nannte de Gaulles Volksentscheid eine „Maschine zur Gewissensverweigerung" und den bestehenden Staat eine Institution, „die die Volksvertreter und die von ihr selber geschaffene Verfassung mißachte, um keine anderen Grenzen anzuerkennen als die, welche sie für ratsam findet." Gerade solche Urteile von Kreisen, die dem General bisher mit Sympathie folgten, sind für die eingetretene Ernüchterung kennzeichnend.

Die Umstände der Absetzung Debrés, der seinem Meister seit drei Jahren bis zur ständigen Selbstverleugnung diente und als Blitzableiter für die Unzufriedenheit herhielt, ist nicht dazu angetan, die Opposition zu entwaffnen. Debré wurde entlassen entgegen dem Willen der gaullistischen UNR-Partei. Diesmal mißachtete der General seine eifrigsten Gefolgsleute, womit er zu verstehen gab, daß er sie nicht besser zu behandeln gedenke als seine Feinde. Diese ungnädige, im Stil des absoluten Monarchen vorgenommene Verabschiedung unterstrich die Vertagung von Neuwahlen, die das parlamentarische Bild merklich verschoben hätten, da man mit dem Zusammenschrumpfen der gaullistischen Vertretung auf die Hälfte und einem starken Stimmengewinn der Linken rechnete. De Gaulle braucht kein Parlament, bestenfalls Ja-Sager. In mehreren Rundfunkansprachen hatte er keinen Zweifel über das von ihm angestrebte System gelassen, indem er „das Vertrauen für heute und für morgen" verlangte und ankündigte, „daß die Volksabstimmung somit in unsere Sitten eingehen" werde. Die Funktion des Parlaments, jetzt schon mehr formaler als realer Art, soll noch weiter eingeschränkt werden, während der Staatschef durch geschickte Fangfragen von Fall zu Fall sich eine Blankovollmacht vom Volk aushändigen lassen will. Das ist die „Demokratie" in neuer Version, die im Zeichen deutsch-französischer Versöhnung nicht zuletzt in der Bundesrepublik Fürsprecher findet.

Schließlich ist die Ernennung Pompidous zum Ministerpräsidenten nicht weniger bezeichnend. Der Erwählte war nie Parlamentarier, noch nicht einmal Politiker. Generaldirektor der Rothschild-Bank, ist er einer der Techniker der Macht und der Finanz, die sich des besonderen Wohlwollens des Generals erfreuen. Sein Aufstieg bestätigt den Verfall des Parlaments, gleichzeitig deutet er auf die beschleunigte Umwandlung Frankreichs im Sinne der modernen kapitalistischen Großwirtschaft hin: ein Prozeß, der im Rahmen der Fünften Republik besonders rasch vor sich ging. Restbestände rückständiger Sektoren werden ebenso beiseitegeräumt wie das alte Kolonialsystem in Nordafrika. Der Vertreter einer großen Investitionsbank in der Regierungsführung gibt der Li-

quidierung des Algerienkrieges ihren Sinn: Durch die Beteiligung an der Erdölförderung in der Sahara und an der geplanten Industrialisierung Algeriens wird sich das Finanzkapital einen wichtigen Platz sichern. Diese Kraft steht seit langem hinter de Gaulle und benutzt ihn zur Durchsetzung ihrer Interessen. Die Kürung Pompidous macht offenkundig, was ohnehin bekannt war.

Das Regime gebrauchte die Linke, um sich der kolonialfaschistischen Rechten zu entledigen, und es benutzte diese, um die Linke einzuschüchtern. Der Algerienkonflikt hat dieses Schaukelspiel erleichtert, sein Ende könnte der Akrobatik des Generals eher abträglich sein. Weiterhin bedarf er eines Schreckgespenstes, um sich als unumgänglicher Retter aufzuspielen. Die russische Gefahr bietet sich ganz wie von selbst an, insbesondere da de Gaulle schon einmal — 1947 als RPF-Parteiführer — seine ganze Laufbahn darauf abstellte. Selbst kein Abenteurer, beschwört er durch seine unzeitgemäßen Konzeptionen gefährliche Abenteuer herauf: sie sind das Klima, in dem er am besten gedeiht. So kommt ihm die Berlinkrise ebenso zustatten wie den Reaktionären in Bonn. Er bedarf des Menetekels, um seine Macht über ein durch Angst gebändigtes Volk zu befestigen. Das sind im Grunde bewährte bundesdeutsche Rezepte, die eine Annäherung der beiden Regimes erleichtern. Wieweit können sie jenseits des Rheins gedeihen? Man kann erwarten, daß die autoritären Bäume nicht in den Himmel wachsen, dem 90prozentigen „Ja" zum Trotz. Der größte Teil der Linken, einschließlich der Kommunisten, war darunter, was einer Abstimmung für den Frieden, doch gegen de Gaulle gleichkam. Die Vertagung der Wahlen zeigt zur Genüge, daß darüber auch im Elysee keine Illusion herrschte. Um ein Wort aus dem Sprachschatz des Generals abzuwandeln: Mit dem Friedensschluß in Algier hat de Gaulle zwar eine Schlacht, aber nicht den Krieg gewonnen. Er ist prinzipiell gegen die Errichtung eines Regimes, das nicht auf manipulierten Volksabstimmungen, sondern auf echter demokratischer Mitwirkung beruht. Der Kampf zwischen Freiheit und Diktatur ist in Frankreich mehr denn je auf der Tagesordnung. H. A.

Die Position der Intellektuellen

Während an der Rampe unserer politischen Bühne, bedrohlich genug, das Vordergrundspiel mit Griff nach der Bombe, Notstandsgeplänkel, Lohnkampf und anderem mehr den Blick fesselt, geht im Hinter- und Untergrund schleichend ein anderes Drama vor sich, stiller als die Aktionen im Vordergrund, aber auch zäher als sie und sie letzten Endes bestimmend: Die planvolle Kampagne derer, die zur Zeit bei uns das Heft in Händen halten, gegen vernunftmäßige, rationale Geisteshaltung — in der Perspektive gegen das Denken selbst. Dieser für die Bundesrepublik so charakteristisch gewordene Irrationalismus kleidet sich gern in verschiedene kaschierende Gewänder (denn er gibt nicht zu, daß er's ist), — die, wenn man sie sich näher betrachtet, als die gleichen zu erkennen sind, die schon zur Zeit des Faschismus getragen wurden, — zum Beispiel das Gewand des Anti-Intellektualismus, in das neuerdings etwa der niedersächsische Landesbischof Lilje schlüpfte, um für Staat und Kirche mehr Autorität zu fordern . . .

Ein weiterer Beitrag aus letzter Zeit zu dieser Kampagne stammt von Kultusminister Werner Schütz, dem gleichen, der durch seine Maßnahmen gegen die aus christlicher Grundeinstellung gegen Bonn opponierende Professorin Riemeck über die Landesgrenzen hinaus bekannt geworden ist. In einer in Münster gehaltenen Rede über „Literatur und Staat" kommt auch er nicht

ohne Apostrophierung der „Intellektualität" aus: Unsere „Schriftsteller und Dichter" (es zielt natürlich auf die Intellektuellen überhaupt) dürften nicht „so kurzsichtig und unwillig sein, daß sie nichts Eiligeres und Dringlicheres zu tun wüßten, als sich unverantwortlich einer leeren Intellektualität zuzuwenden, — die völlig wirkungslose Position einer linken oder sonstigen Heimatlosigkeit . . . zu wählen . . ."

Solche Worte — geboren aus der Emotion, die eine andere Freiheit als die eigene nicht zu verstehen vermag und nicht zu dulden bereit ist — lassen gleichwohl an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig; aus dem Munde eines Ministers klingen sie wie eine Nötigung. Unsere Intellektuellen — die auf der Basis eines vernunftmäßigen Denkens zu Hauf gegen die in Bonn gemachte Politik sind — sollen einsehen, daß ihr Widerstand eine „völlig wirkungslose Position" sei, und sie sollen ihren Frieden mit den „Realitäten" machen. Natürlich sollen sie, vor allem die Schriftsteller, damit das Ganze blumiger wird, auch Kritik üben, aber, setzt Kultusminister Schütz fest, „eine Kritik im Raume des Wirklichen und des Möglichen". Was unterscheidet solche Einflüsterungen eigentlich noch von autoritären Konzeptionen?

Jedermann fühlt sich heutzutage schon wieder befugt, auf den kritischen Intellektuellen herumzuhacken, genau wie die Nazis, doch niemand unterzieht sich der Mühe, einmal nachzuforschen, ob die kritischen Intellektuellen mit allem, was sie so von sich geben, nicht vielleicht etwas auf sich hätten, — denn immerhin sind sie mit ihren scharfen Analysen und bitteren Warnungen in Deutschland allein in diesem Jahrhundert schon zweimal im Recht geblieben; sie — und nicht die anderen, die ihnen mit unverschämter Ignoranz immer wieder die Daseinsberechtigung absprechen wollten.

Wenn Minister Schütz vom Schriftsteller sagt, er übe „heute ein Amt aus", das ihn „mit einer Verantwortung wie kaum jemals zuvor belastet", so ist in dieser scheinbaren Schmeichelei nichts mehr an Freiheit zu entdecken; vielmehr wetterleuchtet hier die offizielle Drohung, man werde die Autoren noch mehr als bisher scheiden in solche, die sich die Ideologie des Kalten Krieges zu eigen machen (das wären dann diejenigen, die sich ihres Amtes als würdig erwiesen haben), und solche, die kühlen Kopf und Vernunft zu wahren fest entschlossen sind (das wären dann, wieder einmal, die Versager, die im deutschen Volkskörper kein Lebensrecht haben).

Der Irrationalismus — zu dessen Wesen Unduldsamkeit, ja Brutalität gehören — ist schon zweimal deutschen Finsternissen vorangegangen. Heute macht er sich wieder breit. Alle deutschen Intellektuellen sind aufgerufen, dringlicher aufgerufen als die beiden vorherigen Male, ihn diesmal unbarmherzig an ihnen, an der Wahrheit, an der Vernunft scheitern zu lassen. Nur wenn das gelingt, ist ein wirkungsvoller deutscher Friedensbeitrag denkbar. Ohne einen solchen aber muß es Krieg geben.

J. W.

Dr. Hermann Rauschning

Der erste der „kleinen Schritte"

1.

Es ist billig, sich in den Mantel des Patrioten zu kleiden, indem man notwendige Opfer verweigert und jeden Verzicht von sich weist. Es ist unbillig, auf sein Recht zu pochen, wenn man sich zu seinem und anderer Nationen Unheil auf Macht und Gewalt verlassen hat. Es ist weder billig noch unbillig, es ist pure Vermessenheit, sich auf die Unabänderlichkeit einer zwölf Jahre betriebenen Politik und darauf zu berufen, daß es einer Revolution bedürfe, um sie zu ändern. Der Bundeskanzler hätte nicht so leichten Sinnes den Schatten einer Revolution heraufbeschwören sollen. Ist eine solche notwendig, um eine Politik zu beseitigen, die mehr als alles andere in den letzten Jahren dazu beigetragen hat, die Welt in eine ausweglose Lage zu bringen, da auch nicht der kleinste Schritt auf einen Frieden hin mehr möglich erscheint, dann könnte es eines Tages sein, daß so etwas wie eine Revolution mehr (und Unersetzliches) hinwegfegt als nur die Unbelehrbarkeit eines politischen Regimes. In einer Lage, in der der Präsident der USA nicht müde wird, seiner Nation die fundamentalen Änderungen der ganzen Weltlage während der letzten Jahre klarzumachen und auf die Folgen für die eigene Politik hinzuweisen, tut der Kanzler der deutschen Bundesrepublik, als ob alles beim alten geblieben sei, und rühmt sich der Unabänderlichkeit seiner Politik. Eindringlicher konnten sich die Sterilität und politische Blindheit, die einsichtslose Überheblichkeit und sture Befangenheit in politische Dogmen und Wunschvorstellungen, die der Bundespolitik nun seit zwölf Jahren zu eigen sind, nicht als die bleibenden Charakterzüge der deutschen Politik präsentieren.

Diese Politik ist das erste Hindernis, das einer Verständigung des Westens mit der Sowjetunion im Wege steht. Ihr Nein zu jeder Anpassung an eine längst manifest gewordene neue politische Lage, ihr Festhalten an obsolet gewordenen Formeln kommt einer bewußten Sabotage aller Friedensbemühungen gleich. Was anderes ist diese Halsstarrigkeit als eine neue Auflage des sattsam bekannten deutschen „Durchhaltewillens". Schon zweimal haben deutsche Politiker mit diesem ihrem Durchhaltewillen eine Niederlage zur Katastrophe werden lassen. Im Ersten Weltkrieg die Tirpitz, Hugenberg, Justizrat Class mit seinen Altdeutschen; im Zweiten die Einpeitscher des Glaubens an die Wunderwaffen Hitlers und die Wendekraft seiner Genialität. Der Kalte Krieg wird über dem Durchhaltewillen der Bonner Politiker zum heißen Atomkrieg werden: Das ist die fast unvermeidliche Entwicklung, wenn es nicht zu einem ersten Schritt in der allein noch möglichen Politik der „kleinen Schritte" kommt, wie Chrustschow sie charakterisiert hatte; zu dem ersten Schritt, den allein die Bundesrepublik tun kann, einem Schritt, der allerdings die radikale Änderung der bisherigen Politik der Stärke, der militärischen Sicherung, des Antikommunismus und der Todfeindschaft zu Rußland zur Voraussetzung hätte, und nationale Opfer, den Verzicht auf Hoffnungen und Wünsche, wenn auch noch so natürlicher und verständlicher Art erfordert.

Es ist von Bonn aus viel und laut vom „Wehrbeitrag" geredet worden. Von einem F r i e d e n s b e i t r a g der Bundesrepublik hat man wenig oder gar nichts gehört. Es liegt in der Natur der Sache, daß solch ein Beitrag nicht darin besteht, Rechte geltend zu machen — das Recht auf Sicherheit, auf Verteidigung, auf Selbstbestimmung und was nicht sonst — sondern Opfer verlangt, die Preisgabe bisheriger Rechte und Ansprüche, den Verzicht auf Besitztümer und Sicherungen.

Welche der westeuropäischen Verbündeten der Bundesrepublik hätten seit dem Kriegsende nicht schwere Opfer für einen Frieden oder wenigstens zur Beilegung von Konflikten gebracht, die einen großen Krieg hätten zur Folge haben können? Ist es nötig sie aufzuzählen? England, Frankreich, Holland, Belgien? Sind der Verzicht auf ein weltweites Empire oder auf ein solch integrierender Bestandteil des metropolitanen Frankreich gewordenes Land wie Algerien, der Verzicht auf Indonesien, auf den Kongo, auf die Sicherheit des Seeweges durch den Suezkanal nicht Opfer, die in einer gewissen Vergleichbarkeit zu dem Verzicht des deutschen Volkes auf seine Gebiete jenseits der Oder/Neiße-Linie stehen? Man nennt jenes die unvermeidliche Liquidation der Kolonialimperien, dieses den widerrechtlichen Raub an angestammtem Volksboden. Aber für die Betroffenen ist das eine wie das andere ähnlich hart und erfordert Umstellungen schmerzlichster Art. Das Deutschland Adolf Hitlers wollte zudem ein Kolonialreich auf europäischem Boden zu einer Zeit gründen, als der Kolonialismus des 18./19. Jahrhunderts längst überlebt war. So schmerzlich es ist, man wird sich nicht darüber entrüsten können, daß im Rückschlag auf solchen Kolonialismus auf Europas Boden nun von den Deutschen die Preisgabe von Gebieten verlangt wird, die vor 700 und mehr Jahren so etwas wie deutsches Kolonialgebiet gewesen, wenn auch inzwischen ein wesentlicher Bestandteil des deutschen Siedlungsraumes geworden waren. Wer sich auf das Recht beruft, muß auch dem Recht in seiner eigenen Politik Genüge tun. Entscheidend ist nicht, ob man politisch auf der „rechten Seite", sondern ob man auf der „Seite des Rechts" stehe und gestanden hat, und man wird sich daran erinnern, daß zum Recht nicht nur der eigene Rechtsanspruch, sondern auch die Sühne für verletztes Recht gehört.

Wie immer man über solche moralischen Zusammenhänge denken mag, das Schicksal, das nun droht, und zwar nicht zum geringsten Teil infolge einer von Grund auf falschen Politik der Bundesrepublik, ist, daß ein drittes Mal der Krieg an Deutschland und durch Deutschland ausbrechen könnte. Diesmal, weil es sich nicht rechtzeitig entschließen konnte, den ersten Schritt zu einem Frieden zu tun und den *circulus virtiosus* zu brechen, in dem sich die Weltpolitik festgefangen hat. Realpolitisch gesehen befindet sich die Welt deswegen in einer ausweglosen Lage, weil — wie Walter Lippmann mit Bezug auf die jüngsten Genfer Verhandlungen ausführte — „keine allgemeine Abrüstung verhandelt werden kann, es sei denn, daß es zuvor zu einer Bereinigung der deutschen Frage käme. Keine Seite wagt abzurüsten, solange noch ein wesentlicher Konflikt ungelöst blieb". Die *Hoffnungen Bonns und Paris', die politischen Probleme, insbesondere* die deutsche Frage und die europäische, auf Eis zu legen und das Atomwettrennen derweil weiter zu betreiben, bezeichnete er als einen müßigen Traum. Denn es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, zu meinen — wird man hinzufügen müssen —, in dem gegenwärtigen sehr kurz bemessenen diplomatischen Schwebezustand einen militärischen Vorsprung erringen und dergestalt später aus einer besseren Position der Stärke verhandeln und zu günstigeren Lösungen für den Westen gelangen zu können. Jeder Zug der einen Seite wird durch einen Gegenzug der anderen Seite sofort wett gemacht. Dem atomaren „stalemate" ist das politische gefolgt. Wie man aus dem Kreise des Verhängnisses herauskommen soll, in dem die Katze sich in den Schwanz beißt und die Voraussetzung für die Lösungen die bereits gefundene Lösung ist, erscheint unerfindlich. Eins ist jedenfalls gewiß: kurzfristige Arrangements, mit denen man sich für eine Weile zwar begnügen könnte, führen aus dem Dilemma nicht heraus. „Der status quo in Westberlin ist derart, daß beide Seiten mit ihm leben könnten", schreibt Walter Lippmann, „aber nahezu sicherlich nicht für sehr lange". Alles bleibt somit weiter in der Schwebe, wenn man nicht eine Antwort auf die Frage weiß, wann man was

anstelle eines bloßen modus vivendi setzen soll. Wieder nur Provisorien, die im Grunde alles beim alten lassen und nur dem Kind einen anderen Namen geben? Oder Lösungen, die längere Dauer versprächen, und, wenn auch nicht selbst endgültig, so doch Zwischenlösungen auf dem Wege zu dauerhaften wären, jedenfalls solchen nicht im Wege stünden?

Da ist ein zweites, zusätzliches, wenn auch geringeres Dilemma, das verhindert, daß es auch nur zu „kleinen Schritten" der Annäherung und des Ausgleiches käme. Auch hierüber äußert sich Lippmann. Die Sowjetunion könne nicht einer eventuellen Lösung der Berliner Frage in Gestalt einer internationalen Garantie für Westberlin als Freie Stadt zustimmen, weil damit Westberlin und der Korridor dahin nicht unter die Souveränität der DDR kämen, und wir — der Westen — können nicht ein Papier zeichnen, welches schwarz auf weiß besagt, daß da zwei deutsche Staaten seien. Warum nicht? Ist es die Rücksicht auf das eigene Prestige und auf die von jeweils einer der Machtgruppen protegierten Teilstaaten Deutschlands, die selbst vorläufige Regelungen unmöglich machen? Ich glaube, Lippmann verkennt hier, daß West und Ost nicht aus denselben Beweggründen Lösungen erstreben und verweigern. Eine Freie Stadt Westberlin wäre eine Lösung, die einer dauerhaften Endlösung im Wege stünde — ob man eine Einbeziehung ganz Berlins in die DDR sich zum Ziele setzt oder eine Verbindung der DDR und DBR zu einer Art Konföderation. Die Schwierigkeit für den Westen, zwei deutsche Teilstaaten anzuerkennen, beruht dagegen im wesentlichen nur auf Prestigegründen und Rücksichtnahme auf die ehrwürdige Gestalt des deutschen Bundeskanzlers, die man zu gegebener Zeit weniger Ehrfurcht gebietenden Persönlichkeiten gegenüber getrost fallen lassen könnte. Wie denn Walter Lippmann keinen Hehl daraus macht, daß zu solch gegebener Zeit westlicherseits keine Schwierigkeit bestünde, die Teilung Deutschlands als endgültige Lösung anzuerkennen, was trotz allen gegenteiligen Belegen, wie jüngst im englischen Blaubuch, als die optimale Lösung des Deutschlandproblems im Westen gilt, seit man sich damit hat abfinden müssen, daß eine Einbeziehung des ganzen Deutschlands in den Machtbereich der Westmächte nicht möglich sei. Die Bundesrepublik steht, der Natur der Sache nach, dem Fragenkomplex mit wesentlich anderen Erwartungen und Befürchtungen gegenüber. Sie scheut auch die kleinste Änderung des derzeitigen Schwebezustandes, jeden modus vivendi, der von ihr Zugeständnisse verlangt, als eine möglicherweise verhängnisvolle Präjudizierung einer künftigen Endlösung. Auch der Kritiker der Bonner Politik wird zugestehen müssen, daß diese Bedenken legitim sind, auch wenn die Lage selbst das unvermeidliche und voraussehbare Ergebnis einer unrichtigen Politik ist. Daß die Internationalisierung Westberlins nur ein etwas längeres Provisorium, aber keine Endregelung darstellen würde, mit der sich das deutsche Volk hüben wie drüben abfinden könnte, kann sich jeder denkende Politiker an den zehn Fingern abzählen, trotz vielsprachiger Universität und anderen in Westberlin aufzuziehenden internationalen Institutionen. All das sind Sprenkeln für die Drosseln, und weder Herr Mende noch andere einfallsreiche Zeitgenossen erreichen damit etwas anderes als eine neue Verpackung des alten Problems. Dasselbe gilt für das Problem der Einheit Deutschlands. Die Anerkennung der Doppelstaatlichkeit, die zwar der Ausgangspunkt einer Politik der „kleinen Schritte" — auf dem Wege zu dauerhaften Lösungen — sein müßte, ist gewiß nicht selbst schon eine solche.

Die Bundesregierung befindet sich somit in einer eigentümlichen mittleren Position zwischen beiden Großmachtgruppen. Sie kann weder der östlichen noch der westlichen Linie folgen, in der von beiden nach Lösungen gesucht wird. Es ist die erste, wenn auch verschleierte, Krise in den Beziehungen der Bundesrepublik zu ihren Alliierten. Bonn könnte mit dem Osten darin übereinstimmen, daß Zwi-

schenlösungen, die einer späteren, dauerhaften Lösung im Wege stünden, wie die Erklärung Westberlins zur Freien Stadt, abwegig seien. Es kann mit der eventuellen Endlösung des Westens, der definitiven Teilung Deutschlands in zwei Staaten, nicht übereinstimmen. Aber hat nicht die Sowjetunion unter bestimmter Voraussetzung, insbesondere der Anerkennung der Parität, die Möglichkeit einer Verbindung der beiden Teilstaaten als interne Aufgabe beider offen gelassen und in einem früheren Friedensschlußentwurf einen gemeinsamen Frieden mit einer Konföderation der Teilstaaten in Aussicht gestellt? Öffnet sich hier nicht ein Weg aus der Sackgasse, der alle drei Probleme, Einheit, Westberlin und Ostgrenze, einer Endlösung näher bringen könnte? Jedem nicht voreingenommenen Politiker müßte dies Anlaß zu einem intensiven Gedankenaustausch zwischen Bundesrepublik und Sowjetunion über eine etwa mögliche vermittelnde Lösung der schwebenden Probleme sein. In der richtigen Erkenntnis, daß ein abermaliges Aufschieben entschiedener, wenn auch kleiner Schritte in der Richtung auf eine integrale und dauerhafte Lösung des deutschen Fragenkomplexes, statt bloßer Provisorien in Richtung auf bloße Provisorien, die gefährliche Gesamtlage konserviert, statt ändert, mit allen möglichen Zufällen und Fehlleistungen in der prekären ständigen Bereitschaft zum Schlimmsten, war es wiederum die Sowjetunion, nicht der Westen, die die Initiative ergriff. Wie schon in früheren kritischen Lagen unternahm sie es, zu prüfen, ob nicht das politische „stalemate" gebrochen und eine neue Kausalreihe begonnen werden könne, um eine grundlegende Änderung zwar nicht in dem Macht-status quo der beiden Weltmachtgruppen, wohl aber in den politischen und militärischen Sicherungen derselben zu erreichen, ehe sich eine gefährliche Lage noch weiter zuspitzt. Denn die verhängnisvolle Entwicklung der Bundesrepublik zu einer Militärmacht mit der Mitverfügungsgewalt über Atomwaffen ist trotz der Bedenken der Westmächte kaum vermeidbar, wenn es nicht in absehbarer Zeit zu einer Einigung kommt; und sie wäre von russischer Sicht gesehen der casus belli, der Anlaß zu einem Präventivkrieg. Das ist, wie ich es sehe, der Anlaß zu dem in seinen Beweggründen und Ausführungen so gründlich mißverstandenen Memorandum der Sowjetunion vom 27. Dezember 1961, auf dessen eigentliche Fragen und Warnungen die bundesdeutsche Reaktion mit charakteristischer deutscher Rechthaberei, Lehrhaftigkeit und Überheblichkeit die Antwort schuldig geblieben ist.

2.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland gehören zu den machtpolitischen Fragen, die, „losgelöst von den ideologischen Auseinandersetzungen", die gleichen sind und in gleicher Weise angepackt werden müssen, wie immer sich die sozialen und politischen Ordnungen verändert haben mögen. Auf diesen grundlegenden, aber anscheinend von der deutschen Politik wieder einmal vergessenen Sachverhalt hingewiesen zu haben, ist das Verdienst des Vizepräsidenten des Bundestages Thomas D e h l e r (in einem Spiegel-Gespräch), das ihm nicht vergessen werden soll, so unzulänglich die von seiner Partei aus dieser Erkenntnis gezogenen Schlußfolgerungen geblieben sind. Sie in ihrer ganzen zwingenden Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und den Frieden erkannt, öffentlich bekannt und seine berufliche Karriere für ihre rechte Würdigung eingesetzt zu haben, ist der Ruhm des Veranlassers des sowjetischen Memorandums, des bundesdeutschen Botschafters in Moskau, Dr. K r o l l, den in schmählicher Weise verunglimpft und schließlich in die Wüste geschickt zu haben, das sprechendste Zeichen für die politische Unreife der Caprivis de Caprera di Montecuculi unserer Zeit und den Horizont der bundesdeutschen Presse ist. Kroll gehört als vorläufig letzter in eine lange Reihe

von deutschen Staatsmännern und Diplomaten, vom Freiherrn vom Stein und Bismarck bis zum Grafen Rantzau und Grafen von der Schulenburg, die in freundschaftlichen, nicht bloß korrekten Beziehungen zu Rußland für Deutschland so etwas wie ein Grundgesetz seiner Existenz sahen und solche über alle Wandlungen und Gegensätze der beiderseitigen inneren Ordnung für heilsam und möglich hielten. Daß die Einheit Deutschlands ohne das Einverständnis Sowjetrußlands nicht wieder herzustellen sei, ist im Laufe der Zeit auch den Verfechtern einer Politik der Stärke klar geworden. Aber daß es ohne einen Ausgleich mit Rußland für Deutschland überhaupt keine Zukunft mehr geben könne, das ist eine Erkenntnis, die erst wenige in ihrer vollen Bedeutung und in dem ganzen Ernst erkannt haben. Es ist beschämend, es ist erschütternd, zu sehen, daß sie zwischen den Zeilen des Memorandums einer fremden, einer für feindlich gehaltenen Nation anklingt, indessen im deutschen Raum der Jubellärm über eine „Integration" sich breit macht, die nach dem Willen Bonns, in den Worten de Gaulles, mit anderen von allem die deutsche Nation „auslöschen" und selbst in einem „Europa der Vaterländer" jedenfalls die Deutschen ohne Vaterland lassen würde.

Einer weiteren Analyse des Memorandums wie der bundesdeutschen Antwort bedarf es nicht. In diesen Blättern ist ausführlich darauf hingewiesen worden. Ein paar Punkte dieses ungewöhnlichen und ganz aus dem Rahmen des bisherigen Notenwechsels herausfallenden Dokumentes müssen indessen noch einmal berührt werden, um so mehr, als das Wichtigste absichtlich nur beiläufig erwähnt oder gar zwischen den Zeilen zu lesen ist. Das Bedeutsame des Memorandums ist nicht das, was es im einzelnen ausführt, sondern daß es überhaupt verfaßt und in diesem kritischen Zeitpunkt der bundesdeutschen Regierung zugestellt wurde. Es ist zunächst eine Warnung an Bonn, und zwar höchst eindringlicher, ja geradezu beschwörender Art, nicht auf dem Wege der bisherigen, sich gegen die Sowjetunion richtenden feindlichen Politik der Aufrüstung fortzufahren, die zum Kriege und damit zur totalen Vernichtung Deutschlands führen müsse. Es bietet den Deutschen noch einmal die Hand zu einer Änderung der Beziehungen im Rahmen der derzeitigen politischen Realität und unter Respektierung der politischen Verbindung Bonns mit dem Westen. Es weist daher ein Gespräch über Neutralität mit allen an eine solche früher von oppositionellen deutschen Kreisen geknüpften Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung unter Zubilligung freier Wahlen zurück. Aber es läßt durchblicken, daß eine selbständigere, eine vom Westen etwas weniger abhängige Politik eine wesentliche Änderung der Gesamtlage und die Möglichkeit dauerhafter Lösungen zu bieten vermöchte. Welcher Art solche Lösungen sein könnten, darüber äußert sich das Memorandum nicht. Es überläßt dies vielmehr der deutschen Antwort oder betrachtet es als das Thema zweiseitiger Gespräche. Aber man wird deutscherseits nicht darüber im unklaren sein dürfen, daß die Verhandlungsbereitschaft der Bundesrepublik unter Anerkennung der Parität der zwei Staatsgebilde Deutschlands und ihrer Sozialordnungen sowie der Oder/Neisse-Linie die Grundvoraussetzung einer Annäherung der beiden Nationen ist, daß somit Konzessionen auf dem Gebiet der militärischen Rüstung und wirtschaftliche Zugeständnisse nicht russischerseits Konzessionen in der Frage der Wiedervereinigung, der Regelung der Position Westberlins oder der Grenzziehung zur Folge haben können. Es geht aus dem Memorandum hervor, daß es ein Zurück zur Wiederherstellung eines früheren Zustandes nicht geben könne, sondern nur ein aus dem jetzigen Status zu entwickelndes Vorwärts. Es schiebt den Deutschen die Initiative zu; gewiß nicht im Sinne der Rückkehr zu älteren Zuständen und abgespielten Machtsituationen — von den Grenzen von 1937 auszugehen ist ebenso unmöglich wie etwa von der Weimarer Republik für die

Wiederherstellung eines einigen Deutschlandes —, wohl aber um im beiderseitigen Interesse zu dauerhaften Lösungen des deutschen Problems zu kommen, statt nur zu Provisorien.

Die entscheidenden Hinweise des Memorandums betreffen die Möglichkeit einer Vereinigung der deutschen Teilstaaten und die Notwendigkeit einer allgemeinen Friedensregelung unter Beteiligung aller im Zweiten Weltkrieg in Europa mit-betroffenen Staaten. Beide Hinweise eröffnen Aussichten auf dauerhafte Lösungen. Sie bieten dem deutschen Volk die Möglichkeit einer neu zu erringenden Einheit, statt der nicht mehr möglichen Wiederherstellung einer zerstörten alten Einheit. Sie überantworten das Problem der Einheit der Initiative der beiden Staaten als ihre interne Angelegenheit. Sie erwarten von einer allgemeinen Friedensregelung, daß sie zu einer „vereinbarten Lösung" führen und damit „die Übereinkunft zwischen einer großen Staatengruppe ordnen und auf eine feste, völkerrechtliche Grundlage stellen werde". Nur flüchtige Lektüre konnte zu dem Verdacht verleiten, daß die Sowjetunion mit dem Memorandum versuche, die Bundesrepublik von ihren Bundesgenossen abzutreiben und zu so etwas wie einer „Tauroggenschwenkung" zu verführen — etwa mit dem ernsthaften Angebot einer Wiedervereinigung, wie Le Monde als Möglichkeit angedeutet hat. Auch der Verdacht, Moskau wolle durch Sondergespräche Bonn in den Augen des Westens kompromittieren, ist absurd. Die Anregung einer allgemeinen Friedensregelung setzt vielmehr voraus, daß zweiseitige Gespräche mit vollem Wissen der Westmächte geführt werden würden, wenn auch nicht in unbedingter Abhängigkeit von ihnen. Denn im Gegensatz zu den Westmächten will die Sowjetunion unter Wahrung des machtpolitischen status quo über den zur Zeit herrschenden illegalen Zustand bloßer Abreden und zwischenstaatlicher Vereinbarungen zu festen legalen völkerrechtlichen Vertragssystemen kommen. Sie wendet sich an die Bundesrepublik in der Annahme, daß diese, ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse folgend, sich ebenfalls nicht mit einem latenten Kriegszustand mit der Sowjetunion und einem ad infinitum verlängerten Schwebezustand abfinden könne. Sie sieht in der Bundesrepublik den zur Zeit einzigen Faktor, der das politische „stalemate" brechen könnte, wenn er willens dazu wäre. Deutschland ist berufen, den ersten Schritt in einer „Politik der kleinen Schritte" zu einem Frieden zu tun.

An diesem Punkt wird man abbrechen müssen, um sich zu fragen, ob das sowjetische Memorandum nicht auf einer völligen Verkennung der politischen Situation und Atmosphäre der Bundesrepublik beruht, wenn als möglich vorausgesetzt wird, daß Bonn freiwillig Vorleistungen für den Frieden in solchem Ausmaße machen könnte, ohne politische Gegenleistungen dafür zu erhalten. Oder bestehen Möglichkeiten eines Entgegenkommens und der Erleichterung seitens der Sowjetunion, die ihrer Natur nach in einem veröffentlichten Dokument nicht genannt werden können? Ja, wenn Moskau als den Beginn einer neuen Kausalreihe, durch die der Ring des Verhängnisses gesprengt und das politische „stalemate" gebrochen werden würde, den Austritt der DDR aus dem westlichen Allianzsystem meinte und, wie Le Monde andeutet, dafür eine Prozedur des Zusammenschlusses beider Teilstaaten tolerieren würde, die einen Erfolg verspräche (auch wenn Sicherungen für die Erhaltung der Errungenschaften des Sozialismus eingebaut würden), wenn Moskau in der Frage der Ostgrenze mindestens einige beträchtliche Korrekturen zugestehen würde (wenn auch nicht die Rückgabe der ostdeutschen Territorien in den Grenzen von 1937 mit der Wiederherstellung solcher Verhältnisse wie des Weichselkorridors) —, dann, ja dann könnte man sich denken, daß damit ein beträchtlicher Druck nationaler Kreise in den regierenden Parteien entstehen würde, obwohl es auch dann noch zweifelhaft bliebe, ob die in

Bonn herrschende Clique der Abendländer und Karolinger mit ihrer Konzeption der Supernation Europa durch solche nationalen Möglichkeiten aus dem Sattel gehoben werden könnten. Immerhin wäre mit einem solchen Anerbieten eine Unruhe in die deutschen Reihen getragen, die die Fortschritte der fragwürdigen Europapolitik beträchtlich lähmen könnte. Aber nichts Derartiges läßt sich auch nur im entferntesten als hinter den Zeilen des Memorandums unausgesprochen vermuten, und somit ist, was in ihm steht, in den Ohren der regierenden Mehrheit der DBR nichts als ein Hornberger Schießen, nichts als ein kleiner Lärm um Nichts.

Denn, und damit kommt man zu dem eigentlichen Kern der Lage, in Bonn realisiert man nicht den wirklichen Ernst der Lage. Man glaubt nicht an das unmittelbar drohende Unheil der Vernichtung; man schlägt die Warnungen in den Wind; man fühlt sich im Rahmen der NATO sicher; man glaubt den einfältigen Worten des greisen Kanzlers buchstäblich, daß der Bund mit der NATO das deutsche Volk sichere; man läßt sich von den wachsenden Zeichen einer sich unaufhaltsam nähernden Katastrophe nicht beirren: genau so, wie die Hamburger es sich nicht denken konnten, daß ihnen die Flut über den Hals kommen könne, und sich hinter ihren Dämmen und Deichen sicher fühlten. In der Verblendung, die wahrlich noch immer der Fluch der Götter gegen diejenigen ist, die sie verderben wollen, ist vielmehr die Bonner herrschende Schicht der Überzeugung, daß ihre Politik der Stärke zu wirken beginne, daß sie am Vorabend großer Erfolge stehe, daß es nur noch einer kurzen Zeit des Lavierens bedürfe, bis man so stark sei, daß man Forderungen stellen könne; die europäische Entwicklung übe eine solche Anziehungskraft aus, daß die Bundesrepublik sich vorübergehend auch mit einer Teilung Deutschlands, ja selbst mit einer ungünstigen Entwicklung in Berlin abfinden könne, weil es sich nur um vorübergehende Rückschläge auf einem Nebenfelde handele, die zu gegebener Zeit leicht wieder gut gemacht werden könnten.

Es wäre hier nach dem „Großen Plan" Bonns zu fragen, nach den Aussichten seiner Verwirklichung und nach den Gefahren, die er heraufbeschwört. Der Kritiker der Adenauer'schen Politik wird sich nicht die Anziehungskraft und die einleuchtende Schlüssigkeit einer bestechenden Konzeption verhehlen können, auch nicht in ihren nationalen Perspektiven; denn sie ist in der Tat die Realisierung der Hitler'schen Idee einer neuen europäischen Ordnung, wenn auch mit friedlichen Mitteln und auf einem weiten Umwege zu verwirklichen, aber immerhin den im Unterbewußtsein der deutschen Massen noch lebendigen, damals geweckten Hoffnungen auf Glanz und Größe eine Art Erfüllung verheißend. Es ist Unsinn, Adenauer vorzuwerfen, daß er willens war und ist, Mitteldeutschland und den deutschen Osten preiszugeben. Die Priorität galt, wenigstens bisher und ihm, nur für die einzelnen Stationen auf dem Wege einer Wiederherstellung Deutschlands als die zentrale Macht Europas; auch hier unbewußt in den Fußtapfen von „Mein Kampf": erst der Westen, dann reinen Tisch mit dem Osten. Warum denn auch das bürgerliche nationale Lager und viele ehemalige Nationalsozialisten bisher hinter Adenauer standen und sich nicht davon überzeugen ließen, daß seine Politik zur diesmal unwiderruflichen finis Germaniae führen müsse.

Es wäre hier auch der Ort, auf die „Große Strategie" des amerikanischen Präsidenten hinzuweisen, die im zweiten Jahr seiner Amtszeit sich mehr und mehr in ihren entscheidenden Zügen zu enthüllen beginnt und einen mit Sorge, ja mit Angst über die Verkennung der wirklich konstruktiven Aufgaben eines den Frieden sich zum Ziel setzenden Amerikas erfüllt. Man kann nur mit Schrecken auf die Bestrebungen sehen, die mit der Bildung eines Großraums „Atlantis" die Zweiteilung, die Spaltung und den Abschluß der Weltzonen voneinander definitiv machen und nicht die Kriegsgefahr verringern, sondern vergrößern würden. Wahrlich eine Konzeption von einer Hybris, daß man, statt von einer Atlantika

zu sprechen, besser tut, es in Erinnerung an den von Plato überlieferten Mythos von dem an seiner Hybris zu Grunde gegangenen Atlantis mit dem alten Wort zu bezeichnen. Der Anschluß der USA an die EWG und der geplante machtpolitische Ausbau zu einer in sich abgeschlossenen Weltsphäre, statt einer Öffnung aller Nationen zu einer globalen Gemeinschaft, müßte zu einer Verschärfung des Kalten Krieges führen, und zwar nicht allein in Gestalt eines Wirtschaftskrieges allein. Es ist wahrlich ein tragischer Anblick, zu sehen, wie die USA ihren eigentlichen Beruf in der Bildung eines tragfähigen machtpolitischen Fundamentes eines dauerhaften Friedens verkennen, in dem es freilich einer tieferen Gliederung bedürfte als einer Zweiteilung, in der es ohne mittlere Zonen nicht zu einem Gleichgewicht kommen kann. Eine Ordnung, für die die amerikanische Tradition innenpolitisch das Beispiel gegeben hat in ihrem System von Gegengewichten und Kontrollen.

Es wäre hier schließlich und endlich auch der militärischen Lage zu gedenken, um die ganze Gefährlichkeit der Zuspitzung zu einer unvermeidlichen Katastrophe in das rechte Licht zu rücken. Denn der bundesdeutsche Verteidigungsminister Franz Joseph Strauß hat mit seiner Skepsis über den Einsatz von Atomwaffen nach jener sonderbaren „Pause" zwischen einem anfänglich mit konventionellen Waffen geführten Kriege zweifellos recht, und die Bundesrepublik, beziehungsweise Westeuropa werden sich nicht damit abfinden, ohne Mitverfügungsgewalt über den Einsatz von Atomwaffen zu bleiben. Daß Europa weder mit noch ohne Kernwaffen zu verteidigen sei, das ist eine Erkenntnis, die in der Bundesrepublik noch nicht durchgedrungen ist, wenn auch schon in USA bei solchen intelligenten Beobachtern wie Stewart Alsop. Daher man denn auch in ihr zwar von dem Mißtrauen der Westmächte gegen jede Annäherung Bonns an Moskau als einer Neuauflage der Rapallopolitik faselt, aber nicht das tiefere Mißtrauen erwähnt, auf das erst kürzlich Alsop gelegentlich eines Besuches in einer bundesdeutschen Kaserne, angesichts der Karten dort über das wiedervereinigte Deutschland und die „heim ins Reich" geholten Ostprovinzen hingewiesen hat. Aber weder Alsop noch Strauß ziehen aus ihren richtigen Erkenntnissen die richtigen Schlußfolgerungen.

Auf diese Zusammenhänge kann hier nicht in der an sich gebotenen Ausführlichkeit eingegangen werden; aber erwähnt mußten sie werden. Denn erst damit wird das eigentliche Motiv des Sowjetmemorandums in das rechte Licht gerückt. Es geht in ihm nicht um die Erfüllung nationaler Hoffnungen der Deutschen, sondern um die Rettung des Friedens. Es ist in letzter, entscheidender Stunde ein letzter Versuch, den Frieden zu sichern. Denn wenn die Bundesrepublik bei ihrer bisherigen Politik beharrt, wenn der Westen sich zur Verwirklichung der atlantischen Großraum-Konzeption entschließt, dann kann keine Macht der Welt den Krieg aufhalten. Die unausbleibliche Antwort der Sowjets wäre ein enger Zusammenschluß mit China, wäre der Rückgriff auf die Doktrin des unvermeidlichen Krieges. Und was immer dabei die großräumigen Staaten USA und UdSSR an Möglichkeiten oder Nichtmöglichkeiten hätten, Reste ihrer Völker zu erhalten, für das engräumige Deutschland bestünde keine Hoffnung des Überlebens irgendeines nennenswerten Restes seines Volkes. Deshalb geschah die Aufforderung an die Bundesrepublik, den Gang des Verhängnisses aufzuhalten, und der Aufruf an die Deutschen als die gefährdetste der Nationen, sich aus den Verstrickungen zu lösen und eine Friedensinitiative zu ergreifen. Mit der Anerkennung der neuen politischen Realität kann sich Deutschland nichts erkaufen; es kann damit allein den Frieden retten und damit allerdings auch das eigene Dasein. Das Opfer, das der Deutsche damit bringt, ist nicht gebracht, wie König Agamemnon seine Tochter opferte, um günstigen Wind zu erlangen. Es muß gebracht werden, bedingungslos,

wie Abraham den „Sohn der Verheißung" zu opfern bereit war, und damit die ganze Zukunft des Volkes Gottes.

Der Deutsche hat es noch nicht begriffen, in welcher unmittelbaren Nähe des äußersten und letzten Gerichtes er sitzt. Es könnte sein, daß er bereits gewogen und abermals für zu leicht für sein Schicksal befunden wurde. Ob nicht in letzter Stunde anderwärts die Gefahr eines Fortschreitens auf der bisherigen Bahn erkannt wird, ob nicht vielleicht England als die immer noch politisch erfahrenste aller Nationen an die Stelle der Bundesrepublik treten wird, um mit einer Friedensinitiative mit allen politischen und militärischen Konsequenzen den Kreis des Verhängnisses zu brechen, und ob dann nicht am Ende ein Friede über Deutschland geschlossen wird, der die Bundesrepublik als einen nicht länger „benötigten" Faktor im Dunkeln lassen würde, das sind Fragen, die man vorläufig auf sich beruhen lassen wird.

3.

Ist es noch nötig, Ausführungen über eine zwar wünschenswerte, aber höchst unwahrscheinliche Friedensinitiative der DBR zu machen? Abgesehen davon, daß es immer mißlich ist, in der Außenpolitik ein Programm vorzulegen, das sich meist eher als ein Hindernis denn als Hilfe erweist. Auf zweierlei sei statt eines Programmes noch hingewiesen. Erstens sollte man sich doch den Passus des Memorandums sehr genau durch den Kopf gehen lassen: „Wenn die Regierung der Bundesrepublik der mit der Wiedervereinigung Deutschlands gesteckten Aufgabe die ihr zukommende Beachtung schenkt, so wird es für sie das beste sein, darüber unmittelbar mit der Deutschen Demokratischen Republik zu verhandeln. So wie die beiden deutschen Staaten es vereinbaren, wird es nach Ansicht der Sowjetunion gut sein." Dazu wäre als zweites zu sagen: wenn von der Bundesrepublik so etwas wie eine Revolution ihrer bisherigen Politik als rechtens gefordert wird, so müßte es auch billig sein, wenn von der DDR wenn auch keine Revolution, so doch Reformen erwartet werden, die eine Kooperation mit dem Ziele einer neuen Einheit Deutschlands nicht von vornherein aussichtslos erscheinen lassen. Eine der Ursachen der Zuspitzung der Lage in Berlin ist immerhin ja auch die nicht abzuleugnende Tatsache, daß es in der DDR nicht gelungen ist, die Verwirklichung des Sozialismus so attraktiv und dem Volkskapitalismus, dem Wohlfahrtsstaat und dem, was das Memorandum der Acht „Sozialpolitik der planlosen Wahlgeschenke" nennt, überlegen zu gestalten, daß es statt zu einer Binnenwanderung von Ost nach West zu einer solchen in umgekehrter Richtung hätte kommen können. Die ungleich härteren Erholungsbedingungen in der DDR und der dadurch bedingte langsamer sich hebende Lebensstandard, solche nicht zu ändernden Nachteile drüben, jenseits der Mauer, hätten durch manche andere, positive Züge im persönlichen und Gemeinschaftsleben kompensiert werden können. Vergessen wir nicht, daß die DDR die Erbin der besten Tendenzen und Züge eines zu Unrecht einseitig beurteilten Preußens hätte sein können und potentiell immer noch ist, nicht nur in dem nationalen Beruf der Einigung, der den Händen Bonns mehr und mehr entglitten ist, sondern auch in der zielbewußten Frugalität, der Idee des Dienstes, der Einordnung und mit dem Leitwort des Suum cuique. Einiges in solcher Richtung tönt neuerdings von drüben herüber. Es wäre manches besser, könnte es glaubhafter klingen.

Darüber wäre noch manches zu sagen: aber es muß mit solchen Andeutungen sein Bewenden haben. Es bliebe nur noch eines zu berühren. In diesem Jahre 1962 entscheidet sich aller Wahrscheinlichkeit der Lauf der nächsten Jahre, wie 1954 die Jahresreihe der Integration und der Politik der Stärke festgelegt wurde. Einmal entschieden, folgt der Ablauf der ihm innewohnenden Folgerichtigkeit:

Entweder zu einer schrittweisen Besserung der Weltlage oder zu einer solchen Reihe neuer Krisen, daß es über menschliche Kraft gehen wird, sie einzugrenzen; so daß an der einen oder anderen Wegecke die äußerste Katastrophe über uns hereinbrechen wird. Zu was in solcher schicksalsvollen Weltstunde das deutsche Volk aufgerufen ist, das ist ein erster Schritt der Umkehr, der Einkehr (im ethischen, im christlichen Sinne gemeint), ein erster Schritt in der Richtung auf viele folgende „kleine Schritte", ein beispielhafter Schritt aus den schweren Erfahrungen des deutschen Volkes. Denn dieser erste Schritt ist nicht ein solcher eines der beiden Teilstaaten, noch auch beider. Die Initiative liegt vielmehr beim deutschen Volke selbst, dem hüben wie drüben, dem immer noch einen und ganzen. Wie, und was der erste Schritt wäre, darüber gäbe es wohl Vorschläge zu machen. Aber die Stunde drängt. Daß solchem Schritt weitere folgen werden, ja unweigerlich aus einer immanenten Logik heraus folgen müssen, das wäre ein guter Grund zur Hoffnung, ohne die der Mensch in seiner Bedrängnis den Kopf verliert und in die Panik gerät, die ihn statt ins Freie in das Feuer rennen läßt. Die Deutschen, ihren tiefsten Todesinstinkten nach eine Nation von Lemmingen, haben von Natur aus den Hang, ihren Führern auf dem Wege in die Selbstzerstörung ohne Besinnung zu folgen. Sie sind dazu fähig, was Hitler nicht mehr zu tun vermochte, schließlich doch noch zu vollbringen und wie der wiedererstarkte Simson den „Tempel der Zivilisation" über sich und den anderen Völker zum Einsturz bringen. Aber wenn der Deutsche die schmerzhaften Erfahrungen der letzten fünfzig Jahre in ihrer Wandelkraft und Reinigung von Schuld und Irrtum wirklich erfahren und er„innert" hat, statt nur zu verdrängen, so weiß er, daß Deutschland als Land der Mitte Europas nur noch den einen Beruf hat, den Beruf der Vermittlung, den Beruf der Friedensstiftung, und sonst nichts.

Die militär-politischen Aspekte des Deutschland-Problems (II)

Antworten auf eine Umfrage der „Blätter"

Seit Jahren behandeln die „Blätter" mit Vorrang alle Fragen, die eine internationale Entspannung zum Gegenstand haben, insbesondere die Probleme der militärischen Sicherheit in Mitteleuropa, die militärisch-politischen Positionen der beiden deutschen Teilstaaten.

Die Redaktion der „Blätter" hat vor kurzem an eine Reihe hervorragender und angesehener Persönlichkeiten des westlichen Auslandes die beiden folgenden Fragen gerichtet:

1. *Sind Sie der Auffassung, daß die Forderung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die NATO zur vierten Atommacht zu machen und ein Mitspracherecht über den Einsatz dieser Waffen deutscherseits zu erhalten, ein geeigneter Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa und zur Entspannung der Lage ist?*
2. *Sind Sie der Meinung, daß es der Minderung der Konfliktgefahr dient, wenn eine Vereinbarung dahingehend getroffen wird, daß die beiden deutschen Teilstaaten auf atomare Bewaffnung verzichten, ihre Rüstungs- und Waffenstärke begrenzen und militärisch neutral werden?*

In Heft 4/62 haben wir bereits die Antwort von Nobelpreisträger Earl Bertrand R u s s e l l abgedruckt. Weitere Antworten werden wir im Juni-Heft veröffentlichen.

(D. Red.)

Prof. Geoffrey B a r r a c l o u g h (London)

Prof. Geoffrey B a r r a c l o u g h , einer der angesehensten britischen Historiker, ist vor allem als Kenner und Erforscher der deutschen, insbesondere der mittelalterlichen deutschen Geschichte hervorgetreten. Er lehrt heute am „Royal Institute of International Affairs" in London. Vgl. Heft 9/61 der „Blätter".

Die wahrscheinlich bedeutsamste Tatsache hinsichtlich des Problems der thermo-nuklearen Waffen heute ist die Tatsache, daß sie im wesentlichen noch beschränkt sind auf die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion. Daß die britische Nuklear-Waffe irgendeinen eigenen Wert hat, ist mehr als zweifelhaft; daß die französische Atomwaffe effektiv zur Verteidigung beiträgt, ist bestimmt nicht der Fall. Deshalb ist es nach meiner Auffassung ganz außerordentlich wichtig, daß nichts getan werden sollte, um die weitere Verbreitung nuklearer Waffen zu fördern; allein aus diesem Grunde sollte die Idee, die NATO zur vierten Atommacht zu entwickeln, zurückgewiesen werden. Tatsächlich schätze ich diese Gefahr nicht sehr hoch ein, weil ich nicht glaube, daß die Vereinigten Staaten es für in ihrem Interesse gelegen halten, irgend etwas zu tun, das die letzte Kontrolle ihren eigenen Händen entziehen würde.

Aber sogar wenn das nicht der Fall wäre, glaube ich nicht, daß die Entwicklung der NATO zur vierten Atommacht in irgendeiner Weise zur Sicherheit Westeuropas beitragen würde; im Gegenteil, sie würde die Situation noch schwieriger machen, und da sie in der Tat die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomraketen einschließen würde, wäre ihre Konsequenz, auf der kommunistischen Seite entsprechende Entwicklungen hervorzurufen.

Nach meiner Auffassung liegt die beste Hoffnung auf eine Abschwächung der Spannung in ganz entgegengesetzter Richtung — vor allem in einer Vereinbarung über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. In diesem Zusammenhang ist das erneuerte Interesse, das dem Rapacki-Plan entgegengebracht wird, bedeutsam. Und ich glaube, daß es noch eine Möglichkeit der Schaffung einer „neutralen Zone", die nicht nur die beiden Deutschlands, sondern sehr wahr-

scheinlich auch Polen und die Tschechoslowakei einschließen könnte, gibt. Auf diesem Wege sollte es möglich sein, ein entmilitarisiertes Gebiet von der Ostsee bis zur Adria zu schaffen. Ich zweifle nicht daran, daß die Existenz einer solchen Zone sehr schnell eine Milderung der Spannung zur Folge haben würde.

Dr. Brock C h i s h o l m (Victoria, B.C./Kanada)

Dr. Brock C h i s h o l m, Psychiater, wurde 1896 geboren; nach medizinischer Praxis zahlreiche hohe Stellungen im öffentlichen Dienst Kanadas. Von 1948 bis 1953 war er Generaldirektor der Welt-Gesundheits-Organisation.

Ich glaube, daß eine jede Ausweitung der Verteilung oder Kontrolle von Atomwaffen die Gefahr nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt sehr erhöhen würde. Es ist klar, daß die Gefahr eines Krieges durch Zufall zunimmt, wenn solche Waffen und die Entscheidungsgewalt über ihren Einsatz in mehr Hände gelegt werden. Je weiter die Verfügungsgewalt vergrößert ist, desto größer ist das Risiko, daß atomare Waffen in einem lokalen Kriege gebraucht werden und einen größeren und weltweiten Vernichtungskrieg auslösen, wenn ohne solche lokale Verfügungsgewalt das Geschehen auf ein kleines Gebiet hätte beschränkt werden können.

Kurz- und Mittelstrecken-Raketen können nicht wirkungsvoll gegen Megaton-Bomben gesichert werden. Ihre Stationierung in Europa kann nur fast vollständige Zerstörung Europas garantieren, als Auftakt eines Krieges zwischen „Ost" und „West"; sie könnten keinen Abschreckungswert haben, weil sie nur für einen ersten Schlag gebraucht werden könnten, einen Überraschungsangriff, und keinen Wert als Vergeltungswaffe hätten. Je mehr ihre Stellungen „abgesichert" würden oder je mehr sie mobil gemacht würden, wie z. B. auf Eisenbahnen, desto mehr müßte ein potentieller Gegner seine Streitkräfte ausrüsten, um ganz Europa mit dem ersten Schlag matt zu setzen und um so größer wäre die Versuchung, das in einem Überraschungsangriff zu tun.

Die Vorbereitung auf einen atomaren Überraschungsangriff kann auch nicht annähernd so leicht oder mit Sicherheit erkannt werden, wie die Vorbereitung auf einen Angriff mit konventionellen Waffen mit ihrem notwendigen Truppenaufmarsch, der Massierung von Material usw. In Westeuropa würde eine sehr kurze Warnzeit von 3 oder 4 Minuten höchstens ein überaus empfindliches Reaktionssystem erfordern, ohne Zeit für Überlegung. Die Entscheidung müßte durch Maschinen mit hoher Geschwindigkeit getroffen werden, wobei jederzeit ein Schlechtfunktionieren möglich ist. Beispielsweise ein ungewöhnlicher Typ von Meteor oder Schauer von ihnen könnten einen Weltkrieg in wenigen Minuten auslösen Die Ergebnisse eines jeden solchen Arrangements würden sicherlich stark angewachsene Spannung sein, noch weiter verbreitete Furcht und eine weitaus größere Gefahr panikartiger Reaktionen auf irgendeine neue Situation.

Ich glaube, daß der Rapacki-Plan von Februar 1958 der konstruktivste und hoffnungsvollste Vorschlag für den Frieden seit dem Zweiten Weltkrieg war. Er wurde aus rein militärischen Gründen zurückgewiesen, obgleich keine militärische Planung in der Lage war, irgendetwas anzubietenn, das auch nur annähernd so wahrscheinlich Spannungen reduziert und weitere Fortschritte auf den Frieden hin erlaubt hätte.

Jean-Maria D o m e n a c h (Paris)

Jean-Maria D o m e n a c h ist Chefredakteur der angesehenen katholischen Zeitschrift L'Esprit.

1. Die Vervielfältigung der Nuklearmächte kann nur eine Quelle von Schwierigkeiten und Konflikten darstellen. Insbesondere was Deutschland anbetrifft,

sehen die Oststaaten, ob recht oder unrecht, in seiner nuklearen Bewaffnung eine ernste Gefahr. Die Länder Westeuropas hatten dem übrigens bei der Unterzeichnung der Verträge von London und Paris Rechnung getragen. Ich glaube also, daß diese Nuklearbewaffnung die Lage gefährlich verschärfen und in keinem Falle ein Beitrag zur Friedenssicherung sein würde.

2. Ich war immer der Ansicht, daß ein Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten hinsichtlich der Rüstungsbegrenzung und des Verzichts auf Nuklearbewaffnung ein erster Schritt zur Entspannung in Europa sein würde. Die Teilung Deutschlands ist an sich kein Kriegsgrund, aber sie kann doch die Gelegenheit dafür abgeben. Ein solcher innerdeutscher Vertrag könnte den Auftakt zu einem europäischen Vertrag bilden und auf diese konkrete Art die Abrüstung einleiten.

Cyrus E a t o n (Cleveland/Ohio)

Cyrus E a t o n, 1883 geboren, ist einer der bedeutendsten amerikanischen Wirtschaftsführer. Besonders bekannt wurde er in den letzten Jahren durch seine Begegnungen mit Ministerpräsident Chrustschow.

Ich bin glücklich, durch die von Ihrer Zeitschrift gestellten beiden wichtigen Fragen eine Gelegenheit zum Antworten zu erhalten. Folgendes möchte ich feststellen:

1. Die Entwicklung der NATO zur vierten Atommacht würde, meiner Meinung nach, die Spannungen intensivieren und die Aussicht für einen Frieden vermindern.

2. Deutschland könnte, glaube ich, einen großen Beitrag für bessere internationale Verständigung leisten, indem es auf alle militärischen Vorbereitungen verzichtet, sowohl konventionell als nuklear, und eine Politik fester Neutralität annimmt.

Die Tragödien und Verluste des ersten und des zweiten Weltkrieges demonstrieren deutlich genug die Torheit der Zuflucht zu einem konventionellen Krieg. Das unermeßlich größere Wagnis eines dritten Weltbrandes in diesem Zeitalter der nuklearen Waffen macht jedwede neue Nachgiebigkeit gegenüber der Kriegs-Großsprecherei absolut undenkbar.

In den Vereinigten Staaten leben Millionen von Bürgern, deren Vorfahren aus Deutschland kommen und einen sehr bedeutenden Beitrag für den Aufbau Amerikas leisteten. Hier, wie in der ganzen Welt, sind die Deutschen wegen ihrer Begabung in der Industrie und in den technischen Wissenschaften und wegen ihrer Geschicklichkeit im internationalen Handels- und Finanzverkehr geachtet. Sie erfreuen sich einer reichen Erbschaft ihrer Philosophen und Wissenschaftler, ihrer Poeten und Musiker.

Der Weg zu Deutschlands Größe liegt darin, für immer dem Krieg zugunsten einer intensiven Arbeit an der Kunst des Friedens abzuschwören.

Nichts kann so dramatisch die Aufmerksamkeit der Welt auf sich ziehen, und die dankbaren Gefühle der Menschen, wo immer sie leben, auslösen, als dieser positive Schritt, um das größte Unglück abzuwenden, das je die Menschheit bedroht hat.

Prof. Dr. Erich K a h l e r (Princeton)

Prof. Dr. Erich K a h l e r, Princeton, ist 1885 in Prag geboren. Bis zu seiner Emigration aus dem Dritten Reich lehrte er in München und Heidelberg Geschichte und Geschichts-Philosophie. 1937 erschien in Zürich der erste Band eines großen Werkes „Der deutsche Charakter in der Geschichte Europas". 1952 veröffentlichte der S. Fischer-Verlag die

Essay-Sammlung: „Die Verantwortung des Geistes." Die deutsche Ausgabe zweier großer in englischer Sprache erschienener geschichts-philosophischer Werke wird vorbereitet. Vgl. Heft 7/61 der „Blätter".

1. Ich halte jede Vermehrung der Atommächte für verderblich, schon deshalb weil sie nicht die Befriedung der Welt fördert, sondern einen Schritt weiter in der Richtung auf die unvorstellbare Katastrophe eines nuklearen Krieges bedeutet. Sie ist ein Anreiz für andere Mächte, Atomrüstung anzustreben, und führt am Ende zu der völligen Unkontrollierbarkeit dieser Rüstungen, zur Unmöglichkeit allgemeiner Entwaffnung, und damit zur Zerstörung unserer letzten Hoffnung auf dauerhaften Frieden.

Die Atomrüstung der NATO im besonderen ist überdies gänzlich nutzlos. Der „Kalte Krieg" ist ein Duell zwischen den zwei Riesenmächten Amerika und Rußland. Die NATO und die Warschaupakt-Gruppe sind Satelliten dieser Hauptmächte. Kein Land und keine Satellitengruppe für sich kann mit der Atomrüstung der Hauptmächte konkurrieren, und ein Angriff von der einen oder der anderen Seite auf das gegnerische Bündnisgebiet wird unmittelbar von den Hauptmächten selbst beantwortet. Es ist nicht einzusehen, was für einen additionellen Schutz eine vierte Atommacht der NATO bedeuten könnte.

Überdies ruft jeder Zug den entsprechenden Gegenzug hervor, der ihn neutralisiert, aber die Kriegsgefahr steigert. Noch nie in der Geschichte haben Wettrüstungen einen Krieg verhindert, sie haben ihn im Gegenteil herbeigeführt. Es ist höchste Zeit, daß man diese Lehre aus der Geschichte zieht und gänzlich veraltete Haltungen aufgibt.

2. Aus der Beantwortung der ersten Frage ergibt sich von selbst, daß mir ein Verzicht der beiden deutschen Teilstaaten auf atomare Bewaffnung sowie eine militärische Neutralisierung von Zentraleuropa, einschließlich aller russischen Satelliten, wünschenswert, ja absolut nötig erscheint.

Daniel Mayer (Paris)

Daniel Mayer war 1944/46 Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO), später Abgeordneter und Mitglied des Parteivorstandes sowie Arbeitsminister. 1957 trat er aus der SFIO aus. Er gehört heute dem Vorstand der Unabhängigen Sozialisten (PSU) an und ist Vorsitzender der angesehenen „Liga für Menschenrechte".

1. Ich bin gegen jede Ausdehnung der nuklearen Bewaffnung, welches auch die in Frage kommende Macht sein mag. Ich glaube, daß das einzige Mittel zur Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und in der Welt — und infolgedessen zur Sicherung der Entspannung der gegenwärtigen Lage — darin besteht, die nuklearen Versuche zu verbieten und einen allgemeinen Abrüstungsvertrag abzuschließen.

Insbesondere halte ich es für gefährlich, Nuklearwaffen einer Nation zu überlassen, deren Grenzen noch nicht festgesetzt sind und die nicht so sehr Gebietsforderungen zu stellen, als ihre eigene Einheit zu verwirklichen hat. Zwischen beiden deutschen Staaten kann die Gefahr eines Konflikts immer ausbrechen, der die Verbündeten der beiden vorübergehend getrennten Staaten gegeneinander aufmarschieren zu lassen droht.

2. Es ist unzweifelhaft, daß, bis zur Herstellung der Wiedervereinigung, ein Verzicht der zwei deutschen Staaten auf nukleare Waffen sowie eine Beschränkung ihrer Truppenstärke und Bewaffnung zu einer gewissen Entspannung führen würde. Außerdem meine ich, daß die Voraussetzungen einer friedlichen Organisation Europas von einem Plan, wie ihn Rapacki im Namen der polnischen Regierung unterbreitete, und von der Einrichtung einer entmilitarisierten Zone in Mitteleuropa, mit Einschluß der beiden deutschen Staaten, ausgehen könnten.

Senator Henri R o l i n (Brüssel)

Senator R o l i n , Brüssel, ist maßgebliches Mitglied der Sozialistischen Fraktion in der Belgischen Kammer. Er beschäftigt sich vor allem mit außenpolitischen Fragen.

1. Ich bin der Ansicht, daß die Verbreitung der Nuklearwaffen die größte Gefahr darstellt, die den Frieden der Welt bedrohen könnte. Es erscheint in der Tat als offenkundig, daß die Gefahr ihrer Benutzung zumindest proportional mit der Anzahl der Staaten oder der Organisationen wächst, die über sie verfügen würden. In Wirklichkeit wäre die Verschärfung der Gefahr weit mehr als proportional, denn der Besitz von Nuklearwaffen durch einen Staat oder eine Organisation schließt ihre Aufteilung unter eine gewisse Anzahl von militärischen Führern ein, die ihrerseits berechtigt sind, unter bestimmten Bedingungen, den Befehl zum Abschuß der zerstörerischen Raketen zu erteilen. Doch ist die Gewähr von Kaltblütigkeit und Gehorsam gegenüber den Anweisungen der zivilen Behörden bei weitem nicht überall so groß wie in den amerikanischen, englischen oder sowjetischen Armeen. Aus diesem Grunde bin ich ein radikaler Gegner der Nuklearbewaffnung der NATO. Das von gewissen deutschen Stellen für eine solche Maßnahme bekundete Interesse kann übrigens nur die Furcht erhöhen, die zahlreiche Kreise angesichts von Erklärungen deutscher Verantwortlicher empfinden, nach denen die NATO zur Durchsetzung politischer Forderungen Deutschlands dienen soll.

2. Jedes regionale Übereinkommen, das eine totale oder begrenzte Abrüstung verwirklicht, würde das Kraftverhältnis zwischen den Blöcken nicht berühren. Die Möglichkeit, daß die Vereinten Nationen den Versuch einer internationalen Kontrolle beginnen könnten, erscheint mir von großem Interesse. Hierbei möchte ich dennoch unterstreichen, daß eine solche auf die „beiden Deutschland" beschränkte Maßnahme zweifellos eine heftige Opposition von seiten der NATO hervorrufen würde angesichts der dadurch bewirkten ungleichen Schwächung der beiden Blöcke. Im übrigen hat Rapacki eine viel weitere Ausdehnung eines solchen Vertrages nach Osteuropa erwogen.

Was die Neutralität betrifft, so glaube ich nicht, daß gegenwärtig Aussichten für ihre Verwirklichung vorhanden sind. Immerhin sollte die Bundesrepublik einsehen, daß die internationale Entspannung, ausgedrückt durch diese Neutralisierung oder durch die Auflösung der NATO und der Gruppe des Warschauer Paktes, eine Bedingung sine qua non darstellt, um die Wiedervereinigung Deutschlands von neuem auf die Liste der möglichen politischen Ziele zu setzen.

Prof. Pitirim A. S o r o k i n (Winchester, Mass.)

Prof. Pitirim A. S o r o k i n gilt als einer der bedeutendsten Soziologen der Gegenwart. 1889 in Rußland geboren, war er 1917—1918 Mitglied der Regierung Kerenski. Seit 1923 lebt er in den USA; seit 1930 lehrt er an der Harvard-Universität.

Erstens: Ich glaube nicht an und erwarte nicht eine Milderung internationaler Spannungen dadurch, daß man dem Verlangen der Regierung der Bundesrepublik, die NATO zur vierten Atommacht zu entwickeln, entspricht. Ohne eine vollständige allgemeine Abrüstung können alle anderen Maßnahmen die Explosion eines dritten Weltkrieges nicht wirklich verhindern.

Hinsichtlich Ihrer zweiten Frage bin ich der Auffassung, daß eine Zusicherung der beiden deutschen Staaten, auf jede atomare Bewaffnung zu verzichten, die Erklärung ihrer militärischen Neutralität und auch die Entmilitarisierung ganz Mitteleuropas die Spannungen in diesem besonders gefährlichen Bereich eher mindern würden als eine atomare Aufrüstung der deutschen Bundesrepublik so gut wie der ostdeutschen Republik.

Mit großem Interesse sehe ich der Veröffentlichung der Ergebnisse Ihrer sehr wichtigen Umfrage entgegen.

Prof. Dr. Albert Rasker, Leiden

Erwägungen zur deutschen Frage

Was ist Politik?

Entgegen der oft verkündeten Meinung, Politik sei die Kunst des Balancierens im immer bedrohten Gleichgewicht der Mächte, um selber möglichst günstig und vorteilhaft durchzukommen — sie habe mit Ethik und Religion nur dann zu tun, wenn man den Gegner wegen seiner Unmoral und seines Atheismus diffamieren kann — sei die Auffassung vertreten: Politik ist eine Sache von eminent ethischem Gewicht und läßt sich definieren als: verantwortlich geschichtsbildend tätig sein.

Politik ist: geschichtsbildend tätig sein. Denn es handelt sich in ihr darum, daß wir, kommend aus der vergangenen Geschichte, kommende Geschichte vorbereiten, und zwar so, daß wir uns bewußt sind, was wir tun und in welche Richtung wir uns bewegen. Es darf sich nicht darum handeln, die Zukunft möglichst nach dem Bilde der Vergangenheit zu gestalten, das Kommende zu einer Verlängerung des Gewesenen zu machen, sondern viel mehr sollen wir auf der Schwelle des Heutigen uns ausrichten auf ein Neues, Besseres, nur von denjenigen, die eine Vision haben, Geschautes und von denjenigen, die Mut haben, Gewagtes. Nicht soll der Spruch der ewig Heutigen mehr gelten: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft", sondern: „Wir im Heute sind dafür verantwortlich, daß die Jugend ihre eigene Zukunft haben wird."

Eine Politik, welche nur im Balancieren zwischen den Mächten besteht, ist nicht auf Zukunft, sondern auf Heute, nicht auf Bewegung, sondern auf Stillstand angelegt. Sie orientiert sich nach kurzfristigen Interessen, sie macht sich von einer Zukunft, welche wirklich auf uns zukommt, nur Angstvorstellungen, sie will darum „keine Experimente". Sie will nicht verantwortlich sein für das, was kommt, nicht dem Neuen Rede und Antwort stehen, sondern nur Rücksprache halten mit dem, was war — und sie weiß nicht, daß sie damit das wahrhaft Kommende aufs Spiel setzt. Sie hat eine typisch r e agierende Haltung. Sie ist die Politik, welche in den internationalen Verhandlungen selten etwas anderes vorzubringen weiß als: „Laßt uns zunächst mal sehen, wohin die anderen gehen wollen, damit wir selber möglichst fest auf unserem Standpunkt stehen bleiben können."

Ein Paradox

Inhaltlich handelt es sich in der Politik um die Verantwortlichkeit für die Zukunft des Menschen und der Menschlichkeit, nicht um die Zukunft oder die Fortdauer von Ideen. Letztere haben nur dem Menschen und der Menschlichkeit zu dienen, nicht umgekehrt. Wer sich für eine Idee einsetzt, wer für eine Idee sein Leben gibt, tut das nicht um der Idee, sondern um der Menschlichkeit willen. Wer hingegen bereit ist, für Ideen als solche, und seien es auch so hohe wie Freiheit und Gerechtigkeit, Mensch und Menschlichkeit zu opfern, handelt unverantwortlich.

Daß es in der Politik um Mensch und Menschlichkeit, um die Zukunft des Menschen geht, das wissen heute mehr oder weniger alle sehr gut. Darum geht die Entwicklung in aller Welt dahin, daß der Staat den Charakter eines Versorgungsstaates annimmt. Das Vertrauen in das freie Spiel der Kräfte, mit dem wir es seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts gewagt haben, ist auf lange Zeiten hin verschwunden. Von den drei Grundbegriffen der Französischen Revolution, wiederholt im ersten Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (1948): Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, hat jetzt die Brü-

derlichkeit ein ungleich größeres Gewicht bekommen, als dies im neunzehnten Jahrhundert der Fall war. Das Für-sich-sein der Menschen ist weithin zurückgetreten zugunsten des Für-einander-seins. Wir wissen jetzt, durch Erfahrung belehrt, daß Freiheit nur realisiert werden kann in Brüderlichkeit, Existenz nur in Koexistenz. Darum ist der Staat der freien und liberalen Gesellschaftsordnung weithin ersetzt worden durch den Versorgungs- (Wohlfahrts-)staat. Wir vertrauen dem freien Spiel der Kräfte weniger als der einsichtigen Planung, wir verlangen nach Solidarität mehr als nach individueller Freiheit.

Aber — und das ist das Paradox — während alle Staaten in einer gleichen Entwicklung begriffen sind, sind sie im zwischenstaatlichen Verkehr noch recht individualistisch, haben sie Angst vor Koexistenz, interpretiert der eine des anderen Absichten und Interessen als die eines ideologischen und eines Machtstaates, nach dem Modell vergangener Zeiten. Alle sind mehr um Mensch und Menschlichkeit bemüht, als es je in früheren Zeiten der Fall gewesen ist, und dennoch beschuldigen sie einander der Unmenschlichkeit und fürchten sich dabei so sehr voreinander, daß sie zur Verteidigung je ihrer eigenen Auffassung von Menschlichkeit bereit sind, nach Waffen zu greifen, deren Einsatz aller Menschlichkeit auf beiden Seiten ein Ende setzen würde.

Bei diesem Gegensatz handelt es sich historisch gesehen nur um einen relativen Unterschied des Menschenbildes, aus der geschichtlichen Entwicklung zu verstehen. Man kann ja sagen, daß der im Westen vorherrschende Freiheitsgedanke und der im Osten vorherrschende Brüderlichkeits- oder Solidaritätsgedanke beide aus der französischen Revolution stammen, dazu im Grunde genommen beide ein säkularisiertes christliches Erbgut darstellen. Man kann aber auch den Gegensatz ideologisch vertiefen und praktisch propagandistisch verzerren: im Westen sei Freiheit ohne Brüderlichkeit, im Osten Brüderlichkeit (Solidarität) ohne Freiheit; und darum solle man voreinander auf seiner Hut sein mit allen denkbaren machtpolitischen Mitteln. Die Neutralen — meist die entkolonisierten Völker Asiens und Afrikas —, für welche aus der historischen Lage heraus der Gleichheitsgedanke die größte Anziehungskraft gewonnen hat, halten sich erwartungsvoll oder skeptisch-verächtlich zur Seite, während die zwei anderen Gruppen, die „freien" und die „sozialistischen" Staaten, nur in Angstkomplexen und fast mythologischen Vorstellungen voneinander reden und ihren Versorgungsstaat mit einem Machtapparat umgeben, der, wenn er angewendet würde, die Versorgung nicht mehr schützen, sondern ihr ein grausames Ende setzen würde.

Schuldbewußtsein oder Selbstbejammerung

Die Grenze zwischen diesen beiden Welten läuft quer durch Deutschland und wiederholt sich noch einmal ganz anschaulich und schmerzlich an der Mauer durch Berlin. Es gibt da wahrhaftig Grund genug, zu klagen. Es gibt da auch Grund genug für Schuldbewußtsein; und damit ist dann nicht gemeint ein Bewußtsein um die oft genug ausgesprochene Schuld der anderen, immer der anderen, sondern um die zuviel verschwiegene eigene Schuld. Es sei einem Außenstehenden, der mit großer Bewegtheit an der Problematik des deutschen Nachbarn teilnimmt, vergönnt, einiges dazu zu sagen.

Deutschland hätte es schon in den Jahren nach 1918 und dann ganz besonders nach 1945 als seine historische Berufung und Chance ansehen können, ein Grenzgebiet, ein Gebiet der Begegnung, ein Übungsgelände der Koexistenz und des gegenseitigen Sichverstehens zwischen „Ost" und „West" zu bilden, aber es hat diese Berufung nicht erfüllt und diese Chance nicht wahrgenommen. Das Provisorium der deutschen Teilung hätte eine positive Bedeutung bekommen können,

hätte ein Experiment der Begegnung, ein Übungsgelände für Verständigung und Versöhnung der Völker werden können, man hat es aber vorgezogen, ein solches Experiment nicht zu wagen. Als der eine Teil sich gerne und vollständig dem Westen und der westlichen Lebensweise (dem westlichen Menschenbilde) verschrieb, mußte der andere Teil dann wohl unvermeidlich und weniger gerne dem Osten und der östlichen Lebensweise (dem östlichen Menschenbilde) zufallen. Indem aber das deutsche Volk die Chance, die ihm vom Herrn der Geschichte angeboten wurde, nicht angenommen hat, hat es nicht nur die Aussicht auf seine eigene Wiedervereinigung verspielt, sondern auch den Weg zur Einigung und Befriedung der Welt, der über sein eigenes Gebiet hätte führen können, in entscheidender Weise blockiert. Dafür läuft jetzt der Gegensatz des bösen Mythos und der ratlosen Angst, die der Westen vor dem Osten und der Osten vor dem Westen hat, quer durch Deutschland, stachelt den einen Teil des Volkes gegen den anderen auf. Allen Beteuerungen einer brüderlichen Verbundenheit zum Trotz werden beide in zunehmendem Maße gegeneinander gerüstet — zum Schrecken der Welt!

Welch eine Tragik und welch eine Ironie! Hundert Jahre lang hat die deutsche Einheit gedauert, hundert Jahre lang war die Einheit eines deutschen Machtstaates ein deutscher Traum und europäischer Alpdruck[1]). Und wieder sieht die Welt vor sich ein Deutschland, eine deutsche Regierung und eine Mehrheit des Volkes, die nach der Einheit eines solchen Machtstaates zurückverlangen. Eine andere Einheit wäre erreichbar gewesen — und hätte der Welt Hoffnung gegeben; die Hand, mit der sie Deutschland nach dem Kriege wiederholt angeboten worden ist, wurde aber ausgeschlagen.

Das Beunruhigendste ist, daß die Schuld an der Teilung den anderen, immer nur den anderen, zugeschrieben wird. Das heißt: es sind immer die Russen, die die heutige Lage verursacht haben sollen. Wer sagt einem aber aufrichtig: wir selbst haben das alles verschuldet und verursacht durch unseren eigenen selbstgewählten und gottseidank verlorenen Krieg? Zwar tut man ab und zu einem solchen Schuldbekenntnis Lippendienst, um dann aber um so eifriger zu beteuern: darum setzen wir uns jetzt ein für die Freiheit der westlichen Welt, für die Ideologie und das Menschenbild des Freiheitsgedankens, gegen diejenigen, die im Osten dieses Menschenbild bedrohen ... Was weiß man noch davon, was will man noch davon wissen, wie man selber der Freiheit aller, ganz besonders der Freiheit und der menschlichen Existenz derer im Osten mit Verachtung begegnet ist und sie mit Ausrottung bedroht hat; was will man davon wissen, daß das Allererste, was man im Osten und auch sonst in der Welt von den Deutschen erwarten möchte, dieses wäre: etwas weniger Gerede von nationaler Freiheit, etwas mehr Einübung in internationale Brüderlichkeit. Das wäre die einzige, aber sicher auch aussichtsreichste Möglichkeit, die Schuld der jüngsten Vergangenheit abzutragen, welche man aber ganz verfehlt, wenn man sich so resolut auf die Seite einer westlichen Ideologie stellt, sich ergötzt an den Freuden des made-in-America-Wohlstandsstaates und eventuell dieses alles noch rechtfertigt, indem man darin nichts vom „Betrug des Reichtums" (nach Markus 4, 19), sondern eindeutig den Segen des allmächtigen und gerechten Gottes zu sehen meint. Man braucht wahrlich nicht die Zahl der ehemaligen Nazis in hohen Stellen aufzuzählen, um zu der Überzeugung zu kommen, daß sich in der ganzen Mentalität in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren wenig geändert hat.

Warum muß uns bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten, sogar seitens allerhöchster Regierungspersonen in der Bundesrepublik, die Versicherung gegeben werden, es seien eigentlich nur ganz wenige Deutsche gewesen, die

[1]) Ein Ausdruck des holländischen Radiokommentators Sluyser.

an den Greueltaten Hitlers aktiv und wissentlich beteiligt waren? Was für ein Trost und Grund zur Beruhigung kann in einer solchen Versicherung gelegen sein für die Völker der Welt, die sich dann gezwungen sehen, verwundert zu fragen, wie denn ein so großes und so begabtes Volk sich von ganz wenigen Bösewichtern so naiv ins Schlepptau konnte nehmen lassen, und ob es denn so sicher ist, daß solches nie wieder geschehen kann ... Wäre es nicht besser und ehrlicher und zur Befriedung der Welt ertragreicher, zu bekennen: ja, zwar Hitler und seine Trabanten, aber nicht nur sie, sondern mein Volk, ich in meinem Volke, wir alle haben das getan? Wie wäre es, wenn man daraus die Folgerung ziehen würde: Wir haben erfahren, wie gefährlich in unserer Hand eine Waffe, in unserem Kopf die Begierde nach Macht und Ruhm ist, und wir wollen uns jetzt und für die Zukunft entscheiden, allem, was in diese Richtung geht, ferne zu bleiben ...

So etwas ist zwar in der ersten Zeit nach dem Kriege hier und da gesagt worden[2]), aber die meisten haben es schon längst vergessen und denken und reden, schreiben und tun etwas ganz anderes. Das gilt namentlich für die Bundesrepublik, wo dieses auch die offizielle Linie der Regierung ist.

Wenn man aber die eben genannte Folgerung gezogen hätte, dann wäre das Memorandum vom 13. Juni 1961, in welchem die russische Regierung einen Friedensvertrag mit Deutschland verlangte, damit die Welt endlich einmal wisse, wie sie mit Deutschland dran sei, nicht umgedeutet worden in den Jammerruf: „Chrustschow bedroht Berlin!" Dann hätte man auch nicht so stur und unfruchtbar immer wiederholt: „Zuerst soll die Berlinkrise gelöst werden, dann werden wir mit uns reden lassen" — sondern man hätte eingesehen, daß es gerade diese Sturheit war, welche die Berlinkrise heraufbeschworen hat, dann hätte man auch gewußt, daß die Zweiteilung Deutschlands, welche immer als ein Provisorium gemeint war, je länger diese deutsche Sturheit dauert, um so unentrinnbarer zu einem Definitivum werden muß.

Nabel oder Explosionsherd

Noch während der Vorbereitung der jetzt in Genf tagenden Friedenskonferenz hat der westdeutsche Bundeskanzler erklärt, er sei überzeugt, der Westen werde kräftig eintreten für die Interessen der Bundesrepublik und den Russen keine damit im Widerstreit stehenden Konzessionen machen. Im Zusammenhang mit früheren Aussagen des Bundeskanzlers und seines Verteidigungsministers ist es vollkommen klar, was mit diesen Interessen gemeint ist: in keinem von den Russen gewünschten Verhandlungsthema (Oder-Neiße-Linie, Berlin, Anerkennung zweier deutscher Staaten) soll etwas zugegeben werden, andererseits soll nichts getan werden, was die von der Bundesrepublik gewünschte Verfügungsgewalt der NATO über eigene Kernwaffen mit weitgehendem Mitspracherecht Westdeutschlands verhindern könnte. Es läßt sich das alles so gut und stur anhören: Zweck der Verhandlungen soll nur sein, daß unter westlichem Gegendruck der russische Druck sich löst; und daß die Bundesrepublik auf westlicher Seite und nach westlichem Verständnis tapfer in der Bresche stehen kann für Freiheit, Friede und Gerechtigkeit in der ganzen Welt! Die deutschen Zeitungen stehen voll davon, das deutsche Selbstbewußtsein hebt sich, wie wundervoll werden wir so rehabilitiert, wie gut, daß das Gewissen uns wegen der jüngsten Geschichte nicht länger zu stören braucht, ja wie gut, daß wir — zwar mit einer nötigen

[2]) Namentlich im sog. Stuttgarter Schuldbekenntnis, Okt. 1945, im Wortlaut abgedruckt in Theol. Existenz heute, Heft 70, S. 27 f.

Dosis Takt — an vieles in der älteren und sogar jüngeren Vergangenheit anknüpfen dürfen!

Im Oktober 1961 zeigte die Wochenschau im Nürnberger Bahnhofskino stolz den Stapellauf des neuesten deutschen U-Bootes. Es wurde mitgeteilt, der erste Typus sei der von 1914, der zweite der von 1940, und dieses sei der dritte, dessen nautische Vorzüglichkeiten gerühmt wurden. Die Taufhandlung verrichtete die Frau des höchstdekorierten und noch lebenden U-Boot-Kommandanten des Zweiten Weltkrieges. Es sei dem Holländer, der da zufällig im Kino saß, vergeben, daß er sich recht unbehaglich fühlte. Er dachte daran, wie zur selben Zeit das neue Ostseekommando der NATO vorbereitet wurde, das dann im Dezember unter gemeinsamer dänisch-westdeutscher Leitung zustande kam. Die Nieuwe Rotterdamse Courant teilte am 7. 12. 61 mit, in dieser Angelegenheit sei schon ein Meinungsunterschied zwischen den Dänen und den Deutschen an den Tag getreten, dahingehend, daß die Dänen rein defensiv gerichtet seien, die Deutschen aber die Notwendigkeit offensiver Möglichkeiten innerhalb eines defensiv gemeinten Aufbaues betonen. Der Name des neuen Ostseekommandos: Combaltap, d. h. Commander Baltic Approaches, verrät schon einiges in dieser Hinsicht.

Das alles gehört also zu den westdeutschen Interessen, für welche der Westen nach der Meinung der westdeutschen Regierung in Genf eintreten soll; es handelt sich wie in früheren Zeiten wieder um deutsche Ehre, deutsche Kraft, deutsches Selbstbewußtsein. Wie rasch ist es doch gelungen, die bedingungslose Kapitulation des Jahres 1945 umzusetzen in eine deutsche Forderung an den Westen und vor allem an Rußland! In drei Phasen hat dieser Umschwung stattgefunden: zuerst bedingungslose Kapitulation und bedingtes Schulderkennen; dann Selbstmitleid über die auferlegten Erniedrigungen; und zuletzt stellt Deutschland seinen Besiegern — Freunden im Westen, Feinden noch immer im Osten — stolze Bedingungen für einen Friedensvertrag, deren Annahme einer bedingungslosen Kapitulation dieser Sieger fast gleich kommen würde.

Dreht sich alles in der ganzen Welt denn schon wieder um Deutschland, deutsche Wünsche, deutsche Interessen? Sollen jetzt schon wieder in der internationalen Politik deutsche Ansprüche, deutscher Wohlstand, deutsche Aufrüstung, deutsche Soldatenehre die entscheidenden Gesprächsthemen sein? Ist es schon wieder so weit, daß die Deutschen die Interessen, Rechte, Ängste der anderen gar nicht sehen und nach der Ehre der anderen, namentlich der östlichen Nachbarn, nicht fragen?

Daß die Deutschen sich doch ja nicht irren! Sooft es ihnen gelang, ihre Sache zum Zentrum, zum Nabel der Weltpolitik zu machen, wurde sie ein Explosionszentrum. So lange die deutsche Einheit gewährt hat, war sie ein deutscher Traum und ein europäischer Nachtmahr. Soll sie, soll das Zurückverlangen nach ihr und soll der Geist, in dem sie betrieben wird, wieder ein Nachtmahr werden? Im Osten fängt es damit schon wieder an — da sind die Augen, durch jahrhundertelange Erfahrung belehrt, schon weit geöffnet; im Westen scheinen die meisten sich noch durch geschickt betriebene Propaganda betören zu lassen — aber es entsteht auch dort eine Ambivalenz der Gefühle, eine mißtrauische Stimmung welche den heutigen westdeutschen Machthabern zu denken geben sollte.

Vergleiche

Es ist lehrreich, Analogien aus anderen Teilen der Welt anzuführen.

Als im Februar dieses Jahres der amerikanische Justizminister Robert Kennedy Japan besuchte, fanden Demonstrationen gegen ihn statt! „Go home, Kennedy" stand auf den herumgetragenen Schildern. In der westlichen Presse wurden diese

Demonstrationen generell als kommunistische gedeutet; es ist aber sehr fraglich, ob das alles Kommunisten waren, ja ob in ganz Japan wohl soviel Kommunisten zu finden sind. Schon im Juni 1960 hat nämlich etwas ähnliches stattgefunden, als tagelang allein schon in Tokio dreihunderttausend Japaner gegen das japanisch-amerikanische Sicherheitsabkommen demonstrierten. Die meisten Demonstranten waren nichtkommunistische Arbeiter, Studenten, Hausfrauen, Professoren, Pfarrer, viele der (übrigens auch wenig zahlreichen — sie zählen nicht über eine halbe Million) japanischen Christen waren auch unter ihnen.

Professor Yoshio Inoue, der uns in der Allchristlichen Friedensversammlung in Prag davon erzählte, sprach vom Abscheu des japanischen Volkes gegen den Krieg und namentlich gegen den atomaren Krieg, mit welchem es unter allen Völkern der Erde als erstes eine (freilich im Vergleich zu dem, was jetzt möglich ist, noch sehr bescheidene) Erfahrung gemacht hat. „Aber", so sagte Professor Inoue, „das Problem der Kernwaffen ist nicht das einzige, was uns japanische Christen, beschäftigt. Eines unserer dringendsten Probleme ist das Problem der Volksrepublik China, unseres Nachbarlandes. Es ist freilich ein politisches Problem für alle Nationen der Welt. Aber für uns japanische Christen ist es nicht nur ein politisches, sondern vor allem ein ethisches Problem. Alle Welt weiß, was die japanische Armee während des Krieges in den chinesischen Städten und Dörfern getan hat. Und die japanische Regierung hat bis heute nicht nur keinen Ersatz dafür geboten, sondern auch manchmal eine unfreundliche Haltung gegen China gezeigt. Auch in dem neuen Sicherheitsvertrag, den die japanische Regierung mit der amerikanischen abgeschlossen hat, war China der hypothetische Feind. Ist das nicht eine sonderbare und entehrende Erscheinung? Für uns japanische Christen ist es ein Problem, das unser Gewissen angeht, daß zwischen dem chinesischen Volk und uns wieder eine gerechte Gemeinschaft hergestellt wird." [3])

Es ist merkwürdig und lehrreich zu erwägen, wie sehr dieses alles auf das Verhältnis Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn anwendbar wäre. Auch darin besteht Übereinstimmung, daß jene Deutschen, denen Bußfertigkeit gegenüber diesen Nachbarn eine bessere Sache zu sein scheint als der Hochmut der heutigen Aufrüstung, manchmal auch von öffentlicher Seite, als Kommunisten diffamiert und damit mundtot gemacht werden.

In anderer Hinsicht ist die koreanische und die vietnamesische Lage der deutschen sehr analog. Es handelt sich auch dort um Länder, durch welche die Ost-West-Grenze quer mittendurch geht und geteilt hält, was zusammengehört. Nur kann man nicht sagen, diese Völker hätten das einem selbstentfachten und verschuldeten Krieg zu verdanken; vielmehr sind sie die tragischen Opfer fremder machtpolitischer Interessen. Ein zweiter Unterschied besteht darin, daß sich in diesen beiden Ländern im kommunistisch regierten Teil stabilere Ordnung und Aufbau bemerkbar machen als im sogenannten pro-westlichen Teil und daß Wiedervereinigung durch freie Wahlen hier nicht vom „Osten", sondern vom „Westen" für unerwünscht gehalten wird.

Warum, wenn die Deutschen sich so beklagen über die Gespaltenheit ihres Landes, klagen sie nicht auch über die Not ihrer Genossen in ähnlichem Schicksal? Warum zeigen sie sich nicht erfinderisch im Entwerfen einer Möglichkeit, dort eine Wiedervereinigung ohne Einmischung fremder Interessen zustande zu bringen? Aus ihrer eigenen Erfahrung sollten ihnen ja mehr als den meisten anderen Völkern der Welt die Augen für diese Not geöffnet sein! Welch eine Befreiung von Konzentriertheit auf eigene Probleme würde das sein, welch eine

[3]) Und Friede auf Erden, S. 78 ff.

Befreiung für weltweite Perspektiven, welch eine Entspannung zugunsten besserer Menschlichkeit würde die Folge in aller Welt sein können!

Ein anderes Ethos, ein neues Experiment

Zu Anfang sagten wir: Politik ist, verantwortlich geschichtsbildend tätig sein. Wird das verstanden von denen, die für die heute im Westen und ganz besonders auch für die von der westdeutschen Regierung betriebene Politik verantwortlich sind? Es gibt schon viele, die das in einer verhängnisvollen Weise schon nicht mehr glauben. Es werden Stimmen laut in Amerika, die schon seit Jahren den Gedanken eines eventuellen Präventivkrieges, eines „preemptive blow", propagieren. Wie gefährlich wäre es, wenn auch Deutschen so etwas in den Kopf steigen würde! Ist es ganz undenkbar? Der polnische lutherische Bischof Wantula sagte auf der schon erwähnten allchristlichen Friedenskonferenz in Prag: „Wir im Osten haben Angst vor der deutschen Seele, ‚les allemands aiment la mort' (Clémenceau): Heldentum, Tapferkeit, Soldatentum waren immer der Rahmen dieser Todesliebe. Wir möchten endlich sicher sein, daß ihnen diese Liebe ausgegangen ist; aber wir sind es noch nicht." [4])

„Das Tempo der Entwicklung nähert sich der Fallgeschwindigkeit. Die Geschichte läuft dem Menschen gleichsam davon", schrieb Hans Zehrer in „Die Welt" v. 24. 6. 61. Er scheint dem westdeutschen Volk regelmäßig solche Untergangsgedanken einzuimpfen[5]), welche mehr mit tragischem Götterdämmerungsleben und Todesromantik als mit christlichem Verantwortungsbewußtsein zu tun haben. Ist es aber Tragik, wenn die Geschichte uns wie eine übermenschliche unpersönliche Macht davonläuft? Ist es Tragik, wenn wir in unserer Politik, in allem, was wir als unvermeidlich und selbstverständlich gelten lassen, es darauf ankommen lassen, daß der Geschichte ein Ende gesetzt wird? Oder ist es nicht vielmehr so, daß weder eine tragische Untergangsstimmung noch ein falsch gedeutetes christliches eschatologisches Bewußtsein (auch das gibt es, bei Zehrer und anderen) uns der Verantwortung enthebt, im Heute Zukunft vorzubereiten, Zukunft für menschliche Existenz und Menschlichkeit?

Der Mann, der dem deutschen Volke wiederholt als höchste Weisheit vorhielt: „Nur keine Experimente", dieser Mann ist dafür verantwortlich, wenn er das verhängnisvolle Experiment wagt, den Lauf der Dinge sich selber zu überlassen. Er hat gemeint, Politik sei die Kunst, im Heute möglichst viel vom Gestrigen aufrecht zu erhalten, und er hat nicht gewußt, daß die Welt nur fortbestehen, die Menschheit nur Zukunft haben kann, wenn das Neue gewagt wird, ja daß etwas wahrhaft Neues nur denen geschenkt wird, die das unmöglich Scheinende wagen.

Es ist uns aber eine solche Möglichkeit eines wunderbaren Experiments, eines heiligen Abenteuers, geschenkt. Es hat merkwürdigerweise zu tun mit einem Wort aus der Passionsgeschichte: „Wer sein Leben erhalten will, der wird's verlieren, wer aber sein Leben verliert um meinetwillen, der wird's finden" (Matthäus 16, 25). Das neue Experiment könnte damit anfangen, daß wir aufhören, immer das Christentum oder die christlichen Kulturgüter des Abendlandes erhalten und verteidigen zu wollen mit Mitteln, die zu dem Kern des Evangeliums total in Widerspruch stehen, und daß wir im Gegenteil auch und gerade in der Politik es wagen, mit Schuldbekennen und Versöhnungsbereitschaft als einem Weg zu einem neuen Leben zu beginnen. Es könnte damit weitergehen, daß wir den so leicht egoistisch interpretierten Freiheitsbegriff zurückstellen zugunsten des Begriffs der Mitmenschlichkeit. Es könnte dabei eine Krönung finden, daß wir

[4]) Frei zitiert nach einem Diskussionsbeitrag.

[5]) H. Abosch, Blätter für deutsche und internationale Politik, Oktober 1961, S. 953 ff.

alle endlich, endlich einmal bereit wären, mit den anderen Völkern, auch mit denen, die uns innerlich oder aus historischen Gründen fremd und fern sind, deren Lebensweise die unsere nicht ist, in Verantwortung, in wirklicher Rede und Antwort zu verkehren — daß wir den andern Menschen nicht nur dann gelten lassen, wenn er ganz oder wenigstens zum größten Teil ein Doppelgänger unserer selbst, sondern gerade wenn er der Andere und also der echte Mitmensch ist. Das würde also bedeuten, daß wir, die Westdeutschen, die Amerikaner, die Holländer und alle anderen vom Westen, es endlich wagen würden, denen im Osten Vertrauen zu schenken, statt immer nur aus einer Haltung fast absoluten Mißtrauens zu verhandeln (d. h. aber, Verhandlung zu verweigern), um dann mit Verwunderung zu entdecken, wie geschenktes Vertrauen Vertrauen weckt, Mitmenschlichkeit möglich macht, nicht nur im persönlichen, sondern auch und gerade im politischen Verkehr.

Wer meint, die Geschichte laufe uns davon, entzieht sich selber in Wahrheit seiner geschichtlichen Verantwortlichkeit, läuft selber davon weg ins Leere, wo es keine Geschichte und keine Zukunft mehr gibt. Wollen wir das scheinbar Unmögliche oder wollen wir das Experiment doch wagen, geschichtsbildend tätig zu sein, es mit etwas Neuem, nie Erprobtem endlich zu versuchen?

Was Deutschland betrifft — die Zweigeteiltheit des Landes kann man interpretieren und erfahren als einen ungerechten Zustand, hervorgerufen durch die Schuld und Böswilligkeit der anderen, immer nur der anderen, mit denen man aus einer Position der Stärke und der Drohung aussichtslos verhandelt. Man kann sie aber auch als einen selbstverschuldeten Zustand bekennen, um dann überraschenderweise zu entdecken, wie sie eine Gnadengabe enthält, eine neue Chance, dem deutschen Volk geboten vom Herrn der Geschichte, eine Aufgabe, deren richtige Erfüllung ein Dienst sein würde von unabsehbarer Bedeutung, weit über Deutschland hinaus, zur Befriedung der Lage in Europa und in der ganzen Welt. In einem solchen Zusammenhang, in so weiter Sicht, würde die Zweiteilung des Landes sich wieder als ein zu überwindendes Provisorium erweisen und würde eine Lösung der Berlinkrise dem deutschen Volk eines Tages als reife Frucht in den Schoß fallen. Es wird heute zu oft gesagt: „Zuerst muß die Mauer weg, dann lassen wir mit uns reden". Falsch gesagt! Erst wenn das deutsche Volk mit sich reden läßt, wirklich in Verantwortung für zukünftige Geschichte mit sich reden läßt, wenn es die Mauer des Hasses und des Hochmuts, der Selbstrechtfertigung und der Selbstbejammerung abreißt, dann verschwindet auch die andere Mauer von selbst.

Prof. D. Helmut Gollwitzer

Die Kirche in der deutschen Situation

Der Verfasser — auf dessen Persönlichkeit der Beitrag „Brief aus der Schweiz" an anderer Stelle dieses Heftes Bezug nimmt — hat uns den folgenden Beitrag als Teilstück des Vorwortes zu seinem Buch „Forderungen der Freiheit", das in wenigen Wochen im Chr. Kaiser-Verlag, München, erscheint, zum Vorabdruck zur Verfügung gestellt. *D. Red.*

Es gibt kaum einen Teil der Christenheit, der mehr Anlaß hätte, sich diesen Fragen*) zu stellen und die direkte Linie zu erkennen, die ihr eigenes gottesdienstliches Leben, ihr Beten und Lehren und Handeln mit den Fragen der Völkerversöhnung, des Friedens und des Krieges verbindet, als die christlichen Gemeinden in Deutschland. Sie kommen aus der Schule einer Zeit, in der sie haben Wachheit lernen können gegenüber den Versuchungen der Machtpolitik, ebenso aber Zuversicht des von ihr bekannten Glaubens, daß es gut ist, auf den Herrn zu vertrauen und nicht sich zu verlassen auf Menschen (Ps. 118, 8). Sie sollten das Gelernte nun praktizieren in einem Volke, das durch den äußeren Zusammenbruch zur Erkenntnis seines inneren Zusammenbruchs wenigstens anfangsweise kam. Dieses Volk hat sich in seinem westlichen Teile, der eine ungleich größere Freiheit der Entscheidung hatte als der östliche, für einen Weg der Teilnahme am westlichen Militärbündnis bringen lassen, der ihm raschen Gewinn eingetragen hat. Dabei ging die Erinnerung an das Grauen und an das Unmaß von Schuld, in das die frühere Politik der Aufrüstung geführt hatte, mehr und mehr verloren. Die nun zu Verbündeten gewordenen Besatzungsmächte sorgten Hand in Hand mit der eigenen Führung dafür, daß die westdeutsche Bevölkerung im Genuß der westlichen Allianz sich über den unbehebbaren Widerspruch der Westintegration mit der Wiedervereinigung des gespalteten Vaterlandes und über die Zwangsläufigkeit der daraus folgenden Ostintegration des abgetrennten Volksteiles gerne hinwegtäuschen ließ. Man beruhigte sich auf die bequemste Weise, die es gibt, indem man die eigene Aufgabe, eine Politik der Wiedervereinigung zu betreiben, zur Forderung an die anderen machte: an die jetzigen Verbündeten, die daran nur ein mäßiges oder gar kein Inetresse haben konnten, und an die östliche Gegenseite. Man proklamiert das Selbstbestimmungsrecht als moralische Forderung und hält das für Politik. Moralische Postulate sind aber nicht Politik, solange sie nicht ergänzt werden durch eigene praktische Schritte und Vorschläge, die den anderen interessierten Staaten das Eingehen auf eine solche Forderung ermöglichen. In dieser Richtung ist nicht nur nichts geschehen, sondern es wird der Begriff des Selbstbestimmungsrechtes heute bei uns noch ausgedehnt auf die verlorenen Ostgebiete, für die anstelle des verschwommenen Begriffs des Heimatrechtes, der sich noch auf die individuelle Rückkehr einzelner Heimatvertriebener beschränken könnte, mehr und mehr das politische Souveränitätsrecht proklamiert wird. In Übereinstimmung mit einem großen Tei der offiziellen deutschen Öffentlichkeit protestierte vor kurzem der Ostkirchenausschuß der Evangelischen Kirche in Deutschland gegen die in dem bekannten Memorandum von acht evangelischen Persönlichkeiten ausgesprochene Ansicht, „daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verloren geben müssen", mit den Worten:

*) Gemeint sind die in den vorhergehenden Abschnitten behandelten Fragen „Forderungen der Freiheit" und „Verteidigung und Atomkrieg".

„Wer für das Selbstbestimmungsrecht eintritt, muß sich der sittlichen und politischen Verantwortung in gleicher Weise bewußt sein. Im Geiste dieser Verantwortlichkeit darf eine deutsche Politik nicht die willkürliche Zerschneidung einheitlicher Volksgebiete oder die Vertreibung ganzer Bevölkerungen aus ihrer angestammten Heimat durch einen Rechtsverzicht legalisieren."

Diese Äußerung einer kirchlichen Stelle zeigt die unheilvolle Versteifung des Bewußtseins in einer Frage, in der gerade die Seelsorge der Kirche eine besondere Aufgabe hat. Sie muß darauf bedacht sein, die Verkrampfung zu lösen, in die das Unrecht der Vertreibung einen großen Teil unseres Volkes gebracht hat. Die Lösung dieser Verkrampfung ist nötig, um der verbitterten Menschen willen ebenso wie um des Friedens und der wahren deutschen Interessen willen. Dazu bedarf es aber einer Seelsorge, die die offizielle Verlogenheit, die in dieser Frage bei uns herrscht, nicht nur nicht mitmacht, sondern den Mut hat, den Heimatvertriebenen zur Erkenntnis der wahren Lage und zur inneren Aussöhnung mit ihr zu verhelfen. Es ist nichts mehr daran zu ändern, daß die Ostgebiete verloren sind und verloren bleiben.

Die Austreibung der Ostdeutschen war eines der vielen großen Verbrechen dieses Jahrhunderts und erhält durch die vorangegangenen deutschen Verbrechen, deren Folge sie war, keine Berechtigung. Es gibt aber keine Macht der Welt, die sie rückgängig machen könnte und wollte, und jedes Jahr, das verfließt, stabilisiert den gegenwärtigen Zustand mehr zur völligen Unverrückbarkeit. Wer sich dieser schmerzlichen Erkenntnis verweigert und diejenigen, die sagen, was ist, beschimpft, reagiert infantil. Es geht nicht um den Verzicht auf etwas, was wir haben, sondern um die Erkenntnis eines nicht mehr rückgängig zu machenden Verlustes und um eine von dieser Erkenntnis ausgehende Politik, die auf der Basis der bestehenden Wirklichkeit die Verständigung mit den östlichen Nachbarn und den dazu nötigen Schlußstrich unter eine böse Vergangenheit voll von gegenseitiger Schuld um des Friedens willen anstrebt. Eine solche Verständigung ist unerläßliche Voraussetzung für die Wiedervereinigung unseres Volkes. Wer das Selbstbestimmungsrecht auf die Ostgebiete ausdehnt, sabotiert damit die Wiedervereinigung und erreicht also nur, daß wir über die Ostgebiete hinaus auch diese endgültig verspielen. Das sind Sätze, die außerhalb der Bundesrepublik im Westen nicht weniger als im Osten zu den selbstverständlichen politischen Wahrheiten gehören. In unserem Lande aber ist eine Atmosphäre entstanden, die man allmählich nur mit der in den arabischen Staaten vergleichen kann: wie dort kein Mensch, dem sein Leben lieb ist, die im Interesse dieser Staaten selbst liegende Vernunftordnung eines Ausgleichs mit dem nicht mehr abschaffbaren Staate Israel laut aussprechen kann, so kann bei uns kein Politiker, dem seine politische Existenz lieb ist, diese unwidersprechlichen Einsichten auszusprechen wagen. Geschadet ist damit niemandem als der deutschen Politik, die auf diese Weise blockiert ist, so daß sie politisches Handeln durch irreale Proklamationen ersetzen muß.

An diesem Beispiel ist zu sehen, wie wichtig für die Seelsorge der Kirche, deren Aufgabe immer in den politischen Bereich hineinreicht, das allgemeine Klima der öffentlichen Diskussion in einem Volke ist. In der Aussprache über die Frage der Oder-Neiße-Grenze, ebenso über die Verhinderung der weiteren rapiden Auseinanderentwicklung und Gegeneinander-Verhetzung der beiden deutschen Volksteile, auch über die vom Sozialismus gestellten und noch keineswegs antiquierten Fragen stößt der Deutsche heute überall auf Tabus, die mit Verboten, Risiken und Denunziationen gesichert sind. Die weitgehende Selbstgleichschaltung der Presse und die Anpassung der bisherigen parlamentarischen Opposition an den Regierungskurs haben den Diskussionsraum noch beträchtlich ver-

engt. Fast jeder Tag liefert neue Beweise dafür, daß unsere Demokratie den Kalten Krieg zwischen Ost und West und den zusätzlichen kalten Bürgerkrieg zwischen den beiden Teilen des gespaltenen Deutschland auf die Dauer nicht aushält. Noch sind zwar die Institutionen liberal, aber die Menschen sind es von Tag zu Tag weniger, und dem werden wohl auch die Institutionen schließlich nachgeben müssen.

In dieser Lage ist es von großer Bedeutung, ob die Kirche einem solchen Gefälle widersteht. Mit Kirche ist hier nicht ein dogmatischer Begriff und nicht eine rechtliche Institution gemeint, sondern die diese Institution tragenden und im Rahmen dieser Institution zusammengeschlossenen Menschen, also die Gemeinden, die sich im Gottesdienst versammeln, die Pfarrerschaft und die Kirchenleitungen. Wie weit sie durch ihr Christsein frei sind vom Diktat der öffentlichen Konventionen, frei zu eigenen Bewegungen und Stellungnahmen, das wird für den Gang der Dinge von Bedeutung sein. Von dieser Freiheit regte sich einiges in den Jahren nach der großen Erschütterung von 1933 bis 1945. Es gab Bereitschaft zu schonungsloser Selbstkritik und ein lebendiges Bewußtsein von der Friedensaufgabe einer künftigen deutschen Politik. Dafür wußte sich die Kirche mitverantwortlich, da sie dem Geiste zu dienen hat, der Voraussetzung für eine solche Politik ist. Tritt an deren Stelle die Monotonie von Forderungen an andere, dann betrifft das sehr wohl den Dienst der Kirche im Volk. Denn damit wird aufs neue eine Mentalität gezüchtet, in der der Deutsche alle Schuld für sein Unglück, für die Unmöglichkeit, die verlorenen Gebiete oder die Wiedervereinigung zu erlangen, bei den anderen sucht — eine Mentalität der Anklage an die böse Welt, die der Keim für Haß und Kriegsbereitschaft gewesen ist und wieder werden kann. Christliche Seelsorge kann dem nicht entgegenarbeiten, ohne die Frage nach dem Beitrag unserer eigenen Politik zur heutigen Situation und also zur Nichterfüllung nationaler Ansprüche aufzuwerfen.

Dem kann sich erst recht eine Kirche nicht entziehen, die bisher sich selbst rühmte, die einzige noch bestehende Klammer des deutschen Volkes über die Kluft der Zerspaltung hinweg zu sein. Ihr war mit dieser nationalen Funktion nicht eine ihrem Wesen fremde Aufgabe gestellt. Denn hier mußte sie ihre Seelsorge, auch ihre politische Seelsorge an den Regierenden auf beiden Seiten, ihre Friedenskraft und ihre Fähigkeit, beweglich der geschichtlichen Führung Gottes zu folgen, bewähren. Die Aufteilung unseres Volkes in zwei entgegengesetzte Blöcke und Gesellschaftssysteme gab ihr zugleich die Möglichkeit, an dem Weg in das Neuland kirchlicher Existenz in der kommunistischen Gesellschaft, an dem auf diesem Wege möglichen Sammeln neuer Erfahrungen teilzunehmen und bei seinen Härten und Gefahren den Gemeinden im östlichen Staatswesen beizustehen. Erforderlich war dafür allerdings große Freiheit von Ressentiments: Bereitschaft zum bußfertigen Verständnis der jetzt begegnenden Schwierigkeiten, der Einschränkungen und der Verleumdungen des christlichen Glaubens als Folge eigener Schuld und Versäumnis und also als gnädiges Gericht des Herrn der Kirche — Selbstbefreiung von allerlei überkommenen Bindungen und Ordnungen, die sich jetzt als längst revisionsbedürftig erwiesen — Bemühung um innere und äußere Selbständigkeit gegenüber den Umklammerungsversuchen der beiden politischen Lager und um eine Über-Parteilichkeit, die es ermöglichte, beiden politischen Führungen kritisch und versöhnend in innerer Freiheit zu begegnen — immer neues und genaues Durchdenken der Gegensätze, der Aufgaben und des eigenen Verhaltens — und zuerst und zuletzt der von Angst und Verbitterung befreiende Glaube an das unbesiegliche, allen Menschen heilsame Evangelium, in dessen Dienst wir stehen dürfen. Diese Erfordernisse sind leicht aufgezählt, aber für uns beschränkte, bedingte Menschen so schwer zu erfüllen, daß

man sie ohne Gebet um den Beistand dessen, der die Aufgabe gestellt hat, nicht einmal nennen kann. Wer sie bedenkt, dem erstickt jeder moralische Vorwurf und jedes billige Urteil, der wird auch dankbar sein, wenn er feststellen kann, daß in der von der Aufgabe gewiesenen Richtung einige Worte gesprochen, einige Schritte getan, einige Segnungen empfangen worden sind.

Die große Aufgabe fordert, daß das Bewußtsein der Kirche über das Bewußtsein des übrigen Volkes hinausreicht; nur dadurch kann die Gruppe der Christen „schöpferische Minderheit" sein, wie es Hans Lilje einmal sehr richtig als ihre Aufgabe beschrieben hat. Davon war in den Jahren nach 1933 einiges zu merken, auch in den ersten Jahren nach 1945. Heute ist es fraglich, ob der politische Horizont der am kirchlichen Leben Beteiligten sich von dem des durchschnittlichen Bundesbürgers durchschnittlich unterscheidet. Die offizielle kirchliche Presse jedenfalls ist, soweit in ihr eine politische Sicht zum Ausdruck kommt, ein Abklatsch der übrigen Presse. Die Vorstellung, daß die Christen eines Volkes in solcher Lage eine besondere Aufgabe hätten, die sich auch auf das kritische Durchdenken der politischen Aufgaben erstreckt, wird zwar theoretisch manchmal ausgesprochen, aber kaum praktiziert. Ruhestörer und Aktionen, die über die Situation beunruhigen sollen, finden wenig Sympathien. Auf den Synoden kommt die Anregung zu Beratungen über solche Themen nur von derartigen Ruhestörern und wird als lästige Abhaltung von den „eigentlichen" kirchlichen Aufgaben empfunden. Man nimmt teil an der üblichen Parteilichkeit des Unrechtsempfindens: Terror ist eine Eigentümlichkeit des Kommunismus; vom gleichen Terror der antikommunistischen Regierungen in Südkorea, Formosa und Südvietnam und von den Zuständen in den spanischen Gefängnissen will man nichts wissen. Ungarn ist der Beweis für sowjetischen Imperialismus; daß Frankreich um Algerien mit viel brutaleren Mitteln und mit viel größeren Menschenverlusten des algerischen Volkes kämpfte, nimmt man nicht zur Kenntnis; und daß die Absichten und Aktionen der USA gegen Kuba samt ihren Begründungen ein genauer Parallelfall zum sowjetischen Vorgehen gegen Ungarn sind, bemerkt man nicht, geschweige denn, daß man anhand der Jesusworte vom Splitter und vom Balken (Matth. 7, 1—5) auf den Gedanken käme, diese westlichen Gegenbeispiele seien für „nicht-atheistische" Staaten eine größere Schande und müßten den Christen eine schwerere Bekümmerung sein als die Übeltaten eines atheistischen Staates. So reagierte man auf die Mauer nur mit der Anprangerung der kommunistischen Unmenschlichkeit, wich mit Erfolg jeder eigenen Buße, zu der dieses Phänomen doch auffordern mußte, aus und wunderte sich, wenn man z. B. bei der Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi mit der Verteilung von Propagandaschriften, die nur Anklagen enthielten und von jeder bußfertigen Regung chemisch rein waren, wenig Anklang fand. Die ungelenken Versuche der Kommunisten, angesichts jahrhundertelanger Vorbilder Bibelsprüche und kirchliche Verkündigung auch einmal für ihre Propaganda zu benützen, weist man mit aller Schärfe zurück, darüber aber, daß viel größerer Mißbrauch des Christentums in aller Breite und größter Selbstverständlichkeit im Westen täglich geschieht, erschrickt man nicht.

Der 13. August 1961, lange gefürchtet und dann doch hereinbrechend wie ein unvermutetes Unglück, mußte für die mit solcher Aufgabe beladene Kirche ebenso wie für das ganze Volk ein Tag der Aufrüttelung, des Stillestehens, der Überprüfung sein. Durch die Wattekissen unseres Wohlstandes hätte in die Herzen und Köpfe die Erschütterung dringen können über den Zustand unseres Volkes, dessen Jugend nun von ihren Führungen auf beiden Seiten dazu ermahnt und erzogen wird, ja keine Hemmungen zu haben, wenn eines Tages befohlen würde, aufeinander zu schießen. Darauf richtet sich heute schon bei den Manövern in beiden deutschen Armeen das psychologische Training. In einem süd-

deutschen Fliegerhorst der Bundeswehr antwortete kürzlich ein junger Offizier auf die ihm von Besuchern gestellte Frage, ob er einen amerikanischen Befehl zum Abwurf einer Atombombe auf Dresden befolgen würde, ohne Zögern mit einem: „Selbstverständlich!" So sind wir dran, das ist die wahre Mauer, das ist die Zukunft der jungen Burschen, wenn sie Konfirmandenunterricht und Jugendkreis entwachsen sind. Spürt man es an Verkündigung und Seelsorge der Kirche, daß sie angesichts einer solchen Wirklichkeit geschieht?

Viel bequemer ist es, alle Schuld bei den östlichen Erbauern der Berliner Mauer zu suchen und das Weltgewissen wegen dieser Unmenschlichkeiten anzurufen — das gleiche Weltgewissen, als dessen Teil man selbst bei ähnlichen und härteren Maßnahmen, etwa in Algerien und Angola, gänzlich ungerührt geblieben war. Man vergaß, daß es eher zu verwundern war, daß diese Mauer, der sonstigen kommunistischen Selbstabschließung entsprechend, nicht schon längst errichtet worden war, und daß die Unterschrift unter die deutsche Teilung, die man als eine eventuelle Folge einer Kompromißregelung zur Beseitigung der Mauer jetzt pathetisch ablehnte, in Wirklichkeit schon unter die Pariser Verträge von 1955 gesetzt worden war. Einer der Mitverantwortlichen für diese Unterschrift von 1955 sagte mir 1960, er habe schon damals als wahrscheinliche Folge mit einkalkuliert, daß eines Tages die beiden deutschen Bürgerkriegsarmeen mit Atomwaffen gegeneinanderstehen würden. Da an seiner Intelligenz nicht zu zweifeln ist, muß er auch die heutige Mauer zwischen den beiden Volksteilen einkalkuliert haben. Diese Mauer war also einkalkuliert, von vornherein in Kauf genommen, an ihr ist von beiden Seiten mit stupidem Eifer über zehn Jahre lang gebaut worden, und die Entrüstung über sie ist nur ein Versuch der Ablenkung. Zu Beginn der Berlin-Krise haben Persönlichkeiten aus der evangelischen Kirche in Bonn darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht nur um die Freiheit der Westberliner gehe, sondern daß es ebenso die Aufgabe der westdeutschen Politik sein müsse, ihr Möglichstes zu tun, daß die Ostberliner Regierung sich nicht veranlaßt sehe, die Staatsgrenze am Brandenburger Tor aufzurichten. Was man tat, war wiederum nichts anderes als die Proklamation von Forderungen an die andere Seite, die das Unheil nicht aufhalten konnte.

So geht unser nationaler Weg von einem Verhängnis zum anderen, weil von einem Versäumnis zum anderen. Die Ausrede, andere Möglichkeiten habe es nie gegeben, ist zwar nur dazu gut, sich eine von Gewissensbissen ungestörte Nachtruhe zu sichern, aber sie funktioniert erstaunlich. Es muß einige unter uns geben, die es ablehnen, sich damit zu beruhigen. Deshalb muß jedenfalls in der Kirche die seit dem 13. August 1961 vollzogene faktische Trennung der Evangelischen Kirche in Deutschland, von der wir heute noch nicht ahnen, wie lange sie dauern wird, als ein Gericht angesehen werden, das uns sagt, daß unsere Bemühungen nicht energisch und frei und genügsam aus dem Glauben geboren waren, daß wir alle weit hinter der Aufgabe zurückgeblieben sind. „Du kannst hinfort nicht Haushalter sein" (Luk. 16, 2), Du kannst hinfort nicht Klammer sein! — das ist jetzt zu uns gesagt, und nur, wenn wir das uns gesagt sein lassen und bedenken, inwiefern wir dazu Anlaß gegeben haben, werden wir aufs neue in Hoffnung unsere Aufgabe als Kirche in dem zerspaltenen Volk und der zerspaltenen Welt angreifen können.

Man muß mit dem Einwand rechnen, daß mit all diesen Ausführungen die Kirche viel zu eng mit dem politischen Geschehen verflochten und also dazu verführt wird, politisierende Kirche zu werden, wovor die reformatorische Unterscheidung des Auftrags der Kirche und des Auftrags des Staates mit gutem Grunde gewarnt hat. In den hier zusammengestellten Aufsätzen ist hoffentlich das Bemühen zu erkennen, belehrt durch diese reformatorische Unterscheidung

und auf ihrem Boden die politische Verantwortung der Kirche zu klären und zugleich die Verführung zum Politisieren der Kirche abzuwehren. Politische Ethik aus theologischer Sicht ist aber nach Überzeugung des Verfassers nur halb geleistet, solange sie nur ein paar Grundlinien für den politischen Dienst der Kirche und für die politische Verantwortung des Christen herauspräpariert. Wie es eine Selbsttäuschung des Theologen wäre, wenn er meinte, durch solches Verharren im Zeitlos-Grundsätzlichen von der Beeinflussung durch seine politische und gesellschaftliche Umwelt frei zu sein, so hat er auch vorzustoßen zur Erkenntnis und Beurteilung dieser konkreten Umwelt und zur konkreten Beziehung der Sendung des Christen in die Welt auf diese Umwelt. Er hat mit seiner sozialethischen Arbeit die Kirche weder zur Bevormundung des Politikers anzuleiten noch zum Verharren bei „rein kirchlichen" Angelegenheiten und in einer „rein religiösen" Haltung, die vielmehr eine pseudo-religiöse wäre, solange mit ihr die Weltverantwortung der Kirche und der Christen geleugnet würde. So gehört das Durchdenken des politischen Bezugs und der gesellschaftlichen Konsequenzen der christlichen Verkündigung je und je in einer gegebenen Zeit und Umwelt zu den Aufgaben nicht nur des Sozialethikers, sondern jedes Theologen. Zu den Enttäuschungen in der deutschen Theologie gehört es, daß die Erfahrungen der Jahre 1933 bis 1945 nicht hingereicht haben, den theologischen Betrieb vor dem Rückzug in einen thologischen Elfenbeinturm zu bewahren, in dem die theologische Arbeit unbewegt von den Anfechtungen der Menschheit um sie her bleibt. Man kann erbauliche theologische Abhandlungen darüber lesen, daß der Auferstehungsglaube, existential interpretiert, das Vertrauen auf die todüberwindende Macht der Liebe sei, und daß die theologia crucis, die Übernahme des Kreuzes, die Entscheidung des Glaubens sei, aber längst nicht alle Autoren solcher Aufsätze ziehen daraus Konsequenzen für ihre eigene Stellungnahme etwa in der Atomwaffenfrage, in der Friedensarbeit usw.

Hat die Kirche die Menschen im politischen Leben weder zu bevormunden noch ihnen mit Rezepten zur Lösung der politischen Probleme besserwissend, aber denn doch gewöhnlich dillettantisch unter die Arme zu greifen, so bedeutet das doch nicht, daß sie sich mit allgemeinen und also notwendig blassen Grundsätzlichkeiten begnügen und sich gegenüber den konkreten Fragen, wie man oft sagt „zurückhalten" müßte. Sie wird sich allerdings im politischen Tagesstreit zurückhalten müssen, was die Bejahung oder Verneinung einzelner Positionen anlangt. Sie wird sich aber nicht zurückhalten dürfen im Eintreten für die Opfer der politischen Entschlüsse, im Protest gegen Terror und gegen leichtfertiges In-Kauf-Nehmen der Opferung von Menschen. Sie wird nicht zurückhaltend sein dürfen darin, daß sie den politisch Verantwortlichen die jeweiligen Aufgaben, die sich aus der Lage der wirklichen Menschen ergeben, und die Verantwortung für diese ihnen anvertrauten wirklichen Menschen in konkreter Beschreibung vor Augen hält. Sie wird leidenschaftlich intern und öffentlich Fragen stellen müssen, wenn sie den Eindruck hat, daß Ideologie und Lieblingsvisionen die Führenden dazu verführen, die Verantwortung für die ihnen anvertrauten Menschen und das ihnen anvertraute Volk hintanzusetzen. Sie wird die Mittel und Methoden prüfen und Klarheit schaffen über die durch Gottes gnädigen Willen mit den Menschen, den sie im Evangelium ausrufen darf, ausgeschlossenen Mittel und Methoden. Sie muß es darum als einen Frevel zurückweisen, wenn ihr — auch von manchen ihrer eigenen Glieder — eingeredet wird, z. B. die Frage der Atomwaffen sei ein rein politisches und militärisches Problem, in das sich die Kirche nicht zu mischen habe. Sie wird auch bei Mitteln und Methoden, die sie angesichts der harten Probleme der staatlichen Wirklichkeit nicht von vornherein zu den ausgeschlossenen rechnen kann, einschärfen, daß es unter ihnen solche gibt,

die als ultima ratio vertreten werden können, die aber verwerflich sind, wenn sie in einem vorherigen Stadium, in dem noch anderes versucht werden kann, angewendet werden.

Letzteres war die berechtigte Intention der alten Lehre vom gerechten Krieg. Das gilt aber nicht nur für den Kriegsfall. Das ist z. B. auch bei der von unserer Regierung beabsichtigten Einbeziehung der Bundeswehr in die atomare Abschreckung geltend zu machen. Das hätte von der Kirche — nicht nur, aber auch und in erster Linie von der christlichen Kirche in Deutschland — mit aller Energie vorgebracht werden müssen, als man in der unseligen und sicher falschen Meinung, das Aufhalten der befürchteten sowjetischen Expansion in Europa sei ohne westdeutsche Truppen nicht möglich, sich anschickte, den einen Teil dieses gespaltenen und nach allen Seiten hin so schuldig gewordenen Volkes zu bewaffnen, damit die Einbeziehung beider Teile in gegeneinander stehende Militärblocks einzuleiten, die Spaltung Deutschlands und mit ihr auch die Teilung Europas zu betonieren, die Preisgabe des östlichen Volksteiles an den Kommunismus, vor dem man doch die übrige Welt bewahren wollte, zu fixieren, den Prozeß der inneren Umbesinnung und politischen Erneuerung dieses Volkes abzubrechen und die europäischen Probleme ins Unlösbare zu komplizieren. Es sind aus der jüngsten deutschen Kirchengeschichte vor allem zwei Fälle zu nennen, bei denen in der Form von öffentlichen Erklärungen versucht wurde, in dieser Richtung und in diesen Grenzen die legitime kirchliche Mitsprache bei politischen Entscheidungen zu praktizieren. Der eine war die sog. Düsseldorfer Erklärung vom Herbst 1954, in der namhafte evangelische Kirchenführer und Theologen dringliche Fragen zur geplanten westdeutschen Aufrüstung stellten, der andere das sog. „Notwort" der Synode der Evangelischen Kirche der Union vom Herbst 1957. Beide stießen im Verhältnis zu anderen kirchlichen Erklärungen am weitesten in die politische Konkretion vor, hielten sich aber in den Grenzen legitimer kirchlicher Möglichkeiten und verfielen dennoch nicht nur der Ablehnung von seiten der Regierung, sondern dem diese Ablehnung theologisch sanktionierenden Verdikt als illegitime Einmischung in die Politik von seiten eines großen Teiles der kirchlichen Öffentlichkeit und Presse. Manche anderen Versuche, z. B. die Entsendung einer kirchlichen Delegation zur Bundesregierung aus Anlaß von deren Atomwaffenwünschen im Frühjahr 1958, liefen in ein so schwächliches und von den Gesprächspartnern auf beiden Seiten offenbar selbst nicht ernst genommenes Antichambrieren hinaus, daß sie nicht erwähnt zu werden verdienen. Diese kümmerliche Bilanz ist erklärlich nur durch die innere Bindung an einen politischen Weg, den mit ernsten Fragen zu versehen zu der Aufgabe der Kirche in so außerordentlicher Situation gehörte. Diese innere Gebundenheit hinderte die Leitungen und Synoden der evangelischen Kirche, zu ihren eigenen Worten mit dem Ernst zu stehen, den sie verdienen und mit dem die Kirche gehört zu werden wünscht.

Man braucht nur zu erinnern, wie bescheiden und mattherzig die Kirche ihr auf der Weißenseer Synode 1950 gegebenes Wort, für die Kriegsdienstverweigerer einzustehen, bei der unzulänglichen Gesetzgebung und bei deren Durchführung eingelöst hat; das ist ihr Teil von Mitschuld an der Bedrängnis, die in dieser Sache jetzt auf den Christen in der DDR lastet. Der einst feierlich gesprochene Satz, es dürfe nicht dahin kommen, daß Deutsche auf Deutsche schießen, bewog zehn Jahre später keine kirchliche Stelle, dem Bundespräsidenten Lübke ins Wort zu fallen, als er eben zur Bereitschaft dazu die jungen Bundeswehrsoldaten ermahnte; auch diese Ermahnung wird heute täglich in allen Zeitungen der DDR gepredigt, und eine dort dagegen sprechende Kirche kann sich nun nicht auf gleichen christlichen Einspruch in der Bundesrepublik berufen. Ein drittes Beispiel unter unzähligen: Im Juli 1956 trat die Außerordentliche Synode der EKD in

einem Beschluß zur Milderung der innerdeutschen Gegensätze unter anderem für eine Amnestie der politischen Gefangenen in beiden deutschen Teilstaaten ein. Kurze Zeit darauf kam die gleiche Amnestiefrage im Bundestag zur Sprache, und der damalige Bundesinnenminister Schröder bezeichnete alle diejenigen, die für die Amnestie eintraten, als Handlanger der Kommunisten und als von diesen ferngesteuert. Als ob nie eine Synode in kirchlicher Verantwortung sich dieser Sache angenommen hätte, blieb im kirchlichen Bereich alles stumm, und bis zum heutigen Tag hat sich nie wieder etwas geregt, obwohl die Entwicklung der politischen Justiz im Vergleich zum damaligen Zustand sich in der DDR nicht gebessert und in der Bundesrepublik verschlechtert hat und also heute noch viel mehr Anlaß wäre als damals, daß die Kirche in die Schanze spränge. Dazu aber müßte sie frei sein, dürfte nicht nach Opportunität fragen, dürfte gerade nicht heimlich politisierende Kirche sein, dürfte auch nicht bei schönen Erklärungen als Feigenblättern für die Blöße ihrer Untätigkeit sich beruhigen, sondern müßte da in den Riß treten, wo sie doch unleugbar in den Riß dieser zerspaltenen Welt gestellt ist.

Christian Geissler

Der Protest muß zum Angriff werden!

Christian Geissler, Verfasser der als Buch und Fernsehspiel bekanntgewordenen „Anfrage", hat den folgenden Wortlaut seiner Ansprache bei der Schlußkundgebung der diesjährigen Ostermarsch-Bewegung in Frankfurt/Main am 23. April den „Blättern" exklusiv zum Abdruck zur Verfügung gestellt. *D. Red.*

Liebe Freunde! Hier auf diesem Platz und zu gleicher Zeit auf vielen Plätzen in der Bundesrepublik stehen heute Leute, die wollen etwas bekanntmachen. Allein das ist eigenartig genug.

Hierzulande hat die Abhängigkeit der Leute von staatlichen Verordnungen mehr Tradition als die Selbständigkeit der Leute auf offenen Plätzen. Einer alten Tradition also zum Trotz stehen hier Leute, die wollen bekanntmachen, daß es hoch an der Zeit ist, in Sachen des Politischen endlich auf den Menschen zu setzen und auf nichts sonst.

Denn das ist doch der Kern der Sache:

Wer Politik machen will ohne Bombe, der will realistisch und mit Vergnügen setzen auf die vernünftigen Möglichkeiten des Menschen.

Mit solchen Möglichkeiten rechnen, setzt allerdings heutzutage einiges an Hoffnung voraus.

Damit bei dem Wort Hoffnung niemandem weich ums Herz wird, muß folgendes verstanden werden:

Leute, die auf ein Wunder hoffen, gehören nicht hierher.

Leute, die auf ein Wunder hoffen, gehören nicht in den Bereich politischer Arbeit.

Leute, die auf ein Wunder hoffen — das haben wir erlebt und das erleben wir

heute wieder! —, hoffen gegebenenfalls auch auf Wunderwaffen. Sie haben einen verdorbenen Kopf.

Nein — wer die Nüchternheit aufbringt, zu fordern:

DIE MÖRDERISCHE BOMBE MUSS WEG!,

der muß auch den Mut aufbringen, zu fordern:

DER POLITISCHE MENSCH MUSS HER!

Aber warum bedarf es eigentlich des Mutes, um hier bei uns nach dem politischen Menschen zu rufen? Weil Enttäuschungen auf uns warten, Freunde! Weil, wenn wir ihn rufen, wir den Menschen fast überall ertappen als einen politisch ängstlichen Menschen, als einen in allen öffentlichen Dingen stumpfen, ohnmächtig lachenden Rest Mensch!

Weil wir ihn ertappen als einen verdorbenen Mann, als einen, der keine Hoffnung mehr hat! Als einen Mann, der ganz offensichtlich die Kraft seiner Hände und den Witz seines Kopfes vergessen hat.

Weil, wenn wir ihn rufen, wir einen Menschen finden, der die öffentliche Macht, die er ja haben könnte, mit allen anderen Menschen zusammen, abgibt an alle möglichen realen und irrealen ‚Höheren Gewalten', sich selbst aber schulterzuckend verloren gibt. WAS KANN MAN SCHON MACHEN, sagt er und sucht Sicherheit im Schatten der Bombe. Er hat vergessen, daß die Sicherheit des Menschen niemals von Bomben gemacht werden wird, sondern immer nur vom Menschen selbst. Aber daß er ein Mensch ist mit möglicher Macht, und daß — weil er ein Mensch ist — er sich diese Macht, um sicher zu leben, nehmen muß mit anderen zusammen — das hat er vergessen. Ein verdorbener, erschöpfter Mann.

Jeder von uns kennt diesen hilflosen Typ.

Hört so einer von ABRÜSTUNG, dann hat er schon Angst: er kennt nur die Sicherheit hinter Kanonen.

Hört er von NEUTRALITÄT, hat er schon Angst: er kennt nur die Sicherheit von Bombenpakten.

Hört er von VERHANDELN, hat er schon Angst: er kennt nur die Sicherheit von verschwiegener Gewalt.

Und hört so einer von KOEXISTENZ, hat er vollends Angst: er kennt nur die Sicherheit hinter Mauern — ideologischen und realen!

Überall hier im Lande Leute vorfinden mit dermaßen heruntergewirtschafteter Hoffnung — und trotzdem weitermachen in unserer Sache: dazu, meine ich, braucht der Mensch Mut.

Aber, nicht wahr: So einen verdorbenen Menschen vorfinden, heißt doch: weiterfragen. Und eine resignierte und verohnmächtigte Gesellschaft vorfinden, deren Armut an politischer Lebendigkeit tagtäglich planmäßig abgedeckelt wird mit dem Reichtum kleiner privater Vergnügungen — eine dermaßen entstellte Gesellschaft vorfinden, zwingt uns doch, weiterzufragen:

Wer und was hat denn die Menschen dieser Gesellschaft derart verdorben, daß sie zwar allerhand Kükenfleisch, nicht aber Freude und Kühnheit und Stolz mehr im Bauch haben?

Hier nicht weiterfragen, ist Feigheit.

Hier aber weiterfragen, fordert unser aller Courage.

Denn: Machen wir uns nichts vor, machen wir uns die Sache nicht zu einfach: Nach den Bedingungen fragen, unter denen eine Gesellschaft so gründlich politisch verdirbt, daß sie die offene Kalkulation der Massenvernichtung regungslos duldet, das bedeutet, die Grundlagen in Frage stellen, auf denen eine so verdorbene Gesellschaft sich entwickelt hat.

Es gibt da gar keinen Pardon:

Gegen die Bomben sein, heißt, für den Menschen sein.

Für den Menschen sein, heißt, mit aller politischen Konsequenz die materiellen gesellschaftlichen Bedingungen angreifen, die den Menschen verdummen und ohnmächtig machen wie ein Stück Schlachtvieh.

Die Rede von der Hoffnung auf den Menschen, die Rede von der Hoffnung auf eine bessere Welt bleibt sentimentales Geschwätz, wird zum Betrug, solange wir uns weigern, von den machbaren materiellen Bedingungen zu reden, auf denen solcherlei Hoffnung verwirklicht oder nicht verwirklicht werden kann.

Wer Besseres will, muß schon auch Falsches angreifen wollen!

Wer Besseres will, aber nicht den Angriff auf die Bedingungen des Falschen, der ist ein Schwätzer. Er gefährdet die Sache, um die es geht. Er bleibt köstlich ungefährlich für alle seine Feinde. Er ist ein nutzloser Narr!

Damit uns das nicht geschieht, damit wir gefährliche Gegner werden für unsere Feinde, Gegner, die kämpfen können aus Kenntnis und eben nicht nur aus Traurigkeit und aus Wut — damit wir kämpfen können, müssen wir durchschauen lernen.

Zum Beispiel durchschauen lernen, wie denn überhaupt so etwas Falsches wie die Politik mit der Bombe entsteht, und auf welchem Boden sie wachsen kann.

Wir müssen lernen, was den intelligenten Kopf eines Politikers so korrupt macht, daß er die Kosten für Massenvernichtung schließlich kalkuliert wie sonst irgendeinen Haushaltsposten.

Wir müssen durchschauen lernen, was den intelligenten Kopf eines jungen Offiziers so korrupt macht, daß er einem massenmörderischen Befehl gehorchen will.

Wir müssen durchschauen lernen, was denn den intelligenten Kopf eines Priesters so zuschanden macht, daß er künftigen Massenmord dem lieben Gott in die Schuhe zu schieben gedenkt.

Vor allem, Freunde, müssen wir durchschauen lernen, was ganz allgemein die Menschen in einer Gesellschaft — also uns alle! — so erschöpft und verohnmächtigt, daß wir immer wieder auf die öffentliche Macht, die wir ja haben könnten, verzichten.

WIR MÜSSEN DURCHSCHAUEN LERNEN!

Das heißt aber, wir müssen uns endlich weigern, zu lernen, der Mensch sei blöd und politisch machtlos von Natur. Denn das ist nicht richtig! Richtig ist, daß die politische Blödigkeit und die politische Ohnmacht des Menschen ganz bestimmte, nachweisbare, von Menschen gemachte gesellschaftliche Bedingungen hat. Diese Bedingungen kann man unangetastet lassen. Dann wird es weiter mit uns gehen wie bisher: sehr dumm, sehr eigennützig, sehr menschenverächtlich.

Man kann diese Bedingungen aber auch antasten.

Man kann sie wirksam angreifen lernen.

Man kann lernen, wie es vernünftig und vergnüglich vorwärts geht mit den Menschen. Und das lernen ist jetzt dran!

Verzeihen Sie — diese Lern-Forderung mag diejenigen stören, der hierher auf den Römerberg gekommen ist in der Hoffnung auf einen Hymnus gegen die Bombe. Aber, ich denke, wir stehen hier nicht, um Hymnen zu singen. Wir stehen hier mit ganz bestimmten politischen Forderungen:

WEG MIT DER BOMBE!

ABRÜSTEN!

VERHANDELN!

Das sind vernünftige Forderungen, und eine Politik, die diesen Forderungen zuwiderläuft, ist eine unvernünftige, also eine lebensgefährliche Politik.

Sich als Gesellschaft einer solchen Politik aussetzen, den Widersinn hinnehmen ohne wirksamen Widerstand — das ist, ob das nun schmeckt oder nicht schmeckt, so gut ein Zeichen politischer Hilflosigkeit wie diese Politik selbst.

Man muß es schon deutlich sagen:

Die Politik mit der Bombe ist der Ausdruck einer grandiosen menschlichen und moralischen Verkommenheit. Aber: Eine Gesellschaft — wo immer sie sich gruppiert! —, die diese Politik widerstandslos hinnimmt, steht ihren Anführern an Verkommenheit in gar nichts nach!

Oder ist es etwa nicht ein Zeichen für die Verkommenheit unserer Gesellschaft, wenn uns Minister mit Hilfe von Postwurfsendungen Krieg, Katastrophe und Hunger an die Wand malen dürfen, und 99% der Gesellschaft reagieren auf so eine Drohung nachlässig und müde wie auf sonst irgendein Kaufhausangebot?!

Aber — diese allgemeine Resignation feststellen, ist nur das eine. Die Bedingungen wirksam angreifen, auf denen diese Resignation wächst, ist das andere.

An Ostern gegen die Bombe marschieren, das kann ein moralisches Zeichen sein. Eine politische Aktion ist es noch nicht. Freilich — damit wir uns nicht falsch verstehen: Gäbe es hier bei uns auch nur eine einzige gesellschaftliche Machtgruppe — sagen wir die SPD, sagen wir die Gewerkschaften, sagen wir die Kirche —, die moralisch intakt genug wäre, mitzumarschieren — dann würde, allein von der Masse der Marschierenden her, der nur moralische Protest umschlagen in politische Aktion. Aber eine politische Machtgruppe mit intakter moralischer Kraft gibt es bei uns nicht, und das ist nicht erstaunlich, wenn wir die gesellschaftlichen Verhältnisse ansehen, in denen hier gelebt wird. Wie dem auch sei — uns darf das nicht sauer machen. Vielmehr — damit unser Protest gegen die Bombe tatsächlich zu einem Angriff auf die Bombe wird — und damit dann unser Angriff nicht stecken bleibt im Sand der frommen Lieder, sondern politische Aktion wird, müssen wir diesen Angriff überhaupt erst einmal verstehen und führen lernen als einen Angriff auf die Gesellschaft, in der man faul die Bombenpolitik akzeptiert hat.

So einen Angriff führen wollen, heißt, die Grundlagen angreifen, auf denen die gesellschaftliche Faulheit basiert.

Das mag eine unbequeme Konsequenz sein. Aber sie ist von Nutzen für die Sache, denn sie führt weg von der herzlichen Aktion hin zur politischen! Wer die nicht will, der soll redlicherweise abtreten und die politische Aktion weiterhin unseren Feinden überlassen.

Wir sollten das nicht tun. Denn wir wissen:

DER MENSCH KANN BESSERES ALS HIROSHIMA UND NAGASAKI!

Halten Sie diese harte Hoffnung fest, im Herzen und im Kopf!

Nur — damit wir am Ende eben nicht idealistische Narren sind, mit denen die Mächtigen spielen können, müssen wir nüchtern auch das andere festhalten — lassen Sie es mich bitte wiederholen: Wer gegen die Bombe kämpfen will, der muß für den Menschen kämpfen wollen. Wer für den Menschen kämpfen will, der muß durchschauen lernen, welche ganz bestimmten, von Menschen gemachten gesellschaftlichen Verhältnisse es sind, die den Mensch verderben bis hin zur Lust am Tod. Also seine Hoffnung verderben, seine Tatkraft, seinen Witz, seine vernünftige Macht!

Wer nun aber die verderblichen Bedingungen durchschaut hat — und man kann sie durchschauen!, lassen Sie sich nicht immer wieder billig abspeisen mit der Floskel, das alles sei so schrecklich kompliziert; der Mensch, der leben will, kann sogar Kompliziertes durchschauen! — wer durchschaut hat also, der muß Methoden finden, und seien es die härtesten, nach denen man die falschen Bedingungen umändern kann in richtigere.

BISHER FALSCH GEMACHTES KANN KUNFTIGHIN RICHTIGER GEMACHT WERDEN!

Lassen Sie sich das von niemandem wieder ausreden!

Und wenn auf der Kanzel und im Parteibüro — und wenn in den Schulen und in den Kasernen — und wenn im Parlament oder abends in der Kneipe einer auftritt und sagt: Der Mensch ist schwach und das ist nun mal so ... dann lacht ihn aus, strahlt ihn an, bringt ihm bei, was ihr wißt. Denn ihr wißt es besser, ihr habt Hoffnung, ihr wollt leben! Wäre es nicht so, dann stündet ihr nicht heute hier auf diesem Platz! — —

Übrigens: Wer das Reden von der Machbarkeit und also das Reden von der Veränderbarkeit der politischen Verhältnisse anmaßend findet und gefährlich — und wem von uns geht es nicht so von Zeit zu Zeit?—, dem rate ich, von Zeit zu Zeit folgendes zu bedenken:

Solange wir unseren Feinden kein gefährlicher Gegner sind, sind wir uns selbst und unserer Sache der gefährlichste Feind!

Klaus Ehrler, M. A.

Rußlands zweiter Großer Oktober (II)*

Der 22. Parteikongreß der KPdSU

Teil II: Nationale Aspekte

Trotz der wahrhaft „weltrevolutionären" Situation, die seit der Bandung-Konferenz von 1955 in den Bereichen der nach 1945 erhalten gebliebenen Kolonialwelt zu verzeichnen ist, hat sich die internationale Politik der Sowjetunion strikt dem nicht-interventionistischen Koexistenz-Prinzip verschrieben. Die bei uns im Westen weit verbreitete Auffassung von der aggressiven Expansivität des Sowjet-Kommunismus hat sich dabei im wahrsten Sinne des Wortes als „gegenstandslos" erwiesen; denn die sowjetische Politik stand offensichtlich nicht einmal in der Versuchung, die antikolonialen Emanzipationsbewegungen im Sinne sozialrevolutionärer Tendenzen zu beeinflussen und sich im Zuge ihrer eventuellen Ausbreitung ein politisches und militärisches Stützpunktsystem in Übersee zu schaffen. Fast eigentlich im Gegensatz dazu unterstützte die sowjetische Außen- und Entwicklungspolitik immer auch betont nicht-sozialistische, sogar im Innern antikommunistische Regierungen, wenn sie nur neutral oder wenigstens „nichtgebunden" waren, d. h. keinem der gegen die Sowjetunion gerichteten Paktsysteme angehörten. Insbesondere das Beispiel Kubas zeigt diese wohlbedachte Zurückhaltung: Fidel Castro erkämpfte seinen Sieg im Januar 1959 nicht nur ohne die Unterstützung der Sowjetunion, sondern auch ohne die der KP Kubas, und wurde erst allmählich durch die bittere Erfahrung äußerer Widerstände und Beeinträchtigungen aus seiner kleinbürgerlich radikal-demokratischen Position zur Annahme marxistischer Theorien und Methoden gedrängt. Sein Wunsch, Kuba in den Warschauer Pakt einzubeziehen, blieb konsequenterweise von Seiten der SU bei all ihrer Bereitschaft zu wirtschaftlicher und technischer Hilfe unberücksichtigt; denn nicht ausgreifende militärpolitische Paktbindungen, sondern beispielhafte Vorbilder und Lehren sollen nach Auffassung der KPdSU der sozialistisch-kommunistischen Lebensform zum Welterfolg verhelfen.

*) Teil I in Heft 1/62.

Gerade diese Beschränkung auf den indirekten Beitrag zur sozialen Revolutionierung anderer Teile der Welt durch das eigene Vorbild und Beispiel macht den Satz Chrustschows in seinem Rechenschaftsbericht vor dem 22. Parteikongreß überzeugend: „Die Politik der friedlichen Koexistenz wurzelt im Wesen unserer Ordnung."[12]) Lehren und Methoden sozialer Neu- und Umstrukturierungen lassen sich aber allein im Friedenszustand anwenden; die Friede selbst wird wiederum wesentlich stabilisiert durch soziale Entwicklungen, die nur in seinem Schutze reifen können. Wenn Chrustschow bei anderer Gelegenheit vor dem Parteikongreß erklärte: „In der gegenwärtigen Epoche kann praktisch jedes Land, unabhängig von seinem Entwicklungsniveau, den Weg zum Sozialismus einschlagen"[13]), so meinte er offensichtlich, daß es den Menschen jedes Landes überlassen bleiben müsse, ob sie diese durch die Existenz und das Beispiel der SU gegebene Möglichkeit jetzt verwirklichen wollen oder nicht. Keinesfalls sieht er in dieser Möglichkeit der globalen Verwirklichung des Sozialismus einen Zwang für die SU bzw. für die KPdSU, sie für die Menschen der einzelnen nichtsozialistischen Länder dort selber durchzuführen. Die Existenz des Weltsystems der sozialistischen Staaten, sein Beispiel und seine technisch-ökonomische wie theoretisch-methodische Unterstützung sind für die in ihrer nationalen und z. T. auch sozialen Emanzipation begriffenen jungen Völker entscheidende Entwicklungsfaktoren; die Bereitschaft der westlichen Länder zur Entwicklungshilfe ist durch sie wesentlich gefördert worden. Nicht der Export der Revolution, sondern das Exemplarische der Erfahrungen sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme steht auf der Tagesordnung der in einem neuen Sinne zu verstehenden Weltrevolution.

Das Hauptexempel erfolgreicher Sozialrevolution will die KPdSU mit dem Aufbau des Kommunismus innerhalb der SU statuieren. Diese Beschränkung auf den nationalen Bereich steht natürlich nicht im Widerspruch zur weltweit missionierenden Wirkung von Theorie und Praxis des in Angriff genommenen Unternehmens. Einige Anzeichen deuten darauf hin, daß die Regierung der SU bestrebt ist, im Rahmen ihres Koexistenz-Arrangements mit den USA bessere Informationsmöglichkeiten nach innen und außen zu schaffen. Der Besuch des Iswestija-Chefredakteurs Adschubej in Washington sowie der Gedankenaustausch der Regierungspressechefs Salinger (USA) und Charlamow (SU) in Paris lassen erkennen, daß schon kleine Schritte zur Entspannung nicht nur atmosphärisch beruhigende, sondern auch inhaltlich-politische Bedeutung haben können. Für die Sowjetpolitiker kommt es jetzt darauf an, der westlichen Welt klar vor Augen zu führen, daß die alte, zum Teil aus Propagandagründen lang gehegte Gedanken-Assoziation „Sozialismus = Armut und Elend" weder der Realität ihres Landes noch den Intentionen ihrer Partei entspricht, sondern eine Reminiszenz an die Zeiten der Entstehung und Industrialisierung des Sowjetstaates wachzuhalten sucht, als er, durch Interventionskriege geschwächt und auf sich selbst gestellt, nicht nur ohne Entwicklungshilfe, sondern auch ohne praktisch auswertbare Vorbilder einen völlig neuen Weg für seinen Aufbau zu finden hatte.

Nach der marxistisch-leninistischen Theorie kann eine Gesellschaft im Laufe ihrer Geschichte nur dann in ein höheres, fortgeschritteneres Stadium übergehen, wenn ihr dazu qualitativ neuartigere und quantitativ umfangreichere Produktivkräfte, als sie vorher existierten, zur Verfügung stehen. Soziale Umwälzungen konnten demnach nur dann stattfinden, wenn zumindest ein Teil einer Gesellschaft neue Produktivkräfte entwickelt oder in seine Verfügungsgewalt bekommen hatte. Meistens bestanden in den Epochen des Umbruchs alte und neue Produktivkräfte und die ihnen entsprechenden Gesellschaftsklassen eine längere Zeit nebeneinander, bis aus sozialen Differenzen sich ausschließende politische Gegensätze er-

wuchsen. Diese führten entweder zum endgültigen Sieg der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsform oder zu einem vorläufigen der alten, in einzelnen Fällen auch zu einem stabilisierten Nebeneinander, wie es insbesondere im Zeitalter des Ständestaates und der Trennung von agrarischen Territorialstaaten und hand werklich-kommerziellen Stadtstaaten zum Ausdruck gekommen ist. Die politischen und sozialen Konflikte ergaben sich dabei jeweils nachträglich aus den durch neue Produktivkräfte veränderten ökonomischen Interessenlagen der einzelnen Gesellschaftsklassen. Der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft unterscheidet sich qualitativ von diesen historischen Umwälzungen dadurch, daß er nicht aus nachträglicher Reflexion veränderter Produktionsverhältnisse erwachsen, sondern durch ihre methodisch-wissenschaftliche Projektierung und exakte technisch-ökonomische Verwirklichung vollzogen werden soll. Gewiß wird dadurch nicht das sozial-ökonomische Grundgesetz aufgehoben, da es ohne neue materiell-technische Basis keine neue Gesellschaft geben kann. Ihre Entwicklung aber vollzieht sich unter bewußter Voraussicht, Planung und Kontrolle, aus freiem Entschluß in Erkenntnis unausweichlicher Notwendigkeiten, und zwar durch theoretisch-kritische Analyse des jeweils Bestehenden, durch das Entwerfen jeweils „realisierbarer Utopien" und deren ständige Überprüfung an der politisch-gesellschaftlichen Praxis.

Die Entwicklung der SU von 1956 bis 1961, also vom 20. bis zum 22. Parteikongreß, war dementsprechend der Vorbereitung der „Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus"[14]) gewidmet. Ein Höhepunkt dieser Periode war der 21. Parteikongreß im Januar/Februar 1959, der einen Siebenjahrplan für Industrie und Landwirtschaft beschloß, dessen sogenannte ökonomische Hauptaufgabe darin besteht, „die höchstentwickelten kapitalistischen Länder in der Pro-Kopf-Produktion einzuholen und zu überholen". Die gesellschaftliche Überwindung des kapitalistisch-bürgerlichen Systems muß nach der Theorie des Sowjetkommunismus durch dessen materiell-technische Überflügelung vorbereitet und eingeleitet werden. Erst nach diesem Erweis der leistungsmäßigen Überlegenheit werden die notwendigen inneren und äußeren Voraussetzungen zum Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft als gegeben angenommen.

Folgende in Chrustschows Rechenschaftsbericht vor dem 22. Parteikongreß aufgeführten Zahlen für den Zeitraum vom 20. bis zum 22. Parteikongreß können als Anhaltspunkte zur Beurteilung dieser planmäßigen Entwicklung dienen:

Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie[15]):

Jahresproduktion von	1955	1961 (geschätzt)	1980 (projektiert)
Stahl (Mill. t)	45,3	71,0 (157%)	250
Erdöl (Mill. t)	70,8	166 (234%)	z. Z. keine Planzahl fixierbar
Elektroenergie (Mrd. kWh)	170	327 (192%)	2700—3000
Chemikalien (Mrd. Rubel)	3,7	7,6 (205%)	z. Z. keine Planzahl fixierbar
Maschinen (Mrd. Rubel)	17	38 (224%)	z. Z. keine Planzahl fixierbar
Zement (Mill. t)	22,5	51,0 (226%)	z. Z. keine Planzahl fixierbar

Konsumgüterindustrie:

Jahresproduktion von

	1955	1961	Steigerung
Kühlschränke für den Haushalt (1000 Stück)	151	731	480%
Möbel (Mill. Rubel)	491	1280	261%
Lederschuhe (Mill. Paar)	271	443	163%
Wäsche und Kleidung (Mrd. Rubel)	6,0	9,2	152%
Vollmilcherzeugnisse (Mill. t)	2,6	9,0	345%
Butter, ind. erzeugt (1000 t)	463	794	171%
Pflanzenöl (1000 t)	1168	1730	148%
Fleischerzeugnisse (Mill. t)	2,5	4,5	178%

„Wie Sie sehen, nimmt die Konsumgüterproduktion bei uns schneller zu als in der nicht fernen Vergangenheit", stellte Chrustschow zur Charakterisierung der neuen Entwicklung seit dem 20. Parteikongreß fest. Und er fügte hinzu: „Aber die Bedürfnisse der Sowjetmenschen müssen noch besser zufriedengestellt werden."[16]) Zur Frage des Verhältnisses von Schwerindustrie und Konsumgüterindustrie führte er aus: „Einige haben vorgeschlagen, die Stahlproduktion bis zu 100 Millionen Tonnen im Jahr zu erhöhen. Aber wir haben sie zurückgehalten und gesagt, daß man alle Wirtschaftszweige gleichmäßig entwickeln muß, gleichzeitig mit der Stahlproduktion auch an den Wohnungsbau, an Kindereinrichtungen, an die Erzeugung von Schuhen, Kleidung und ähnlichem denken muß."[17]) Vor dem 20. Parteikongreß von 1956 war es die unantastbare Grundlinie der sowjetischen Wirtschaftsführung, der Schwerindustrie den absoluten Vorrang einzuräumen. Seit dem 21., endgültig aber seit dem 22. Parteikongreß, ist die Gleichrangigkeit von Schwerindustrie und Konsumgüterindustrie festzustellen. Diese Entscheidung stellt offenbar einen Kompromiß zwischen der alten stalinistischen Wirtschaftskonzeption und den nach Stalins Tod 1953 aufgetretenen Tendenzen zur Bevorzugung der Konsumgüterindustrie dar.

Der damit aufgezeigte wirtschaftliche Leistungsstand der SU stand im Jahre 1961 in folgendem Verhältnis zur Wirtschaftskapazität der USA, die nach den Planungen der sowjetischen Wirtschaftsführung im Zuge der Lösung der „ökonomischen Hauptaufgabe" bis zum Ende des Siebenjahrplanes 1965 in der Pro-Kopf-Produktion ein- und überholt werden soll. Nach den Angaben des Rechenschaftsberichts des Zentralkomitees der KPdSU beträgt die Industrieproduktion der SU gegenwärtig über 60% der amerikanischen. Die wichtigsten Industrieerzeugnisse stehen in folgendem Verhältnis[18]):

	UdSSR	USA	UdSSR in % zu USA
Stahl (Mill. t)	71	91	78
Kohle, Erdöl, Gas, umger. in Einheitsbrennstoff (Mill. t)	724	1430	51
Elektroenergie (Mrd. kWh)	306	872	35
Industriestromverbrauch	213	425	50
Zement (Mill. t)	51	54	94
Wollstoffe (Mill. m)	353	270	131
Lederschuhe (Mill. Paar)	443	610	73

Wenn man die Bevölkerungszahl der SU für 1961 mit 220 Mill. (seit 1956 um 20 Mill. gewachsen) und die der USA mit 180 Mill. ansetzt, so ergeben sich für die genannten Konsumgüter folgende Pro-Kopf-Zahlen:

	UdSSR	USA
Wollstoffe (lfd. m)	1,6	1,5
Schuhe (Paar)	2,0 (für 1965 3,0 geplant)	3,4

Interessant ist die verhältnismäßig sehr hohe Zementproduktion der Sowjetunion. Mit Stolz berichtete Chrustschow dazu: „Die Produktion von Stahlbeton und Fertigteilen, die fast 40 Millionen Kubikmeter gegenüber 5,3 Millionen im Jahre 1955 erreicht hat, ist im Grunde genommen neu geschaffen worden. In den letzten Jahren haben sich in der Technik des Bauwesens einschneidende Wandlungen vollzogen. Schnell entwickelt sich die Großplattenbauweise ... Wahrhaft beispiellosen Umfang hat der Wohnungsbau in der SU angenommen. Man möchte unwillkürlich sagen, unser Symbol ist jetzt der Baukran ... In den letzten fünf Jahren sind mehr Häuser als in den vorhergehenden 15 Jahren gebaut worden. Bedenkt doch, Genossen: Rund 50 Millionen Menschen — fast ein Viertel der ganzen Bevölkerung — haben neue Wohnungen bekommen! Im Umfang und Tempo des Wohnungsbaues nimmt die SU den ersten Platz in der Welt ein. Je tausend Landesbewohner gerechnet, werden in unserem Land in den letzten Jahren doppelt so viel Wohnungen wie in den USA und Frankreich und mehr als doppelt soviel wie in England und Italien gebaut."[19])

Diese Erfolgsbilanz ist das Ergebnis einer systematischen Investitionspolitik in der Volkswirtschaft. Nach Angaben des Rechenschaftsberichtes betrugen die staatlichen Investitionen in den Jahren 1956 bis 1961 156 Mrd. Rubel. Dieser Betrag ist höher als alle Investitionen vom Bestehen der SU an bis zum 20. Parteikongreß. Der Erfolg der sowjetischen Wirtschaft ist darüber hinaus durch ein schnelles Anwachsen der Arbeitsproduktivität möglich geworden. Der Rechenschaftsbericht stellt fest, daß sie in der Industrie von 1955 bis 1961 um 42%, im Bauwesen um 60% und im Eisenbahnverkehrswesen um 56% zugenommen hat. Infolgedessen sind 70% des Zuwachses der Industrieproduktion auf die größere Arbeitsproduk-

tivität zurückzuführen. Für die Kostenrechnung bedeutet das eine Senkung der Gestehungskosten der Produktion um ungefähr 11%, im Eisenbahnwesen sogar um 22%. Die Wirtschaftlichkeit erhöht sich so sehr, daß im Jahre 1960 Industrie und Verkehrswesen doppelt soviel Gewinn einbrachten wie im Jahre 1955[19a]).

Dieser Gesichtspunkt spielt eine gleich große Rolle wie die Produktionszahlen selbst. Chrustschow charakterisierte das mit folgenden Worten: „Man muß die Kontrolle durch den Rubel in allen Bereichen der Produktion verstärken. Sparsamkeit im großen und im kleinen ... muß zur Staatspolitik erhoben werden[20]).

Das Anwachsen der Produktionsziffern ermöglichte entsprechende Verbesserungen für den Handel und das Versorgungswesen. „Verglichen mit dem Jahr 1955 machte der Einzelhandelsumsatz des staatlichen und genossenschaftlichen Handels im Jahre 1960 mehr als das Eineinhalbfache aus."[21]) Um die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, mußte und muß die Produktion dem Handel noch mehr Gebrauchsgüter zur Verfügung stellen. Bezeichnend für das staatliche Gesundheitswesen mit seiner kostenlosen Betreuung der Patienten und den Stand seiner technischen Ausstattung ist die Tatsache, daß die Sterbeziffer in der SU die niedrigste der Welt ist und die durchschnittliche Lebensdauer stark im Steigen begriffen ist. Die sozialen Dienstleistungen profitieren sowohl von den verbesserten Arbeitsbedingungen als auch von der schon vorgenommenen Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden. Die sogenannten gesellschaftlichen Fonds bestreiten zur Zeit den Unterhalt von mehr als 20 Millionen Rentnern und die Gewährung der staatlichen Stipendien für rund 4 Millionen Hochschulstudenten und Schüler der Mittel- und Fachschulen. Die Investitionen im Volksgesundheits- und Bildungswesen veranlaßten Chrustschow zu der Bemerkung, daß die sowjetische Gesellschaft jetzt die gebildetste Gesellschaft der Welt sei und daß dies auch an der Spitzenposition der sowjetischen Wissenschaft auf den wichtigsten Wissensgebieten abgelesen werden könne. Großen Wert legt die sowjetische Kulturpolitik auf die sogenannte Breitenbildung. Vorgesehen ist der Übergang zur allgemeinen obligatorischen Mittelschulbildung. Die Behandlung dieses Punktes erläuterte Chrustschow anhand eines Vergleiches mit den USA: „In der SU werden dreimal soviel Ingenieure wie in den USA herangeschult, und insgesamt gibt es in unserem Lande über 20 Millionen Geistesarbeiter ... Wir haben über 350 000 Wissenschaftler und 4000 wissenschaftliche Institutionen ..."[22]) Die höheren materiellen Erfolge der Industrie und die gesteigerte Bildung in allen Schichten der Bevölkerung tragen entscheidend dazu bei, den Charakter der sowjetischen Gesellschaft im Sinne der Entwicklung zum Kommunismus zu verändern. Der höhere Grad der Bewußtheit, mit dem der Einzelne seinen Anteil zur Arbeit der gesamten Gesellschaft beiträgt, kennzeichnet die neue Qualität des Arbeitsbegriffs, der nicht mehr durch das Moment der Unkenntnis der Zusammenhänge, sondern durch die zumindest potentielle, aber auch schon weitgehend praktisch verwirklichte Emanzipation der menschlichen Fähigkeiten gekennzeichnet ist.

Die Steigerung der gesellschaftlichen Produktivität des sowjetischen Volkes ermöglichte tiefgreifende Umwälzungen im Leben der Gesellschaft und jedes einzelnen Bürgers. So imposant die meisten der genannten Zahlen auch sein mögen, nicht allein ihre Quantität ist es, die ihnen eine überragende Bedeutung gibt, sondern der historische Stellenwert, den sie nach dem Willen der „Erbauer des Kommunismus" einmal annehmen sollen. Die KPdSU hat diese Entwicklung nicht einem unbewußten Selbstlauf überlassen, sondern die Grundzüge der den veränderten Produktionskräften und -verhältnissen entsprechenden Beziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft in den Bereich ihrer theoretischen Konzeption und praktischen Programmatik einbezogen. Verfassungs- und innenpolitisch er-

gibt sich daraus nach ihrer Vorstellung die allmähliche und stufenweise Umwandlung der Staatsorgane in Organe der gesellschaftlichen Selbstverwaltung. „Wichtig ist jedoch, daß der Entwicklungsstand der öffentlichen Organisation selbst, die Zunahme ihrer Eigeninitiative berücksichtigt wird. Was wir brauchen, ist kein formaler Wechsel der Aushängeschilder, sondern eine wirkliche Umgestaltung."[23]) Mit dieser Forderung Chrustschows verbindet sich zugleich die Vorstellung, die Kraft der Überzeugung und Erziehung an die Stelle der administrativ dirigistischen Regelung der gesellschaftlichen Verhältnisse treten zu lassen. Die letztliche Überwindung antagonistischer Interessenwidersprüche zwischen Bürokratie und Gesellschaft, d. h. die Abschaffung der Bürokratie als Gesellschaft in der Gesellschaft durch die Verwirklichung des Prinzips „Jeder (schaffe) nach seinen Fähigkeiten, jeder (konsumiere) nach seinen Bedürfnissen" ermöglicht auch die Emanzipation der autonomen sittlichen Persönlichkeit jedes Menschen, die dem Teilnehmer des individuellen oder von Verbänden organisierten Interessenkampfes aller gegen alle versagt bleiben muß.

Der sozialistische Staatsapparat, bis zum Aufbau des Kommunismus ein Schutz dieser neuartigen Entwicklungen, wird nach der Voraussage des neuen Parteiprogramms in dem Maße überflüssig, in dem das freie gesellschaftliche Spiel koordinierter und harmonierender, nicht wie einst sich bekämpfender und isolierter Kräfte seine regulierenden Funktionen selbst übernimmt. Dies ist allerdings nicht nur eine Frage der innersowjetischen Entwicklung, sondern auch der Gestaltung der internationalen Verhältnisse innerhalb und außerhalb des sozialistischen Weltsystems.

Denn zumindest so lange, wie ein Staat Außenpolitik gegenüber Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung führen muß, wird er seinen Apparat nicht abbauen können. Charakteristisch für diesen Zusammenhang ist die Problematik der immer noch steigenden Ausgaben für die Verteidigung, die nicht nur für die internationale Politik, sondern auch für die Volkswirtschaft eine starke Belastung darstellen.

Die exemplarische Schaffung der kommunistischen Gesellschaft, die die erste bewußt und friedlich vollzogene gesellschaftliche Revolution der Geschichte werden soll, ist aus diesen Gründen auf die Durchführung einer strengen Koexistenzpolitik angewiesen. Das bedeutet zugleich, daß sich die sowjetische Politik im internationalen Rahmen auf die Unterstützung der nationalen Befreiungsrevolutionen beschränkt, ohne selber die sozialrevolutionären Tendenzen voranzutreiben. Sie überläßt dies der Dialektik der Geschichte, die nach ihrer Auffassung die soziale Emanzipation der jungen Völker aus deren nationaler Befreiung hervorbringt. Der neue Abschnitt der Menschheitsgeschichte, der am Schluß der 20jährigen Periode der Vorbereitung des Kommunismus beginnen soll, ist das Ziel der Anstrengung, die Partei und Gesellschaft der Sowjetunion in einem hohen Geschichts- und Sendungsbewußtsein auf sich nehmen.

Teil III: Parteipolitische Aspekte

Damit wird unser Blick auf die Partei als den Initiator und Organisator der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung der SU gelenkt. Im engeren Sinne war der 22. Parteikongreß ein Ereignis der Parteigeschichte der KPdSU, so kennzeichnend es für ihn ist, daß ihm zugleich höchste nationale und internationale Bedeutung zukommt. Er ist aus mehreren Gründen ein Höhepunkt der Parteigeschichte:

1. Die Partei gab sich das dritte Programm ihrer über 60jährigen Geschichte, 2. sie hat mit ihrem neuen Statut den Schritt von der vorwiegend proletarischen Klassenpartei zur Partei aller Schichten des Volkes getan, 3. der Übergang in die

neue Ära ihrer Geschichte vollzieht sich im Zeichen ideologischer Auseinandersetzungen sowohl innerhalb der KPdSU selbst als auch nach außen mit der albanischen Schwesterpartei, 4. die Prinzipien ihrer Theorie und Praxis sehen sich in ihrem Selbstverständnis vor eine entscheidende Bewährungsprobe gestellt; Liberalisierung und Demokratisierung, Wohlstand und Überfluß im Innern, wachsende internationale Attraktivität nach außen gelten als ihre ausschlaggebenden Kriterien.

Diese vier Momente bilden einen engen Zusammenhang: Das Zwanzig-Jahres-Programm zur Verwirklichung des Kommunismus erfordert eine in erhöhtem Maße funktionsfähige Partei — darum die Öffnung ihrer Mitgliederreihen auch für nichtproletarische Schichten der Bevölkerung. Größe und Umfang der in Angriff genommenen Aufgabe führen zu grundsätzlichen ideologischen Auseinandersetzungen, wie sie stets beim Kampf alter und neuer Kräfte auftreten. Die aus einer Übergangs- und Notdiktatur hervorgegangene Despotie Stalins vermochte dem Erbe Lenins keinen Abbruch zu tun, das durch sein Prinzip kollektiver Solidarität, dialektischer Erneuerung und ständiger Orientierung an der Wirklichkeit gekennzeichnet ist. Das vom 22. Parteikongreß verkündete 3. Programm der Partei Lenins setzt diese Tradition bewußt fort. Der Kampf mit Enver Hodscha und der Gruppe Molotow zeigt den Ernst, mit dem die KPdSU ihren neuen Weg der Entstalinisierung zu beschreiten gewillt ist. Entstalinisierung bedeutet das Ende der Herrschaft der Funktionärsbürokratie und die Umwandlung der KPdSU in eine Massenpartei. In diesem Sinne bildet der 22. Parteikongreß den Abschluß der Entwicklung, die durch die dramatische Junisitzung des Zentralkomitees von 1957 eingeleitet worden war. Damals hatte die Molotowgruppe versucht, die Ansätze des 20. Parteikongresses zur Demokratisierung von Partei- und Staatsapparat wieder rückgängig zu machen. Die neuen Tendenzen der Parteientwicklung fanden ihren Niederschlag in dem neuen Statut der KPdSU, das das seit dem 19. Parteitag von 1952 geltende ablöst. Es sieht eine Beschränkung der Rolle des administrativen Parteiapparates zugunsten der Parteimitglieder und ihrer Grundorganisationen vor. Diese Demokratisierungstendenz kommt nicht nur in der Dezentralisierung der Kompetenzen, sondern auch in der regelmäßigen Erneuerung der leitenden Gremien und Organe der Partei zum Ausdruck. Die lokalen Führungsgremien sind bei ihren Wahltagungen jeweils zur Hälfte, die regionalen jeweils zu einem Drittel, die zentralen jeweils zu mindestens einem Viertel zu erneuern. Damit bleibt zugleich das Prinzip der Kontinuität in genügendem Maße bewahrt.

Der Umfang der ehrenamtlichen Parteitätigkeit soll erheblich erweitert werden. Die direkte administrative Einwirkung der Partei auf Staats- und Wirtschaftsorgane wurde aus ihrem Aktionsbereich gestrichen. Damit soll dem neuen Prinzip der kommunistischen Selbstverwaltung der Gesellschaft der Weg geebnet werden, die an die Stelle des sozialistischen Staatsapparates, an die Stelle der „Diktatur des Proletariats" treten muß, wenn die neue Stufe der Entwicklung erreicht ist. In diesen Zusammenhang gehört auch die Beseitigung der sozialen Beschränkungen der Parteimitgliedschaft. Früher wurde bei den Aufnahmen neuer Parteimitglieder darauf geachtet, daß der Anteil der Arbeiter an der Parteimitgliederzahl dominierend blieb. Diese Einschränkung entfällt seit der Annahme des neuen Statuts durch den 22. Parteikongreß. Die KPdSU ist nicht mehr nur vorwiegend die Partei der Arbeiter und Bauern, an der Schwelle zum Kommunismus soll sie auch im Bilde ihrer Mitgliedschaft zur Partei des ganzen Volkes werden. Schon in den letzten Jahren ist die Mitgliedschaft stark angewachsen. Bald hat sie die Zehnmillionengrenze überschritten. Das auf diese Weise auch parteipolitisch vollzogene Ende der „Diktatur des Proletariats" entspricht der Aufhebung der ausschließlichen Herrschaft der Arbeiterklasse beim Übergang zur kommunistischen

Selbstverwaltung der klassenlos werdenden Gesellschaft. Damit soll sich zugleich die Bestimmung des neuen Parteiprogramms erfüllen: „Die Arbeiterklasse ist die einzige Klasse in der Geschichte, die sich nicht das Ziel setzt, ihre Macht zu verewigen." Die restlichen Klassenunterschiede am Vorabend des realisierten Kommunismus sind aber nicht mehr antagonistisch, so daß die Herrschaftsrolle der Arbeiterklasse als überflüssig gilt und zur Führungsrolle in der Zusammenarbeit befreundeter Klassen (Bauernschaft, Angestelltenschaft) verwandelt ist.

Das starre Bild der zentralistischen Diktatur des Stalin'schen Parteiapparates ist also für alle zweifelsfrei sichtbar in starke Bewegung, Auflösung und positive Umwandlung geraten. Die vielfältigen Änderungsmaßnahmen setzen in den Völkern der Sowjetunion große Ernergien frei. Wie jede tiefgreifende Emanzipationsbewegung, hält auch dieser große Auf- und Umschwung eine Fülle realisierbarer Erneuerungs- und Entwicklungsmöglichkeiten bereit. Er stellt sie bewußt und planmäßig, erzieherisch und schöpferisch in Aussicht. Mit der politischen Bewältigung ihrer Vergangenheit und Gegenwart haben Partei und Volk ihre innere Einheit hergestellt und sich eine große Kraftquelle erschlossen, die sie zur Emanzipation ihrer latenten sozialen Potenzen befähigt. Voraussetzung dieser für alle Völker schicksalhaften und nach sowjetischem Wunsch auch beispielhaften Entwicklung war die äußerst kritische und selbstkritische theoretische Klärungs- und Aufklärungsarbeit der KPdSU. Sie umfaßte zugleich Analyse und Planung, die moralische und wirtschaftlich-technische Faktoren in geeigneter Weise zu verbinden suchte und stets die Einheit von Theorie und Praxis nicht nur zu bewahren, sondern auch zu bewähren bemüht war. So schließt sich der Kreis der dialektischen Bewegung: Die theoretisch-ideologische Analyse der jeweiligen sozialökonomischen Wirklichkeit führt zum Aktionsprogramm der als politische Kraft organisierten Partei, die politische Aktion der Partei als Exponent neuerungs- und entwicklungsbewußter Schichten der Gesellschaft leitet produktive Umwälzungen in der Wirtschafts- und Bewußtseinsstruktur ein.

Schlußbetrachtung

Die auf dem 22. Parteikongreß bekräftigten Prinzipien der von der KPdSU verfolgten Außen-, Innen- und Parteipolitik weisen übereinstimmende Grundzüge auf:

1. Entspannung nach innen und außen: im internationalen Bereich außerhalb des sozialistischen Weltsystems bedeutet das Koexistenz-Politik und Verzicht auf Revolutions-Export, innerhalb des sozialistischen Staatensystems die Abkehr vom „Monolithismus", d. h. von der absoluten Führungsrolle der SU, die durch eine Funktion des primus inter pares ersetzt wird; im nationalen Bereich bedeutet das Dezentralisierung der administrativen Kompetenzen, Demokratisierung von Staat und Gesellschaft durch Abbau der Bürokratie und des Dirigismus, Steigerung des Volkswohlstandes, Beendigung des sogenannten Personenkults, Anerkennung der Interessen und Verdienste der Menschen aller Schichten; im parteipolitischen Bereich bedeutet das nach innen die Hebung der Bedeutung der unteren Parteigliederungen, das Ende der stalinistischen Einmann-Herrschaft routinierter Funktionäre in den lokalen, regionalen und staatlichen Parteiorganisationen, nach außen die Anerkennung der Gleichberechtigung der kommunistischen Schwesterparteien.

2. Überzeugungsarbeit durch praktisches Beispiel[24]), theoretische Lehre und gegenseitige Kritik: die internationale Politik ist gekennzeichnet durch Entwicklungshilfe, Kulturaustausch und Informationen aller interessierten Menschen über Ziele und Methoden des eigenen Weges; die innere Politik durch das Ende der dirigistischen Bevormundung der parteilosen Massen des Volkes; die Parteipolitik

durch das Ende des Dogmatismus und die Eröffnung kritischer ideologischer Diskussionen auf breitester Ebene über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Partei.

Die Durchgängigkeit der Anwendung dieser Prinzipien in allen drei Bereichen darf als ein sicheres Kriterium für ihre Ernsthaftigkeit und Zuverlässigkeit angesehen werden. Die KPdSU hat offensichtlich großen Wert darauf gelegt, auf allen Ebenen ihres Wirkens überzeugend und konsequent zu handeln.

---

[12]) Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den 22. Parteikongreß der KPdSU, hgg. als Beilage der Zeitschrift „Die Sowjet-Union heute", S. 26.

[13]) Referat N. S. Chrustschows über den Entwurf des neuen Programms der KPdSU auf dem 22. Parteikongreß, in: „Die Sowjetunion heute", Hr. Presseabt. d. Botschaft d. UdSSR, 6. Jg., Heft 30, Beilage, Bonn, S. 11, Okt. 61.

[14]) ebenda, S. 37 ff.

[15]) ebenda, S. 38 f.

[16]) ebenda, S. 39.

[17]) ebenda, S. 44.

[18]) ebenda, S. 45.

[19]) ebenda, S. 67.

[19a]) ebenda, S. 42.

[20]) ebenda, S. 50.

[21]) ebenda, S. 65 f.

[22]) ebenda, S. 70.

[23]) ebenda, S. 76.

[24]) S. Prawda, 27. 10. 61, Diskussionsbeitrag von Ponomarev.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Ein brauchbares Friedenswort der Evangelischen Kirche?

Die Evangelische Kirche hat sich wieder einmal zur Friedensfrage geäußert. Sie legt als „Handreichung" ein Dokument vor, das besonders der Pfarrerschaft als Anleitung zur persönlichen Klärung dienen soll. Es ist kein autoritatives Wort, es sollte aber schon als Rarität ein öffentliches Interesse finden. Seit Errichtung der Berliner Mauer ist es das erste Schriftstück, das als Gemeinschaftsarbeit von Mittel- und Westdeutschen erscheint und in beiden Teilen Deutschlands zugleich verbreitet wird. Gewisse Verschwommenheiten sollte man zunächst diesem Umstand zugute halten. Das Feld, auf dem man gemeinsame Überzeugungen finden und mit allgemein verständlichen Begriffen formulieren kann, wird auch für Kirchenleute immer enger.

Das Bedürfnis nach praktikablen Ratschlägen in der Friedensfrage wird heutzutage keiner mehr bestreiten. Nur an irrealen Friedensplänen und -appellen herrscht Überfluß. Auch bei der Kirche genügt es seit langem nicht mehr, daß sie „für den Frieden" ist und allgemeine Ermahnungen zur Gutwilligkeit austeilt. Will sie den „Mittlerdienst" leisten, zu dem sie sich der Welt unaufgefordert anbietet, so muß sie sachlicher, lauterer, uneigennütziger arbeiten, als man es von den Politikern gewohnt ist. Wird der vorliegende Versuch der Kirche diesen Ansprüchen gerecht? Wir greifen einige Punkte heraus.

1. Der ganze Duktus des Dokuments betont erfreulich klar, daß die Vermeidung des Krieges der oberste Gesichtspunkt aller Politik sein muß. „Ein Weltkrieg mit nuklearen Waffen wäre der Selbstmord der Menschheit . . . Jeder Krieg schließt die Gefahr in sich, sich zu einer solchen Menschheitskatastrophe auszuweiten." Mit Sätzen wie ‚Lieber tot als rot' will die Kirche nichts zu tun haben. Im Gegenteil, sie weiß, „daß der Friede auch schmerzhafte Opfer verlangt". — So weit, so sachlich. Ist es aber auch lauter?

Man fragt sich in diesem Zusammenhang unwillkürlich, ob sich die Evangelische Kirche im Westen auch in der Praxis genügend deutlich von den Vertretern des Gegenteils trennt. Noch immer gilt das Christentum als die einzig brauchbare ideologische Rechtfertigung für einen uneingeschränkten Kampf gegen den Kommunismus. Müßte die Kirche diesem Mißbrauch nicht mit aller Anstrengung einen Riegel vorzuschieben versuchen? Müßte sie es nicht wenigstens so lange tun, wie man unter Kampf die gewaltsame Vernichtung des Gegners versteht, solange im Westen ein geistiger Kampf praktisch noch keine Rolle spielt? Aber noch fühlt sich der westliche Teil der Kirche unter den militärischen Fittichen ihrer Parteigänger anscheinend zu wohl, um sich und ihre Gemeinden im Geisteskampf zu engagieren. Da hat die Aussage des Dokuments für den östlichen Teil der Kirche schon erheblich ernstere Konsequenzen. Sie bedeutet den ausdrücklichen Verzicht auf jede gewaltsame Befreiung und die Bereitschaft, den Bestand des Christentums allein seiner geistigen Kraft anzuvertrauen. Allein diese Konsequenz macht eine Friedensbotschaft lauter und glaubhaft.

2. Mit Freuden stimmt man dem Versuch zu, das von beiden Seiten arg strapazierte Wort „Frieden" durch eine brauchbare Konkretion zu ersetzen. „Friede" als ideologischer Begriff ist in der Praxis unbrauchbar. „Friede" als bloßes Fehlen militärischer Kampfhandlungen ist heute nichts weiter als „Kalter Krieg". Wirklicher Friede muß „Koexistenz" sein, also u. a. „wirtschaftliche Kooperation" unter bewußtem Verzicht darauf, „den andern durch Krieg oder List zu beseitigen". Positiv gesagt, ist Koexistenz die Anerkennung des andern als eines annehmbaren Partners in der menschlichen Gesellschaft. — So weit, so sachlich. Aber geht die Sachlichkeit weit genug?

Die Punkte III, 5—7 scheinen nun doch Forderungen zu vertreten, die der eine, in diesem Fall der kommunistische, Partner als listigen Angriff auf substantielle Interessen empfinden muß, und das, obgleich sie bestimmt nicht so gemeint sind. Man wird ja nicht übersehen dürfen, daß Selbstbestimmungsrecht, Menschenrechte, kontrollierte

Abrüstung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bloß reine Prinzipien, sondern auch und vor allem Waffen aus dem propagandistischen Arsenal des Westens gegen den Osten sind. Gerade weil z. B. eine freie Volksabstimmung in der DDR mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem scharfen antikommunistischen Bekenntnis würde, kann man den Kommunisten nicht ausgerechnet mit dieser Forderung die Bereitschaft zur Koexistenz demonstrieren. Ganz entsprechend können die Kommunisten einen Separatfriedensvertrag nicht als Zeichen überlegener Friedensmoral glaubhaft machen wollen, solange sie im Verdacht stehen, ihren Besitzstand damit sichern zu wollen.

Man wird im Zeichen der Koexistenz lernen müssen, auch mit moralischen Prinzipien vorsichtig umzugehen. Koexistenz schließt auch die Erkenntnis ein, daß die moralischen Begriffe beider Partner nicht identisch sind. Statt moralische Monopole zu errichten und moralische Prinzipien als Waffen zu gebrauchen, wird man gerade dann einmal auf Prinzipientreue verzichten müssen, wenn der Verzicht zu eigenen Lasten geht. Hier hätte gerade eine kirchliche Stellungnahme etwas weniger vom Moralismus als von der Selbstverleugnung getragen sein können.

3. Die Handreichung erklärt sehr deutlich, daß Koexistenz auf die Deckung durch ein Minimum an gegenseitigem Vertrauen angewiesen ist. „Es hat keinen Sinn, Koexistenz zu verlangen und über Koexistenz zu verhandeln, solange nicht die . . . Vertrauenswürdigkeit hergestellt ist." Naturgemäß kann dann die erste Frage nicht heißen, wie mache ich den Partner vertrauenswürdig?, sondern sie muß lauten: Wie mache ich mich für den künftigen Partner vertrauenswürdig? — So weit, so lauter. Wie steht es hier mit der sachlichen Konsequenz?

Wieder einmal stellt das Dokument die bekannte Misere der Evangelischen Kirche fest, indem es sagt: „Nur das ist unter uns strittig, ob der Krieg mit dem Wagnis einseitigen Rüstungsverzichts oder mit dem Wagnis des Rüstungsgleichgewichts eher zu verhindern ist." Auf gut deutsch: Ob eine Seite den ersten Schritt einer stufenweisen Abrüstung notfalls allein wagen soll, oder ob es bei der gegenseitigen Abschreckungspolitik bleibt. Aber genau das kann, wenn es wirklich um Vertrauenswürdigkeit geht, weder strittig noch unentschieden bleiben. Das ist der Angelpunkt. Abschreckung bewahrt doch bestenfalls den Kalten Krieg eine Weile davor, in den heißen Krieg umzuschlagen. Sie stellt aber doch niemals Vertrauen oder Vertrauenswürdigkeit her. Vielmehr zerstört sie beides. Das ist die Erfahrung aus einem Dutzend Jahre der Praxis.

Es ist fast unbegreiflich, daß selbst kirchlichen Vertrauenspredigern diese simple Wahrheit nicht einzugehen scheint. Wofür gerade die Kirche zuständig wäre, womit sie einen ihr eigentümlichen Dienst leisten könnte, das ist hier umgangen. Die Predigt des Evangeliums kann einem Volk Mut zum Wagnis des ersten Schrittes machen. Das Vertrauen auf Christus ist die Rückendeckung für das Vertrauen, das man auch im politischen Raum dem Partner entgegenbringen muß.

4. Sehr schön zeigt das Dokument auf, daß Koexistenz im kleinen Rahmen beginnt. Man hat „im Kleinen zu leisten, was man im Großen für nötig hält". Dem geteilten deutschen Volk und der Christenheit im geteilten Deutschland werden denn auch praktische Punkte aufgewiesen, an denen der einzelne für die innenpolitische Rechtfertigung außenpolitischer Forderungen eintreten kann. Wir können uns z. B. für die Geltung der Grundrechte einsetzen und auf persönlichem und literarischem Austausch bestehen. Wir können der Hetze und der Verleumdung entgegentreten und auf die Redlichkeit der Presse achten. — So weit, so sachlich. Und die Lauterkeit?

Wie kann in diesem Zusammenhang ein Hinweis auf die Wehrdienstverweigerung fehlen? Hat sich die Evangelische Kirche in vielen früheren Verlautbarungen nicht wenigstens für die öffentliche Anerkennung der Wehrdienstverweigerung als eines Friedenszeugnisses eingesetzt? Wäre nun nicht sogar eine Aufforderung zur Wehrdienstverweigerung in beiden Teilen Deutschlands sachentsprechend gewesen? Warum geschieht nichts dergleichen? Fürchten die Verfasser, den Wehrdienstverweigerern in der DDR untragbare Repressalien zuzumuten? Sie sind doch sonst nicht zimperlich und rechnen schon an den angegebenen Punkten damit, daß es der Bereitschaft zum Leiden bedarf. Und was man in der DDR schon für die demokratische Meinungsfreiheit im westlichen Sinn zu leiden haben kann, das dürfte den Menschen in der BR die Schamröte für ihre Bequemlichkeit ins Gesicht treiben.

Nein, an den menschlichen Konsequenzen

liegt es nicht, vielleicht aber an den politischen. In der BR hat der Wehrdienstverweigerer noch die Möglichkeit, seine Verweigerung als christliches, unpolitisches Zeugnis verständlich zu machen. In der DDR gilt Wehrdienstverweigerung als politischer Widerstad schlechthin. Sie könnte dort drüben höchstens dann als christliche Entscheidung verständlich werden, wenn die Kirchen der BR den Militärseelsorgevertrag kündigen, wenn die Christen in der BR mit der Wehrdienstverweigerung in bemerkbarem Umfang vorangehen würden. Mit andern Worten: Hier wäre eine echte Vorleistung der Christen im Westen gefordert. Sie würde zwar kaum das zahlenmäßige Potential der Bundeswehr schwächen, würde die Kirche aber ein Stück Popularität und ein Stück des Wohlwollens der Bundesregierung kosten. Ob dieser Preis zu hoch wäre? Wenn ja, müßte man an der Lauterkeit der Aussage zweifeln.

5. Das Dokument sagt sehr deutlich, daß Koexistenz beiden Seiten Verzicht und schmerzhafte Opfer abverlangt. — So weit, so sachlich, so lauter. Wo aber bleibt die Uneigennützigkeit des Vermittlers? Wo wird uns gesagt, welche Opfer wir uns selber zum mindesten zumuten müssen, wir Christen, wir Deutschen, um einen Beitrag zum Frieden der Welt zu leisten? Das wird in diesem Dokument verschwiegen, und zwar nicht aus berechtigter Scheu vor allzu weitgehenden Konkretionen. Sehr konkret nämlich wird gesagt, welche Opfer wir unter keinen Umständen bringen wollen: Die staatliche Einheit des deutschen Volkes und die rechtlich fixierte Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland. Wo aber machen wir uns Gedanken, ob gerade das nicht die nächstliegenden, wirkungsvollsten Opfer für die Vermeidung eines Krieges sein könnten?

Für die staatliche Einheit Deutschlands mag die Kirche sich nicht zuständig erklären. Es steht in der Tat keinem zu, fremdes Gut auf dem Altar des Friedens zu opfern. Dann soll sie sich freilich auch nicht zum Sachwalter nationaler Interessen aufschwingen. Hingegen könnte die organisatorische Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland das erste und das geringste Opfer sein, das die Kirche dem Frieden schuldet. Diese Einheit hat in den letzten Jahren eher spannungsverschärfend als spannugsmildernd gewirkt. Die Kirche selbst hat sie z. B. benutzt, um auch die Landeskirchen in der DDR für den Militärseelsorgevertrag mitverantwortlich zu machen. Auch war diese Einheit der Kirche bisher kein glückliches Paradigma für die Einheit des deutschen Volkes. Man hat sie sofort wieder aufgegeben, als die Verpflichtungen des Militärseelsorgevertrags für die Kirchen in der DDR untragbar wurden.

Es wäre zudem nicht einmal ein großes Opfer. Seit der Berliner Mauer ist die organisatorische Einheit nur noch eine Fiktion. Mehr noch: Die Evangelische Kirche hat seit altersher gewußt und gelehrt, daß sie ihre Kräfte aus der geistlich-unsichtbaren und nicht aus der organisatorisch-sichtbaren Einheit empfängt. Sie würde ihre besten Erkenntnisse verleugnen, wenn sie nun behauptete, um des politischen Friedens willen ausgerechnet um ihre organisatorische Einheit kämpfen zu müssen. Man mag sich im Interesse des Friedens mit guten Gründen für die Unteilbarkeit Deutschlands entscheiden. Was aber die Kirche im Vertrauen auf ihren Herrn wagen sollte: Sie sollte sich selbst als Opfer für den Frieden anbieten. Uneigennützig sollte sie auf jeden Fall sein, ehe sie andern Opfer zumutet.

Man kann es unter diesen Umständen nur begrüßen, daß dieses Dokument sich nur als Handreichung und nicht als Wegweisung ausgibt. Aus einer Handreichung wird eine Wegweisung, wenn die Diskussion inner- und außerhalb der Kirche die guten Ansätze von ihren Schlacken gereinigt hat und wenn einzelne kleine Gruppen sich zum persönlichen Engagement haben anleiten lassen. Das ungefähr gleichzeitig erschienene Memorandum der acht evangelischen Persönlichkeiten zeigt, daß die persönliche Verantwortung für eine ganz bestimmte Konkretion nicht die Schwäche, sondern die Stärke eines öffentlichen Wortes ist. Dieses Dokument hingegen büßt einen wesentlichen Teil seiner Überzeugungskraft ein, weil es im allgemeinen Teil die Kokretion als unkirchlich ablehnt, während es sie dann im praktischen Teil völlig unkontrolliert wieder auftauchen läßt. Es geht eben nicht, und das kann gerade den Christen nicht oft genug ins Stammbuch geschrieben werden, um christlich gefärbte Gutwilligkeit, nicht um Vernunftprinzipien, die angeblich auf allgemeine Anerkennung rechnen können. Geholfen ist erst durch das Anpacken an einem Punkt, wo das Beispiel eines Risikos Bahn brechen kann.

Das Dokument entspricht der Tatsache, daß die Kirche bislang ein getreues Spiegel-

bild der guten Ansätze und der fulminanten Irrtümer und Sünden ihres Volkes ist. Sie sollte und könnte freilich mehr sein. Sie sollte eine Predigerin der Hoffnung sein. Sie sollte die Frage beantworten: Gibt es einen Weg, dieser zerrissenen Welt zum Frieden zu verhelfen? Das Dokument beteuert bloß leidenschaftlich, daß dieser Welt kein e w i g e r Friede beschieden sein kann, nachgerade eine Binsenwahrheit. Wieviel fröhlicher, ermutigender hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland noch 1950 bezeugt, daß das Evangelium den Friedensstiftern für h e u t e u n d m o r g e n eine große Verheißung zuspricht

Pfarrer Dieter Linz

Brief aus der Schweiz

Zwei schweizerische Ereignisse haben in den letzten Wochen über die Grenzen unseres kleinen Landes hinaus die Aufmerksamkeit vieler für die Sache der Freiheit und des Friedens Engagierter auf sich gezogen: eine Professorenwahl und eine Volksabstimmung. Über beides soll hier kurz berichtet werden.

D i e B a s l e r P r o f e s s o r e n w a h l

Auf den Herbst 1961 erklärte der fünf Jahre über die übliche Altersgrenze hinaus in seltener Frische lehrende Inhaber des ordentlichen Lehrstuhles für systematische Theologie an der theologischen Fakultät der Universität Basel, Prof. D. K a r l B a r t h, 75jährig, seinen Rücktritt. In aller Umsicht und Stille wurden die Vorbereitungen für die Wahl eines Nachfolgers getroffen. Der Instanzenweg, als ein Versuch, akademischen und demokratischen Ansprüchen möglichst gerecht zu werden und legitime Mitspracherechte zu sichern, ist für eine solche Wohl folgender: Die Fakultät stellt eine Liste möglicher Nominationen auf und bezeichnet den oder die von ihr in erster Linie Vorgeschlagenen. Diese Liste geht an eine Expertenkommission, welcher, wenn es sich um die Wahl eines Theologieprofessors handelt, auch ein reformierter Basler Pfarrer angehört. Von dort geht sie an die Kuratel der Universität. Diese leitet sie mit ihrem Antrag weiter an den Erziehungsrat. Letzte Instanz ist der Regierungsrat (die Regierung des Kantons Basel-Stadt), der die Wahl vornimmt, ohne an die Vorschläge der Vorinstanzen gebunden zu sein. Die, welche die ersten Vorbereitungen trafen, erkannten ihre große Verantwortung und machten es sich nicht leicht. Ein Mann wie Karl Barth ist nicht einfach zu ersetzen und keinesfalls zu imitieren. Aber die an der Basler theologischen Fakultät geübte Forschung und Lehre sollte doch weiterhin ein Gesicht, einen Charakter haben, der dem durch Barths Lebensarbeit geprägten nicht einfach fremd, sodern einigermaßen kongenial wäre und der dem Gesamt-Protestantismus etwas Vorwärtsweisendes zu bieten hätte. So suchte man nach einem Mann, der fähig wäre, die Erneuerung der protestantischen Theologie auf biblischer Grundlage und damit die wesentlichen Erkenntnisse und Impulse Karl Barths in lebendiger und selbständiger Weise fortzuführen und weiterzugeben. Das Gutachten der Fakultät nannte 3 Namen, an 1. Stelle Prof. D. H e l m u t G o l l w i t z e r von der Freien Universität Berlin. Er hatte 1937 in Basel doktoriert und war seit seiner Jugend in Lindau mit der Schweiz verbunden; die Weite seines Horizontes, die Beweglichkeit seines Geistes, die Gediegenheit seiner Bildung sprachen für ihn; auch dies, daß den Studenten, gerade den Theologen, ein Lehrer zu gönnen wäre, der wirklich in den Auseinandersetzungen, die seit 30 Jahren Kirche und Welt bewegen, gestanden hat und noch in ihnen steht.

Als die Wahlangelegenheit vor der 2. oder 3. Instanz lag, tauchten plötzlich in der Presse, zuächst in kleineren Landblättern, kritische Stimmen auf. Ein „prokommunistischer Professor" an der theologischen Fakultät Basel? — so und ähnlich lauteten die erschreckten Fragen, denen in der Tonart des besorgten Bürgers Ausdruck gegeben wurde. Es war nicht schwer, mit Zitaten aus Gollwitzers bekanntem Gefangenschaftsbericht „. . . und führen, wohin du nicht willst" und andern Äußerungen zu zeigen, wie falsch diese Etikettierung ist; die „Basler Nachrichten", die am 10. Juni 1961 als erste Basler Zeitung auf diese Pressestimmen eingingen, rückten zwar von dem allzu plumpen Vorwurf des „Prokommunismus" etwas ab, betonten aber, daß zu der geplanten Berufung Gollwitzers nach Basel deutliche Fragezeichen anzubringen seien. Damit sind deren Befürworter auf den Plan gerufen, und nun ergibt sich ein journalistischer Großkampf zwischen den beiden großen Basler Zeitungen, der radikal-demokratischen (linksbürgerlichen) „National-Zeitung" und den liberalen (rechtsbürgerlichen) „Basler Nachrichten", in dem Argumente von Format und Gewicht sich redlich

messen. In einem großen Artikel „Helmut Gollwitzer, der Unbequeme" stellte Redaktor A. Künzli den Umstrittenen in der „National-Zeitung" als radikalen Christen und Kämpfer für die Unantastbarkeit des Menschen vor. In den „Basler Nachrichten" begründete Chefredaktor Peter Dürrenmatt seine Gegnerschaft unter dem Titel „Theologie und Politik"; deren Begegnung sei immer wichtig, Gollwitzer aber nicht in der Lage, sie fruchtbringend anzuregen und zu interpretieren, weil er keine Beziehung zur politischen Freiheit, zum Wesen des demokratischen Volksstaates, der „gewachsenen, freien, politischen Lebensform" habe und zudem an der „deutschen Krankheit" leide, der „Germanozentritis", welche alle Dinge an den deutschen Nöten und Problemen messe und diese mit denen der Welt identifiziere; das sei voll erklärbar und kein Vorwurf, aber für die theologische Professur in Basel nicht erwünscht. Die „National-Zeitung" replizierte mit einer ganzen Sonntagsbeilage, 2. Juli 1961, „Vom Auftrag der protestantischen Theologie". Inland-Redaktor Rolf Eberhard betonte unter „Theologie und Politik", daß bei dem bisherigen Widerspruch gegen Gollwitzers Berufung „die Politik hübsch bei sich selbst geblieben" und der echten Begegnung mit der Theologie ausgewichen sei, daß es durch Gollwitzers Tätigkeit zu ihr kommen werde; kritische Haltung gegenüber der eigenen Politik ergebe eine Befreiung der Politik und des Politikers. Prof. Dr. Ed. Thurneysen schrieb über „Gollwitzer als moderner Theologe", den Mann der Wissenschaft, den Seelsorger für Unterdrückte, den Lehrer. In einem temperamentvollen Votum „Universität — Stätte freien Geistes" wandte sich der Ordinarius für deutsche Literaturgeschichte, Prof. Dr. Walter Muschg, gegen die „Zumutungen an die Universität", etwa die bloße Lieferung „tüchtiger Funktionäre"; „die gefährlichste Zumutung an die Universität ist heute in allen Ländern der Anspruch der Politiker, die es nicht zulassen wollen, daß man anders denkt als sie"; Gollwitzers „Zivilcourage, geistige Leuchtkraft und echte Menschenliebe" sprechen für ihn, „wenn der Sinn für Rang den Ausschlag gäbe". „Von der Kirche aus betrachtet" befürwortete Pfr. Emanuel Kellerhals warm und überzeugend die Berufung Gollwitzers, einer „scharf profilierten Persönlichkeit" und einem „Theologen von Format". Die ganzseitige Antwort Dürrenmatts „Noch einmal: Theologie und Politik" brachte nichts wesentlich Neues, auch nicht die Beiträge der außerbaslerischen Presse, etwa der „Weltwoche", wo Rudolf Stickelberger den „Abstieg "Gollwitzers vom „Klaren Blick 1940" über die „Getrübte Sicht 1950" zum „Irrweg 1960" zu zeichnen versuchte, oder der „Neuen Zürcher Zeitung", wo Redaktor E. Bieri die Schuld an der Polemik den Anhängern der Nomination Gollwitzers zuschob und sich wehleidig über die „rabiaten Methoden" beschwerte, „zu denen die ‚radikalen Christen' ohne Zögern greifen, wenn es um die Erhaltung oder den Ausbau ihrer Einflußzonen in der Kirche geht". Noch eine erfreuliche Stimme sei zitiert: „Was uns aber nottut, ist eine Pfarrergeneration, die das Wächteramt der Kirche wieder viel brennender empfindet als so viele, ach so viele Pfarrer das heute tun, die in der Erbaulichkeit das A und O erkennen . . . Das Haus der Freiheit, in dem wir gerne wohnen möchten, ist noch lange nicht vollendet, die Freiheit des Christenmenschen noch lange nicht Wirklichkeit . . . Unter diesem Gesichtswinkel kann eine Berufung Gollwitzers als Nachfolge Barths sicher nur begrüßt werden", schrieb der „Landschäftler". Die Pressepolemik flammte im Februar 1962 nochmals auf, nachdem in der „Zürcher Woche" Prof. Josef Hromadka einen Artikel „Der Christ in der kommunistischen Gesellschaft" geschrieben und Gollwitzer dazu auf Ersuchen der Redaktion einen Kommentar oder „Versuch einer Verständnishilfe" geliefert hatte („Teilnehmen am Geschick der Christen in den Oststaaten"). „Quod erat demonstrandum" triumphierte Dürrenmatt in den „Basler Nachrichten" und „bewies" mit Entstellungen und willkürlichen Zitaten-Zusammenstellungen, daß Gollwitzer politisch nicht tragbar und theologisch nicht in Ordnung sei. Der Angegriffene erhielt noch das Wort durch Veröffentlichung eines Briefes an Prof. D. Fritz Lieb, der sich mit besonderer Energie und Hingabe für ihn eingesetzt hatte; er stellte fest, daß er sich gerade mit der Skepsis Hromadkas gegenüber der westlichen Demokratie nicht identifiziere, sondern die christliche Verantwortung für die demokratische Ordnung ihm betont wichtig sei.

Inzwischen nahm die Wahlangelegenheit ihren langsamen Gang. Expertenkommission und Kuratel hatten Gollwitzer noch betonter an die erste Stelle gerückt. Aber der Erziehungsrat wies unter dem Vorsitz von Regierungsrat Zschokke, dem Einsicht und Interesse in die Bedeutung und die Mög-

lichkeiten einer Berufung Gollwitzers fehlte und der mehr nach den politischen Maßstäben der „Basler Nachrichten" urteilte, die Sache an die Fakultät zurück mit dem Verlangen nach einem neuen Vorschlag mit zusätzlichen Nominationen. Dieser Verzögerung ist die demnächst in Buchform erscheinende Vorlesung „Einführung in die evangelische Theologie" zu verdanken, welche Karl Barth im Wintersemester im auditorium maximum hielt und die eine Zusammenfassung und treffsichere Neuformulierung seiner wesentlichen Erkenntnisse bringt. Die neue Vorschlagsliste der Fakultät nannte wieder Helmut Gollwitzer deutlich an 1. Stelle. Als 2. Nomination hatte sich auf Drängen Max Geiger, der junge Ordinarius für neuere Kirchen- und Dogmengeschichte, zur Verfügung gestellt. Der 3. Name war, wie schon beim ersten Gang, Prof. Walter Kreck in Bonn. Vor allem die politischen Angriffe auf Gollwitzer hatten inzwischen einzelne maßgebende Leute unsicher gemacht. Schon die Kuratel entschied gegen Gollwitzer, beim Erziehungsrat war das Resultat 4 : 4, und zugleich wurden noch andere im Gutachten erwähnte Namen in den 3. Rang erhoben. Die Regierung lehnte in einer ersten Abstimmung mehrheitlich die Berufung Gollwitzers definitiv ab. Besonders pikant ist, daß dem Vernehmen nach eines ihrer Mitglieder, Vorsteher des Polizei-Departements (in der seltsamen Meinung, es gebe nichts Höheres und Zuverlässigeres als die Polizei?) bei der westdeutschen Polizei Erkundigungen über Gollwitzer eingezogen hat und sich durch deren dem freien und oppositionellen Geiste gegenüber gewiß nicht besonders freundlichen Aussagen in seiner Gegnerschaft gegen ihn bestärken ließ. Erwähnenswert ist, daß sowohl im Erziehungsrat wie im Regierungsrat die Vertreter der katholischen Volkspartei sich nicht etwa (was bei der Wahl eines evangelischen Theologieprofessors nahegelegen wäre) der Stimme enthielten, sondern gegen Gollwitzer stimmten. Prof. Geiger verzichtete; die Wahl fiel dann 14 Tage später auf den 33jährigen Privatdozenten Dr. Heinrich Ott, Pfarrer in Arisdorf, einen Mann von großer intellektueller Begabung, dessen Intention es ist, das Anliegen Bultmanns aufzunehmen und den Erkenntnissen Karl Barths dienstbar zu machen.

Auch Gegner der Berufung Gollwitzers gaben unumwunden zu, daß ihm die sachliche und menschliche Qualifikation nicht abzusprechen sei. Aber sie sei politisch unerwünscht. Es wäre für die Bildung des politischen Denkens der jungen Theologen verhängnisvoll, wenn „das politische Weltbild" ihres einflußreichsten Lehrers „von der chaotischen politischen Entwicklung Deutschlands geprägt" wäre (Dürrenmatt); Gollwitzer würde „optima fide die innere Abwehrfront gegen den kommunistischen Ungeist schwächen". Ein Pfarrer verstieg sich in einer Interpellation vor der Synode der evangelisch-reformierten Kirche Basel-Stadt zu der Behauptung, Gollwitzers Wahl würde weitherum „das Vertrauen in die Grundrechte und die Verfassung unseres Staates erschüttern". Es war überhaupt seltsam, in welchem Jargon sich der Basler Kirchenrat in dieser Sache interpellieren lassen mußte; er hat es freilich zurückgewiesen und positiv zur Nomination Gollwitzer Stellung genommen, und ähnlich sprach sich auch die Synode von Baselland aus. Es ergibt sich, daß der Entscheid gegen die Fakultät, gegen die Sachverständigen, gegen die Studentenschaft, gegen gewichtige Stimmen aus der Kirche gefällt wurde. Den Ausschlag gaben politische Gründe, vor allem die Verhärtung gegen jegliche Ostkontakte, die Angst vor einer Erweichung der antikommunistischen Front. Es nützte nichts, daß darauf hingewiesen wurde, Gollwitzer habe sich mindestens zweimal in entscheidender Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus bewährt: gegenüber dem Nationalsozialismus und gegenüber dem Kommunismus, als er sich mit der Bereitschaft zur Kollaboration hätte Freiheit und Heimkehr erkaufen könne, aber für seine wirkliche Freiheit verschärfte und verlängerte Gefangenschaft auf sich genommen habe — sehr im Unterschied zu unsern patentierten Antikommunisten, die für ihre Haltung bis jetzt noch nichts zahlten! Mit den politisch bestimmten Gegnern verbanden sich aber auch die Verfechter der liberalen und der restaurativen Theologie, die den Moment für günstig fanden, alles Mögliche und allerlei Unmögliches zu tun, damit die Barthsche Linie theologischer Arbeit abgebrochen werde. Es ist ihnen gelungen, im Moment — aber die Wahrheit läßt sich nicht abschießen aus dem Hinterhalt.

„Das Schicksal des Vorhabens, Helmut Gollwitzer nach Basel zu berufen, wird ein gültiges Indiz dafür sein, wo wir heute geistig stehen", hatte Arnold Künzli geschrieben. Es ist nicht gut ausgefallen für uns. Wir können uns aber immer noch „gute Bes-

serung" wünschen. Wir sind dabei sogar in guter Gesellschaft. Der Bundesrat erklärte in seiner Antwort auf eine Interpellation über die Ostkontakte im Nationalrat: „Wir wollen auch in diesen Dingen keinen helvetischen Konformismus anstreben. Was not tut, ist . . . daß wir im Innern alles Unfreiheitliche und somit Unschweizerische konsequent ablehnen und nach außen die selbstgewählte Mission mit Zuversicht und Selbstvertrauen ausüben, in einer gespaltenen Welt der Verständigung und dem Frieden dienen".

Die Volksabstimmung über das Atomwaffenverbot

Am 1. April 1962 verwarfen die schweizerischen Stimmberechtigten mit 537 384 Nein gegen 286 861 Ja eine Initiative, welche der Bundesverfassung einen Art. 20 bis einfügen wollte: „Herstellung, Einfuhr, Durchfuhr, Lagerung und Anwendung von Atomwaffen aller Art, wie ihrer integrierender Bestandteile, sind im Gebiet der Eidgenossenschaft verboten." Dieses Volksbegehren, das am 29. April 1959 mit 72 795 Unterschriften (Mindestzahl 50 000) eingereicht wurde, war ein Akt der Defensive, nachdem seit längerer Zeit hohe Offiziere immer wieder Atomwaffen für die schweizerische Armee forderten, in militärischen Manövern deren Einsatz supponiert wurde, und am 11. Juli 1958 der Bundesrat die Grundsatzerklärung abgab, daß der Armee zur Bewahrung unserer Unabhängigkeit und zum Schutze der Neutralität die wirksamsten Waffen, wozu die Atomwaffen gehören, gegeben werden müßten, was einen Monat später dahin praezisiert wurde, daß in diesen schwerwiegenden Fragen noch keinerlei Beschlüsse gefaßt worden seien, das ganze Problem aber geprüft und den eidgenössischen Räten zu gegebener Zeit Bericht erstattet werde.

Wegen der zu erwartenden falschen Alternativen (Atomwaffen oder Kapitulation etc.) wurde die Initiative und damit die Volksabstimmung von manchen, denen die geduldige und beharrliche Arbeit für den Frieden innerstes Anliegen ist, nicht begrüßt. Aber, nachdem die Initiative der „Schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung" zustande gekommen und die Frage gestellt war, gab es für sie nur eine Antwort. So für die 438 Pfarrer und theologischen Dozenten, denen es in ihrer Erklärung vor allem auch darauf ankam, die Initianten vor zu erwarteder Diffamierung in Schutz zu nehmen, und die Gewissen zu schärfen für die Verantwortung, die mit diesem Entscheid von jedem einzelnen Stimmbürger gefordert war. So für die 34 bedeutenden Wissenschaftler, die in ihrer Erklärung deutlich sagten, was Atomwaffen sind, und vor jeder Verharmlosung warnten. So für die Vertreter des kulturellen Lebens, die vor allem den Zusammenschluß der atomwaffenfreien Staaten begrüßten und die Teilnahme der Schweiz an ihm forderten. Es ergab sich in diesem Abstimmungskampf eine schöne Gemeinschaft der geistig Wachen; neben Berühmten standen viele Unbekannte, neben Intellektuellen Bauern und Arbeiter, neben Alten viele Junge; auch fehlte es nicht an viel echter Opferbereitschaft, denn es standen für den Abstimmungskampf ja keine Partei- und Verbandskassen zur Verfügung.

Es darf gesagt werden, daß der Abstimmungskampf im ganzen fair geführt wurde. Gewisse Zeitungen brachten nur ganz wenige befürwortende Einsendungen und in den letzten Tagen vor der Abstimmung überhaupt keine mehr, andere ließen bis zuletzt loyal beide Seiten zu Wort kommen. In vielen Ortschaften fanden kontradiktorische Versammlungen statt, nicht selten von zwei oder mehr politischen Parteien gemeinsam durchgeführt, da sich fast in allen Gruppen Befürworter und Gegner befanden. Anfänglich war es da und dort schwierig, Referenten für das Nein zu finde; vielleicht dachten gegnerische Kreise, es sei leichter, die allgemeine Stimmung für sich und gegen die Initiative arbeiten zu lassen, als rationale Argumente. Aber die öffentliche Diskussion kam in Gang und fand überall großes Interesse.

Was für Argumente wurden vorgebracht? Für das Nein, also gegen das Atomwaffenverbot, wurde vor allem geworben mit dem Hinweis darauf, es gelte, ein Zeichen des Widerstandes gegen jegliche Weltherrschaftspläne, des unbedingten Willens zur Freiheit, der keine Opfer scheue, aufzurichten. Um diese Demonstration gegen den Kommunismus glaubwürdig zu machen, dürfe man sich keinesfalls die Hände binden und vorzeitig auf die besten Waffen verzichten; es wäre überhaupt unverantwortlich, diese, sollte es je zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen, unsern Soldaten vorzuenthalten. Niemand wolle den Krieg, die Atomwaffen seien etwas Furchtbares, aber der Realismus verlange die Abschreckung auch mit solchen und verbiete es, in der atomaren Bewaffnung des Westens eine Lücke offen zu lassen. Man wolle

auch nur kleine, taktische, beinahe saubere Atomwaffen. Es sei auch unehrlich, auf etwas zu verzichten, was man noch auf lange hinaus überhaupt nicht bekommen könne, und sich für eine unter Umständen völlig andere Situation festzulegen, sei sinnlos. Auch die Angst vor dem Pharisäismus wurde beschworen: es sei eine Heuchelei, andere mit den Atomwaffen sich beschmutzen zu lassen, selber aber die Hände sauber behalten zu wollen. Unverkennbar war auch eine gewisse Autoritätsgläubigkeit, welche die Verantwortung den politischen und militärischen Fachleuten zuschob. Immer wieder wurde auch betont, als Demonstration für den Frieden und gegen das Atomwettrüsten habe ein schweizerischer Atomverzicht keinerlei reales Gewicht in der heutigen Weltsituation; er würde höchstens als Zeichen von Angst und Weichweit gedeutet, während, was vor einem Angriff abschrecke, dem Frieden besser diene. Auch sei die Gegnerschaft gegen die Atomwaffen eine Halbheit zwischen einem an sich respektablen Pazifismus und einer unglaubwürdigen Verteidigungsbereitschaft.

Für das Ja sprach der Wille, ein Zeichen aufzurichten für den andern Weg, der angesichts der totalen Bedrohung alles Lebens beschritten werden müsse, jenseits von Angst und Terror. Es wurde nicht bestritten, daß gegenwärtig mit den Atomwaffen das Gleichgewicht des Schreckens aufrecht erhalten werde. Gerade deshalb dürfe die Schweiz keinesfalls ein Signal zur Ausweitung des Atomklubs geben. Für sie gelte es, das ihr Angemessene zu tun, ähnlich wie sie nach der Schlacht von Marignano entschlossen auf die Großmachtpolitik verzichtet habe; in der ganzen, von den Gegnern viel zitierten, Schweizergeschichte hätten ihr nie „die besten Waffen" zur Verfügung gestanden. In echter Neutralität und Solidarität glaubwürdig Friedenswerke fördern und ermöglichen, d a s sei ihr wichtiger Beitrag zum Aufbau einer internationalen Ordnung, den es zu intensivieren gelte und für den man sich die Hände frei halten müsse von atomaren Aspirationen und Verpflichtungen. Auch den Realismus reklamierten die Befürworter für sich: nur ein neues Denken sei den neuen Realitäten gewachsen, die alten militärischen Konzeptionen seien im Grunde irreal. Den Demokraten wurde zu bedenken gegeben, daß Atomwaffen zu stärkster Konzentration der Kompetenzen bei den eingeweihten Spezialisten und Technikern nötigen, zum totalitären, nurmilitärischen Denken drängen, in ihrem Wesen also freiheitsfeindlich sind und zum voraus zerstöre, was sie schützen sollten. Endlich wurde betont, daß die Verantwortung vor dem lebendigen Gott es uns verwehre, das von ihm geschaffene und geliebte Leben so totalitär zu bedrohen, wie es mit Atomwaffen geschieht, und daß das Vertrauen auf ihn uns gebiete, beharrlich und risikobereit Wege des Friedens zu suchen und nicht nach Waffen der Verzweiflung zu greifen.

Das Abstimmungsergebnis darf ein außerordentlicher Achtungserfolg genannt werden. Über die 287 000 Ja kann man nicht als über ein paar „Ignoranten und Hasardeure" hinweggehen, und es ist keine Frage, daß die Gegner eine wuchtigere Verwerfung erwartet hatten. Dabei ist zu bedenken, daß es in schweizerischen Abstimmungen immer schwieriger ist, eine Ja-Mehrheit zu erreichen, da es eine gewisse Zahl prinzipiell Nein-Stimmender gibt; dazu kam die logische Schwierigkeit, daß die Gegner der Atomwaffen Ja stimmen mußten. Ferner, daß das Ja eine echte Entscheidung bedeutete, das Nein hingegen nur deren Aufschub, oder die Abneigung gegen eine waffentechnische Bestimmung in der Bundesverfassung; immerhin enthielt gewiß für Viele das Nein den Willen für die „besten Waffen", auch für Atomwaffen, wenn einmal solche für die Schweiz erhältlich würden. Besonders viele Nein waren wohl bestimmt durch das Argument, Atomwaffen könnten einmal für den Kleinen und den Verteidiger ein besonders wirksamer Stachel werden; dabei hat offenbar bei vielen die Erinnerung an die Bedrohung durch Hitlerdeutschland mitgespielt; damals kam es ja in der Tat darauf an, sich so ‚stachlig' wie möglich zu machen, damit das böse Verslein nicht Wirklichkeit würde: „Und die Schweiz, das Stachelschwein, nehmen wir im Heimweg ein." Um so gewichtiger also sind die vielen Ja. Besonders bedeutsam ist, daß immerhin 4 Kantone deutlich annehmende Mehrheiten erbrachten: die protestantischen welschen Kantone und der Tessin (zu einer Annahme hätte es, da es sich um eine Verfassungsbestimmung handelte, neben der Volksmehrheit auch des Ständemehrs, also mindstens 11½ annehmender Kantone, bedurft). Bedeutsam ist dies darum, weil man in der Schweiz staatspolitisch darauf bedacht ist, keine Minderheitenkomplexe aufkommen zu lassen, so daß die sprachlichen Minderheiten im allgemeinen über ihren zahlenmäßigen Pro-

zentsatz hinaus gewürdigt werden. Interessant ist ferner, daß die Kantone mit ausgeprägter katholischer Mehrheit besonders stark verworfen haben. Das mag mit einer gewissen Autoritätsgläubigkeit zusammenhängen, vor allem damit, daß der politische Katholizismus sich gern als besonders „staatserhaltend" empfiehlt; der Gedanke der gemeinsamen antikommunistischen Front hat dort am meisten Boden, und moralische, menschliche Bedenken finden dort merkwürdig wenig Resonanz. Ein protestantischer Kommentator bemerkte denn auch: „Dort aber, wo es um grundsätzliche Dinge der eidgenössischen Existenz geht, muß er (der im öffentlichen Leben wirkende evangelisch-reformierte Christ, der . . . sich nicht auf den Rückhalt an seiner Kirche verlassen kann) auf die politische Instinktsicherheit des katholischen Volksteils abstellen." Ob nicht die evangelisch begründete Entscheidung doch den längeren Atem hat? Eine Enttäuschung war die Stellungnahme mancher Frauen, die offenbar besonders fürchteten, als gefühlsbetont diskreditiert zu werden; eine Präsidentinnenkonferenz des Bundes schweizerischer Frauenvereine gab mit 42 Stimmen und 5 Enthaltungen die Verwerfungsparole aus und nannte dies die Stellungnahme „der maßgebenden Schweizer Frauen". Aber auch die Männer haben nichts zu rühmen; wenn man die vielen ganz oder fast einstimmig gefaßten Verwerfungsbeschlüsse von Parteien, Vereinen, Gruppen aller Art mit den vielen Ja-Stimmen in den Urnen vergleicht, läßt sich ein empfindlicher Mangel an Zivilcourage nicht verheimlichen; viele haben es sich offenbar gern erspart, sich mit einem Votum oder in offener Abstimmung zu exponieren. Trotzdem haben die Befürworter im Laufe des Abstimmungskampfes deutlich Terrain gewonnen. Keine Niederlage — ein großen Anfangserfolg, schrieb ein Kommentar. Die Aufgabe bleibt gestellt, nicht vor dem militärischen und technischen Zwangsläufigkeiten zu kapitulieren, sondern auf dem von der Hoffnung gewiesenen Weg bestimmte Schritte zu tun.

Pfarrer Peter Walter

Zu Bertrand Russells 90. Geburtstag am 18. Mai.

An einem kalten Oktobertag des Jahres 1949 stürzte vor der norwegischen Küste ein Verkehrsflugzeug ins Meer. Neunzehn Passagiere kamen bei diesem Unglück ums Leben. Retten konnte sich dagegen ein alter Herr von 77 Jahren, der in voller Kleidung rüstig ans Ufer schwamm und am selben Abend programmgemäß den Vortrag hielt, um dessentwillen er im heimatlichen England gestartet war.

Der sportliche Greis ließ es sich nicht verdrießen, ein Jahr später abermals nach Skandinavien zu fliegen. Diesmal landete die Maschine ordentlich in Stockholm; dort war für ihren berühmtesten Fluggast ein Nobelpreis für Literatur abzuholen, für den Bertrand Russell, der bis dahin 41 Bücher geschrieben hatte: über Philosophie, Religion, Politik, Geschichte, Sitten und Bräuche, Mathematik, Sozialismus, Psychologie.

Wieder zwei Jahre darauf, 1952, heiratete der Achtzigjährige in vierter Ehe die dreißig Jahre jüngere amerikanische Schriftstellerin Edith Finch. Zur gleichen Zeit erklärte er, in seinen Werken sei eigentlich alles niedergelegt, was er der Menschheit zu ihrer Belehrung zu sagen habe. Nun wolle er etwas schreiben, was nur noch der Unterhaltung diene. Und nach kurzer Zeit erschienen phantastische Geschichten unter dem zusammenfassenden Titel „Satan in den Vorstädten". Eine britische Zeitung druckte eine der Erzählungen anonym und veranstaltete einen Test. Die Leser tippten auf renommierte Literaten wie Priestley, Shaw, Wells, Maugham; niemand verfiel auf Bertrand Russell, der nur als Autor von „Sachbüchern" bekannt war.

Gefragt, was er mit diesen satirischen und ironischen Phantasiegespinsten meine, antwortete der Verfasser: gar nichts, er habe das nur so zu seinem Spaß geschrieben. Aber die Geschichten sind natürlich keineswegs „nur so". Wie der Gelehrte sich ja auch nicht darauf beschränkte, fortan seine Leser nur noch zu unterhalten. Er wurde vielmehr nie müde, die Welt vor der Katastrophe eines Atomkrieges zu warnen. So in einem Zeitungsartikel vom März 1955:

„Sollen wir das Ende der menschlichen Rasse herbeiführen — oder soll die Menschheit auf den Krieg verzichten? Man will diese Alternative nicht sehen, weil es so schwer ist, den Krieg abzuschaffen. Die Abschaffung des Krieges bedeutet unliebsame Beschränkungen der nationalen Souveränität. Was aber vielleicht mehr als alles andere das Verständnis für die Lage verhin-

dert, ist, daß der Begriff ‚Menschheit' so unbestimmt und abstrakt ist. Man macht sich in seiner Vorstellung kaum klar, daß die Gefahr einen selbst, die eigenen Kinder und Enkelkinder bedroht, und nicht nur eine vage vorgestellte Menschheit. Und so hofft man, daß man vielleicht zukünftige Kriege zulassen könnte, sofern nur die modernen Waffen verboten würden. Ich fürchte, daß diese Hoffnung auf einer Illusion beruht. Was immer für Vereinbarungen gegen die Benutzung von Wasserstoffbomben im Frieden getroffen werden — in Kriegszeiten würden diese Vereinbarungen nicht als bindend angesehen werden."

Russells Polemik gegen die Kriegsgefahr bedient sich keiner allgemeinen Moralphrasen, sondern beruht auf vorurteilsloser Auseinandersetzung mit der Politik beider Weltmächte. Sie erschöpft sich auch nicht in der Kritik, sondern enthält stets praktische Vorschläge zur Überwindung des tödlichen Patts der Militärstrategen. Weltanschaulich ist er nicht unparteiisch; in der Beurteilung der aktuellen Tagespolitik ist er jedoch stets absolut objektiv.

„Ich persönlich bin natürlich nicht neutral in meinen Sympathien, und ich würde es nicht wünschen, die Kriegsgefahr durch eine unwürdige Unterwerfung des Westens abgewendet zu sehen", bekennt Russell im März 1955, „aber als ein menschliches Wesen muß ich daran denken, daß, wenn die Konflikte zwischen Ost und West in einer Weise entschieden werden sollen, die irgendeine mögliche Befriedigung für irgend jemand haben kann, sei er Kommunist oder Antikommunist, sei er Asiate oder Europäer oder Amerikaner, sei er Weißer oder Schwarzer, diese Konflikte nicht durch Krieg entschieden werden dürfen."

Bei konkreten Anlässen wendet sich der Gelehrte mit persönlichen Botschaften an die führenden Staatsmänner beider Lager und mahnt zu Friedensverträgen, Abrüstung, Einstellung der Kernwaffenexperimente und zu Toleranz. Und da er ein berühmter Mann ist, hat er die Genugtuung, auf seine Briefe Antworten zu bekommen — selten ablehnende. Im Gegenteil: Jede Seite versichert, dasselbe zu wollen wie Seine Lordschaft, aber leider würde man sich dem Gegner völlig ausliefern, wenn man den ersten Schritt zur Entspannung machte. Russell versucht beiden Partnern klarzumachen, daß jede Politik der Stärke immer nur den Scharfmachern auf der anderen Seite nütze, nie aber dem Frieden. So kommentierte der politisierende Philosoph im Oktober 1961 eine Rechtfertigung Chrustschows für die Wiederaufnahme der sowjetischen Atombombenversuche:

„Jede Seite geht von der Annahme aus, daß sie selbst den Frieden will, daß aber die andere Seite aus Kriegshetzern bestehe. Jede Seite meint, daß sie selbst unerschütterlichen Mut besitze, während die andere Seite aus Feiglingen bestehe, die vor Drohungen klein beigeben. Drohungen auf der einen Seite rufen jedoch Drohungen auf der anderen hervor und bringen den Krieg näher. Wenn Herr Chrustschow wirklich glaubt, daß die Explosion einer Bombe im Westen Friedensliebe erzeuge, so muß er eine viel geringere Kenntnis der Menschennatur haben, als man ihm glauben kann. Alle diejenigen von uns im Westen, die für Vermeidung eines Atomkrieges arbeiten, waren fast zur Verzweiflung gebracht durch die jetzigen brutalen Aktionen der Sowjetregierung, während diejenigen im Westen, die einen Atomkrieg wünschen, durch jedes Verbrechen und durch jede Torheit ermutigt werden, deren sich die Sowjetregierung schuldig macht."

Drei Jahre zuvor hatte Bertrand Russell ebenso offen den inzwischen verstorbenen US-Außenminister des Eisenhower-Kabinetts, John Foster Dulles, kritisiert, der Russells dringliche Appelle gegen das Wettrüsten mit pathetischen Floskeln beantwortete, ohne von seiner Balancetour am Rande des Atomkriegs im geringsten abzurücken. Lord Russell reagierte öffentlich:

„Herr Chrustschow und Herr Dulles erscheinen als rivalisierende Fanatiker, beide durch geistige Scheuklappen blind gegenüber augenscheinlichen Tatsachen. Wenn wir für einen Augenblick die Hypothese jedes der beiden annehmen, daß der Sieg ihres Systems eine Wohltat für die menschliche Rasse wäre, so folgt daraus noch nicht, daß jede Seite einen Krieg begünstigen sollte, in dem beide Seiten sowie Nichtteilnehmer ausgemerzt würden. Das ist so einfach und so in die Augen fallend, daß man nur erstaunt sein kann über die Unfähigkeit intelligenter Menschen, diese Konsequenzen zu begreifen."

Für seine Überzeugung scheut Russell auch keinen persönlichen Einsatz. Der weltberühmte Gelehrte ging 1961, 89jährig, acht Tage ins Gefängnis. Er war wegen passiven Widerstands gegen die Staatsgewalt ver-

urteilt worden, weil er trotz polizeilichem Verbot gegen die Atomrüstung demonstriert hatte. Vor Gericht bat Russell ausdrücklich um die ihm gesetzlich zustehende Strafe, vor der man den international bekannten Wissenschaftler aus optischen Gründen gern verschont hätte:

„Einige von uns", führte er aus, „haben gemeint, daß in einem Lande, das sich Demokratie nennt, die Öffentlichkeit über die vermutlichen Konsequenzen der Politik der Großmächte in Ost und West orientiert werden müßte. Vaterlandsliebe und Menschlichkeit treiben uns in gleicher Weise an, ein Mittel zu suchen, unser Land und die Welt zu retten ... Wir können dieser Pflicht nicht dadurch ausweichen, daß wir uns Befehlen beugen, die nach unserer Überzeugung nicht gegeben würden, wenn die Wahrscheinlichkeit und die Schrecken eines Atomkrieges allgemein bekannt wären ... Wir sind bereit, Gefängnis auf uns zu nehmen, weil wir glauben, daß dies die wirksamste Art ist, unser Land und die Welt zu retten. Wenn Sie uns verurteilen, werden Sie (durch das in der Öffentlichkeit erregte Aufsehen) unserer Sache und damit der Menschheit helfen."

Sein tapferer Nonkonformismus entspringt nicht etwa einem altersbedingten Spleen. Schon 1916 ließ sich der damals 44jährige Professor ein halbes Jahr einsperren, weil er in Cambridge vom Katheder herab die Studenten aufgefordert hatte, sich der Einfallslosigkeit der Politiker nicht untertan zu machen und den Kriegsdienst zu verweigern. 1961 verfaßte der wegen passiven Widerstands Verurteilte während der Haft neue Aufrufe zum gewaltlosen Widerstand gegen die Atomkriegsvorbereitungen. 1916 benutzte der renitente Universitätslehrer die Gefangenschaft, um sein berühmtes Werk „Einführung in die mathematische Philosophie" zu schreiben. Ein andermal wurde er einer „staatsgefährdenden" Äußerung wegen zu hundert Pfund Geldstrafe verurteilt. Er weigerte sich, den Betrag zu bezahlen, da er fürchtete, dies könne als Anerkennung des Urteils verstanden werden; lieber ließ er seine kostbare Bibliothek abholen und versteigern.

Die Engländer quittierten diese Eskapaden ihres größten Geistes mit Achtung und Sympathie. Nicht nur, weil man dort charakterliche Originale schätzt, sondern weil die demokratische Tradition in der britischen Monarchie so tief verwurzelt ist, daß man dort auch der Ansicht des Gegners Respekt zollt. Und die Argumente Bertrand Russells sind nun einmal so überzeugend, so gar nicht die eines idealistischen Sektierers, daß man sich ihnen kaum zu entziehen vermag. Zum mindesten setzt man sich mit ihnen auseinander. Die von Russell 1961 in London angeführten Demonstrationen zum Beispiel wurden von allen englischen Zeitungen auf der Titelseite in Wort und Bild behandelt, von Fernsehen und Wochenschau gezeigt und vom Rundfunk übertragen — freilich nicht immer wohlwollend kommentiert, aber stets in Achtung der Gewissenstreue eines Mannes, den kein Vorteil je zur Liebedienerei vor einer herrschenden Auffassung verführt hat.

Lord Russell ist es gewohnt, sich zwischen sämtliche Stühle zu setzen und sich mit allen gesellschaftlichen Tabus anzulegen. Solch ein Stein des Anstoßes ist u. a. ein 1957 erschienenes Buch mit teilweise schon früher publizierten Aufsätzen unter dem Titel „Warum ich kein Christ bin". Bertrand Russell ist nämlich auch noch Ehrenpräsident der Weltunion der Freidenker. Ein hohes sittliches Verantwortungsgefühl können ihm aber auch seine grimmigsten Feinde nicht absprechen. Wer vermöchte der Weisheit seiner folgenden Feststellung widersprechen:

„Ein gutes Leben wird angetrieben durch Liebe und geführt durch Wissen. Wissen und Liebe haben beide keine Grenzen. Wie gut daher ein Leben sein mag, können wir uns doch immer ein noch besseres denken. Weder Liebe ohne Wissen noch Wissen ohne Liebe können zu einem guten Leben führen. Wenn im Mittelalter die Pest ins Land kam, veranlaßten die Geistlichen die Menschen, sich in den Kirchen zu versammeln und um Erlösung zu beten. Als Resultat verbreitete sich die Ansteckung mit ungeheurer Geschwindigkeit unter den angehäuften Massen der Betenden. Das war ein Beispiel für Liebe ohne Wissen. Der letzte Krieg war ein Beispiel für Wissen ohne Liebe. In beiden Fällen war das Ergebnis unermeßlicher Tod."

Unbestechlich auch den eigenen Wünschen gegenüber, ist Russell ein großer Skeptiker; sein Optimismus ist klein, aber nie läßt er sich ganz von Zweifeln erdrükken: „Ich hoffe, wenn auch nicht sehr zuversichtlich, daß die Menschen lernen werden, sich das Glücklichsein zu gestatten — selbst wenn sie dabei das Glück jener in

Kauf nehmen müssen, die sie bisher gehaßt haben. Wenn sie das rechtzeitig lernen, kann die Wissenschaft die Grundlagen für ein neues Goldenes Zeitalter schaffen. Wenn sie es nicht lernen, wird jede Vergrößerung ihres Wissens nur ein weiterer Schritt zur endgültigen und unabänderlichen Katastrophe sein."

Russell hegt statt eines metaphysischen Glaubens die Hoffnung auf ein besseres Diesseits, deren Erfüllung ganz einfach von der Einsicht der Menschen in die Notwendigkeiten unserer Zeit abhängt. Seine Ethik geht daher von einer Ehrfurcht vor dem Leben aus, wie sie Albert Schweitzer verlangt.

Schon der Vater Russells war Freidenker, hatte aber keine unmittelbare Möglichkeit, seinen Sohn zu beeinflussen. Bertrand Russells Eltern starben nämlich, als er erst drei Jahre alt war. Der Vater hatte jedoch testamentarisch vorgesorgt und eine kirchliche Erziehung seines Sohnes bestimmt. Aber Bertrands Vormund, sein Großvater Graf John Russell, der in zwei Regierungsperioden Ministerpräsident von Großbritannien war, hielt sich nicht an diese Verfügung, sondern erzog seinen Enkel bis zur Volljährigkeit streng puritanisch.

Erst nach Entlassung aus der frommen Obhut erfuhr Bertrand Arthur William Russel, dritter Earl of Bedford, Näheres über die Ideen seines Vaters. Da trat er sofort und für immer auf die Seite der Freidenker.

Trotz seines missionarischen Eifers blieb er stets differenzierender Wissenschaftler und als solcher Realist. In einer amerikanischen Zeitschrift formulierte er zu Beginn des Jahres 1951 seine aufsehenerregenden Gedanken über den zukünftigen Weg der Menschheit. Lord Russell hält es für höchst wahrscheinlich, daß sich vor Abschluß dieses Jahrhunderts eine der drei folgenden Aussichten erfüllt haben wird:

1. Das Ende allen menschlichen und vielleicht jedweden Lebens auf unserem Planeten.

2. Ein Rückfall in die Barbarei nach einer katastrophalen Bevölkerungsabnahme der Erde.

3. Die Vereinigung der Welt unter einer Regierung, die ein Monopol über alle entscheidenden Kriegswaffen besitzt.

Der Nobelpreisträger glaubt also, daß die heutige Menschheitskultur nur durch einen föderativen Weltstaat vor dem Untergang bewahrt werden könne, an den die autonomen Nationalstaaten Teile ihrer Souveränität abtreten. Bertrand Russell sieht also weit über de Gaulles „Europa der Vaterländer" oder Franz Josef Strauß' Bündnis der „Atlantischen Welt" hinaus; denn wirkliche Sicherheit wird ja durch keine Blockbildungen oder militärische Allianzen garantiert, sondern höchstens durch ein internationales Machtinstrument, eine Super-UNO, die von allen Ländern beauftragt und materiell in die Lage versetzt wird, zwischenstaatliche Polizeifunktionen auszuüben.

Russells gesellschaftliche Ordnungsvorstellung kommt der des Gilden-Sozialismus nahe, einer Organisationsform anarchosyndikalistischer Prägung. Der Gelehrte bejaht die westliche Demokratie lediglich als das kleinere Übel, weil sie pluralistisch ist, also die „Koexistenz" divergierender Auffassungen zuläßt.

Seit er denken kann, hat sich Bertrand Russell mit politischen Problemen befaßt, obwohl er sich Mathematik und Philosophie zu Studienobjekten erkor. Nachdem er mit 22 Jahren zum ersten Male geheiratet hatte, siedelte er sich in Berlin an und beobachtete die politischen und sozialen Verhältnisse im Wilhelminischen Deutschland. Zwei Jahre später erschien sein erstes Buch; es hieß „Die deutsche Sozialdemokratie". 1903 folgte das dreibändige Werk „Prinzipien der Mathematik", 1911 „Probleme der Philosophie", 1917 „Prinzipien des sozialen Wiederaufbaus", 1921 „Die Analysis des Geistes".

Inzwischen, von 1910—1916, war er Dozent in Cambridge gewesen, wo er selbst studiert hatte. Er verlor die Professur, als er wegen „defaitistischer Propaganda" zu Gefängnis verurteilt wurde. Zur Abwechslung lehrte er in Peking, wurde dann Professor in den USA und ab 1920 wieder in Cambridge. Von seinem Aufenthalt im Fernen Osten fiel nebenbei das Buch „Das Problem China" ab. Eine Reise durch Rußland schlug sich literarisch in „Praxis und Theorie des Bolschewismus" nieder. Auch sein amerikanisches Intermezzo endete übrigens turbulent: Die Aufsichtsbehörde der Universität legte ihm die Abreise nahe, da seine moralischen Anschauungen Anstoß erregt hatten. Seine Meinungen zu sexuellen Fragen legte Russell später sittenkritisch in seinem wissenschaftlichen Werk „Ehe und Moral" nieder.

Ferner schrieb er unter vielen anderen Büchern „Die Leibnizsche Philosophie",

„Mystik und Logik", „Das ABC der Atome", „Geschichte der westlichen Philosophie", die sozialkritische Studie „Macht. Über das Machtstreben als bewegende historische Kraft", „Eine Untersuchung über Meinung und Wahrheit", „Philosophie des Abendlandes", „Eroberung des Glücks", „Das menschliche Wissen", „Neue Hoffnung für unsere Welt".

Die Bücher dieses scharfen Denkers sind bei aller wissenschaftlichen Gründlichkeit meist einfach, manchmal geradezu volkstümlich geschrieben, mit Humor, aber auch scharfem Spott. Seine eigentliche Philosophie jedoch ist ungefähr so schwer verständlich wie Einsteins Relativitätstheorie. Mit dem Gedankengebäude Albert Einsteins, den Russell für den größten Mann unseres Jahrhunderts hält, hat Bertrand Russells Philosophie insofern Ähnlichkeit, als sie die überlieferte Logik in sogenannte „logische Atome" zerlegt, um diese kleinsten Bestandteile zu ordnen, mit denen unanfechtbar exakt wie in der Mathematik verfahren werden kann.

1937 verfaßte Earl Bertrand Russell „in vorausschauender Weise" einen ironischen Nachruf auf sich selbst, den er der Londoner „Times" für ihre Ausgabe vom 1. Juni 1962 zur Verfügung stellte, da er der festen Überzeugung war, daß es ihm vergönnt sein werde, mit seiner unverwüstlichen Gesundheit — „ich habe bis auf den heutigen Tag nur zu rauchen aufgehört, wenn ich essen oder schlafen wollte" — auch das neunte Lebensjahrzehnt zu vollenden.

Zu seinem 80. Geburtstag am 18. Mai 1952 veröffentlichte er einen heiteren Zeitungsartikel unter der Überschrift „Wie man achtzig Jahre alt wird", in dem zum Schluß wieder das ernste Hauptthema von Bertrand Russells Schaffen anklingt:

„Ich genieße meine Tage heute mindestens genau so wie in meiner Jugend und würde gern noch zehn Jahre älter werden, wenn kein neuer Krieg ausbricht. Sollte das jedoch in absehbarer Zeit der Fall sein und ich zufällig sterben, können Sie ruhig behaupten, daß zwischen diesen beiden Ereignissen ein gewisser Zusammenhang besteht." Wolfgang Baranowsky

Dokumente zum Zeitgeschehen

Der neue polnische Vorschlag für eine atomwaffenfreie Zone

Im Namen der Delegation der Volksrepublik Polen unterbreitete Außenminister Adam Rapacki am 28. März im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz in Genf folgendes Memorandum:

In der Erwägung, daß der Achtzehn-Mächte-Abrüstungsausschuß gleichzeitig mit der Ausarbeitung eines Abkommens über allgemeine und vollständige Abrüstung Vorschläge für Maßnahmen und Vorkehrungen zu prüfen hat, die dazu bestimmt sind, die internationalen Spannungen zu vermindern, das Vertrauen zwischen den Staaten zu erhöhen und damit die Verwirklichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu erleichtern, und daß eine der wichtigsten Maßnahmen dieser Art die Errichtung von atomwaffenfreien und rüstungsbegrenzten Zonen ist, unterbreitet die Delegation der Volksrepublik Polen im Einvernehmen mit der Delegation der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik für die Beratungen des Ausschusses einen Vorschlag zur Errichtung einer atomwaffenfreien und rüstungsbegrenzten Zone in Europa.

I. Ziel

Das Ziel des polnischen Vorschlages ist die Abschaffung der Kernwaffen und der Mittel zu ihrer Beförderung, sowie eine Herabsetzung der Streitkräfte und Rüstungen innerhalb eines begrenzten Gebietes, in dem diese Maßnahmen zur Abnahme der Spannungen und zu einer wesentlichen Verringerung eines Konfliktes beitragen könnten.

II. Territorium

Die Zone sollte grundsätzlich die Territorien der folgenden Staaten umfassen: Volksrepublik Polen, Tschechoslowakische Sozialistische Republik, Deutsche Demokratische

Republik und Bundesrepublik Deutschland. Der Vertrag über diese Zone soll anderen europäischen Staaten zum Beitritt offen stehen.

III. Rechte und Pflichten der Staaten innerhalb der Zone und anderer Staaten

Rechte und Pflichten der Staaten, die mit der Errichtung der Zone entstehen, sollten in den folgenden zwei Etappen wirksam werden:

Erste Etappe

Einfrieren der nuklearen Waffen und Raketen — Verbot der Errichtung neuer Stützpunkte.

(a) Rechte und Pflichten der Staaten, die der Zone angehören:

1. Den Staaten innerhalb der Zone sollen die Herstellung jeder Art von Kernwaffen oder der Mittel zur Beförderung solcher Waffen sowie alle Vorbereitungen zur Produktion auf ihrem Territorium verboten sein;

2. Den Staaten innerhalb der Zone soll die Einfuhr jeder Art von Kernwaffen oder der Mittel zur Beförderung solcher Waffen in ihr Territorium verboten sein;

3. Den Staaten innerhalb der Zone soll es verboten sein, auf ihrem Territorium die Errichtung neuer Stützpunkte und Einrichtungen zuzulassen, die der Lagerung oder dem Unterhalt von Kernwaffen oder der Mittel zur Beförderung solcher Waffen dienen.

(b) Rechte und Pflichten anderer Staaten:

1. Allen Staaten, die über Kernwaffen und Mittel zu deren Beförderung verfügen, soll verboten sein, sie an die zur Zone gehörenden Staaten zu übergeben;

2. Alle Staaten, die über Kernwaffen und Mittel zu deren Beförderung verfügen, soll ferner verboten sein, solche Waffen oder deren Träger in das Territorium der Zone einzuführen;

3. Die Errichtung neuer Stützpunkte oder Einrichtungen, die der Lagerung oder Unterhaltung nuklearer Waffen und den Mitteln zu deren Beförderung dienen, soll auf dem Territorium der Zone verboten sein.

Zweite Etappe

Abschaffung der nuklearen Waffen und Raketen — Verminderung der herkömmlichen Rüstungen.

(a) Rechte und Pflichten der Staaten, die der Zone angehören:

1. Entfernung aller Kernwaffenträger aus den Rüstungsbeständen der Staaten innerhalb der Zone;

2. Herabsetzung der Streitkräfte der Staaten innerhalb der Zone auf eine vereinbarte Stärke, verbunden mit einer angemessenen Verminderung der herkömmlichen Bewaffnung.

(b) Rechte und Pflichten anderer Staaten:

1. Entfernung der Kernwaffen aller Typen und aller Einrichtungen, zu deren Lagerung und Unterhalt vom Territorium der Zone, sowie aller dauernd oder vorübergehend dort stationierten Mittel zur Beförderung solcher Waffen und deren Ausrüstung;

2. Herabsetzung der auf dem Territorium stationierten Streitkräfte anderer Staaten auf eine vereinbarte Stärke, verbunden mit einer angemessenen Verminderung ihrer herkömmlichen Bewaffnung.

IV. Kontrolle

1. Um die Durchführung der in Abschnitt III dieses Memorandums genannten Abrüstungsmaßnahmen sicherzustellen, werden Vorkehrungen für ein System strenger internationaler Kontrolle und Inspektion zu Lande und in der Luft getroffen einschließlich der Einrichtung entsprechender Kontrollposten.

2. Um die Einhaltung der vorgeschlagenen Verpflichtungen zu überwachen, wird ein spezielles Kontrollorgan eingesetzt. Zusammensetzung, Kompetenz und Arbeitsweise dieses Organs werden durch ein Abkommen zwischen den betreffenden Staaten festgelegt.

Die Signatarstaaten des Vertrages über die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone gehen die Verpflichtung ein, sich den Kontrollen dieses Organs zu unterwerfen und ihm jede für die Erfüllung seiner Aufgaben nötige Hilfe und Unterstützung zu geben;

3. Die Signatarstaaten des Vertrages zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone werden den Umfang der Kontrollen und die Art ihrer Anwendung in jeder der beiden Etappen bestimmen.

V. Garantien

Um die Unverletzlichkeit des Status der atomwaffenfreien Zone zu gewährleisten, gehen die Staaten, die Kernwaffen besitzen, die Verpflichtung ein:

(a) alle Maßnahmen zu unterlassen, die den Status der Zone direkt oder indirekt beeinträchtigen würden;

(b) keine Kernwaffen gegen das Territorium der Zone anzuwenden.

Unter Berücksichtigung der obigen Darlegungen schlägt die Delegation der Volksrepublik Polen vor:

Der Achtzehn-Mächte-Ausschuß sollte die betreffenden Staaten ersuchen, umgehend Maßnahmen einzuleiten, um den Plan zur Errichtung einer atomwaffenfreien und rüstungsbegrenzten Zone zu verwirklichen;

2. Der Ausschuß sollte ...*) ersuchen, in entsprechende Verhandlungen mit den interessierten Staaten über die Errichtung der Zone einzutreten, einen Bericht über diese Verhandlungen spätestens am ... 1962*) vorzulegen;

3. Der Ausschuß sollte außerdem die Generalversammlung der Vereinten Nationen ersuchen, einen Beschluß über die Errichtung einer atomwaffenfreien und rüstungsbegrenzten Zone in Europa zu fassen.

Den ersten Vorschlag zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Europa legte die Regierung der Volksrepublik Polen am 2. Oktober 1957 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vor. Nach diesem Vorschlag sollte die atomwaffenfreie Zone die Hoheitsgebiete Polens, der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland umfassen. Detaillierte Erläuterungen enthielt das den betreffenden Regierungen am 14. Februar 1958 übermittelte Memorandum. Am 4. November 1958 unterbreitete die Regierung der Volksrepublik Polen einen abgeänderten Entwurf zur Ausführung des Planes für eine atomwaffenfreie Zone. Auf der XV. Generalversammlung der Vereinten Nationen bestätigte der Leiter der polnischen Delegation, Wladyslaw Gomulka, erneut, daß Polen bereit sei, sich an der Verwirklichung des Planes für eine atomwaffenfreie Zone sofort zu beteiligen.

In den wenigen Jahren, die seit der Vorlage des polnischen Planes zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vergangen sind, hat das Weltinteresse an einer Verhinderung der Ausbreitung von Kernwaffen und an Plänen für die regionale Begrenzung der Rüstungen stark zugenommen. Dieses Interesse zeigte sich in der Annahme einer Resolution über die Anerkennung Afrikas als atomwaffenfreie Zone durch die XVI. UN-Generalversammlung. Ebenso zeigt es sich in den ersten Antworten auf die Umfrage nach Beschluß 1664 (XVI) der Generalversammlung. Eine Reihe europäischer Regierungen hat eine positive Haltung zur Idee regionaler atomwaffenfreier Zonen eingenommen.

Im Hinblick auf die neuen Bemühungen um die allgemeine und vollständige Abrüstung gewinnen die Pläne für atomwaffenfreie Zonen in bestimmten Gebieten ebenfalls an Bedeutung und sind geeignet, den Weg zu diesem Hauptziel der Völker zu erleichtern.

Indem sie diese Tatsachen in Betracht zieht, im Geiste der Beschlüsse der Vereinten Nationen handelt und einen Beitrag zur Verwirklichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung leistet, wiederholt die polnische Delegation im Namen der Regierung der Volksrepublik Polen den Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Europa bei gleichzeitiger Vernichtung der Raketen und einer Begrenzung der Streitkräfte und der herkömmlichen Bewaffnung. Sie übermittelt diesen Vorschlag dem Achtzehn-Mächte-Abrüstungsausschuß zur Beratung.

(Übersetzt nach: Peoples Republic of Poland. Memorandum submitted by the Polish Delegation, dated 28 March 1962, concerning the establishment of a nuclearized and limited armaments zone in Europe.)

*) Adressat und Termin dieses Antrages müssen hier nachgetragen werden.

Die UN-Denkschrift der DDR-Regierung zum Problem der atomaren Abrüstung

Anfang April veröffentlichte der Generalsekretär der UN, U Thant, die ihm vom Außenminister der DDR, Bolz, zugestellte Stellungnahme der ostdeutschen Regierung zu der UN-Umfrage betr. die Haltung der einzelnen Länder zum Problem der atomaren Rüstung. Die UN hatten die DDR um eine Antwort nicht ersucht, publizierten jedoch die eingegangene Denkschrift. Der Beobachter der Bundesrepublik bei den UN, Knappstein, protestierte daraufhin bei Generalsekretär U Thant gegen eine „indirekte Anerkennung" der DDR durch die Vereinigten Nationen.

Das nachstehend abgedruckte Schriftstück wurde von DDR-Außenminister Bolz auch der Genfer Abrüstungskonferenz überreicht. D. Red.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist sich der Verpflichtung des Deutschen Volkes bewußt, durch unermüdliche Bemühungen für die allgemeine und vollständige Abrüstung der Erhaltung und Sicherung des Friedens in der Welt zu dienen.

In dem Wunsche, zur Entspannung und Sicherheit in Europa beizutragen, ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gleichzeitig bereit und entschlossen, auch anderen Abrüstungs- und Sicherheitsmaßnahmen zum Erfolg zu verhelfen.

In dem Bestreben, einen deutschen Beitrag zu leisten, unterbreitet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Erwägungen und Vorschläge dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt in vollem Umfange lie Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen, den Kreis der Atomwaffen besitzenden Staaten nicht zu erweitern, und bekräftigt erneut ihr volles Einverständnis mit den Vorschlägen der Regierung der Volksrepublik Polen über die Bildung einer kernwaffenfreien Zone, die die Volksrepublik Polen, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Deutsche Demokratische Republik und die westdeutsche Bundesrepublik umfaßt.

I.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stellt auch mit Genugtuung fest, daß sich die Regierung des Königreichs Schweden für eine kernwaffenfreie Zone von größtmöglicher Ausdehnung ausspricht, die die Staaten Mittel- und Nordeuropas umfaßt, daß die Regierung der Republik Finnland die Bedeutung einer kernwaffenfreien Zone in Europa für die internationale Entspannung hervorhebt und daß die der Nordatlantischen Vertragsorganisation angehörenden Königreiche Norwegen und Dänemark den Wert eines Zusammenschlusses von kernwaffenfreien Staaten anerkennen.

Im Interesse des deutschen Volkes an der Sicherung des Friedens würde es die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik außerordentlich begrüßen, wenn eine kernwaffenfreie Zone nicht nur aus den Staaten Mitteleuropas, sondern auch Nordeuropas gebildet würde. Sie erklärt schon jetzt ihre Bereitschaft, alle sich aus dem Anschluß an eine solche kernwaffenfreie Zone ergebenden Verpflichtungen zu übernehmen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik richtet an den 18-Staaten-Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen die Bitte, in geeigneter Weise zum Erfolg dieses Gedankens beizutragen.

II.

Eingedenk der Verpflichtung des deutschen Volkes, nach zwei Weltkriegen dafür Sorge zu tragen, daß vom deutschen Boden nie mehr ein Krieg gegen andere Staaten und Völker ausgeht, ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Auffassung, daß die allgemeine und vollständige Abrüstung in beiden deutschen Staaten und ihre militärische Neutralität die erstrebenswerte Lösung ist. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erachtet es im Interesse der Sicherung des Friedens für das deutsche Volk und die Völker Europas für dringend erforderlich, daß sich beide deutsche Staaten über die Verpflichtungen hinaus, die sich aus der Zugehörigkeit zu einer kernwaffenfreien Zone ergeben, zusätzlich zu einem Rüstungsstopp und einer Verminderung ihrer Streitkräfte und ihrer Bewaffnung verpflichten. Der Rüstungsstopp sowie die Verminderung der Streitkräfte und der Bewaffnung beider deutscher Staaten würden die Spannung in Europa verhindern und die Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten und den beiden Mächtegruppierungen, die sich in Europa gegenüberstehen, erleichtern. Die Deutsche Demokratische Republik erkennt dabei den Grundsatz an, daß aus der Schaffung

einer kernwaffenfreien Zone und der Rüstungsverminderung keiner Mächtegruppe einseitige militärische Vorteile erwachsen dürfen.

Ausgehend von diesen Überlegungen, hält die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eine besondere Kontrolle der Ausschaltung aller Arten von Kernwaffen und der Verminderung der konventionellen Streitkräfte in beiden deutschen Staaten für annehmbar. Sie hält es für möglich, daß die Kontrolle der Abrüstung auf dem Gebiet der Kern waffen und der konventionellen Streitkräfte in beiden deutschen Staaten durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission aus Vertretern der Organisation der Staaten des Warschauer Vertrages und der Staaten der Nordatlantischen Vertragsorganisation ausgeübt wird.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik würde wünschen, daß eine paritätische internationale Kommission sich bei der Ausübung der Abrüstungskontrolle auf Kontrollausschüsse in jedem der beiden deutschen Staaten stützt, die sich zusammensetzen aus Vertretern des Parlaments und der gesellschaftlichen Organisationen, das heißt der Gewerkschaften, der Frauen- und der Jugendorganisationen.

Mit der Schaffung einer internationalen Abrüstungsorganisation im Rahmen eines Abkommens über die allgemeine und vollständige Abrüstung würden die Befugnisse des paritätisch aus Vertretern des Warschauer Vertrages und der Nordatlantischen Vertragsorganisation zusammengesetzten Kontrollorgans von der Konferenz der Mitgliedstaaten eines Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung und einem einzusetzenden internationalen Kontrollrat übernommen.

Anerkennung der DDR unumgänglich

In Moskau, in Genf und nunmehr in Washington haben die USA die Berlin-Sondierungen im Einverständnis mit ihren Verbündeten geführt. Nichts ist normaler, als daß Rusk vor Beginn dieser dritten Gesprächsphase einen Plan aufstelle ... Was bei diesem Plan die Westdeutschen in Wallung bringt, ist der Umstand, daß er die Beteiligung der Sowjetzone an der Kontrolle der Verbindungswege zwischen der Bundesrepublik und Westberlin vorsieht. In diesem Organ würden sich Vertreter beider Teile Deutschlands gegenübersitzen. Ob man sie nun als „Sachverständige" oder „Techniker" bezeichnet, die Tatsache bleibt, daß sie von Bonn und Ostberlin geschickt werden.

Das stellt eine „de-facto"-Anerkennung des Pankower Regimes dar. Aber Bonn hat, ohne dies zugeben zu wollen, bereits durch die Zustimmung zu Wirtschaftsverträgen zwischen den beiden Teilen Deutschlands eine solche Anerkennung längst vollzogen. Wenn die Berliner Krise gelöst werden soll, dann ist das ohne eine de-facto-Anerkennung der Sowjetzone nicht möglich. La Suisse (Genf) v. 17. IV. 62

Dr. Thomas Dehler: Der Kommunismus als Sündenbock

Kaum noch eine Spur war vorhanden von der Erkenntnis der unfaßbaren Schuld des Nationalsozialismus, davon, daß er das Unmenschlichste war, was es jemals in der Menschheitsgeschichte gegeben hat, davon, welch fürchterliche Not von ihm ausgegangen war und daß jeder von uns zumindest durch sein politisches Versagen, das die Minderwertigen zur Herrschaft über ein anständiges Volk kommen ließ, Anteil daran hatte. Wir wissen, daß jene, die unter dem bitterbösen Rückschlag vom Osten gelitten haben, es besonders schwer hatten, über ihre verständlichen Empfindungen hinweg die wahre Ursachenfolge und die gerechte Schuldskala zu erkennen. Die deutschen Menschen hatten wieder einmal einen Sündenbock gefunden.

Es ist ein tiefer menschlicher Zug, sich einen Gegner zu schaffen, ihn in selbstgerechter Überheblichkeit zu verketzern und die eigene Schuld zu verdecken und sie dem anderen aufzubürden. Der verteufelte Gegner hat von vornherein unrecht — was er sagt, ist Lüge; es ist sinnlos, mit ihm zu verhandeln oder gar Verträge zu schließen. Man antwortet ihm mit Argwohn und Vorwürfen, die hinwiederum ihn in seiner Bosheit bestätigen und steigern. So entsteht das Phantom des gegenseitigen Todfeindes.

Abendzeitung (München) v. 27. IV. 62

Der neue Fall Oberländer

Es hat keinen Sinn, weil es auf eine bloße Selbsttäuschung herauskommt, alle unangenehmen Zwischenfälle auf östliche Provokation zurückzuführen, wenn man nicht selbst

alles getan hat, um eine eindeutige Lage herzustellen. Wir können jedenfalls bestätigen, daß in England ein ungeheures Mißtrauen besteht, und zwar nicht nur bei dem ausgesprochen linken Flügel der Arbeiterpartei, sondern auch bei konservativen und liberalen Kreisen, mit denen wir durchaus Gelegenheit hatten, uns zu unterhalten.

Schließlich war es auch nicht der „Daily Worker", die kommunistische Zeitung Englands, sondern die ehrwürdige, seriöse und konservative „Times", die den Versuch einer politischen Rehabilitierung Oberländers auf das schärfste kritisiert hat. Die Frage der Strafbarkeit oder des Nachweises der Kriminalität sind noch keine entscheidenden Gesichtspunkte für die Eignung einer Persönlichkeit, die Bundesrepublik als Minister oder als Gewährsmann einer demokratischen Partei nach außen zu vertreten und die demokratische Entwicklung nach innen zu formen. Bereits vor zehn Jahren galt es wie heute, daß Personen, die sich mit ziemlich hohem Rang in der Nazi-Hierarchie, in der deutschen Ostpolitik „glücklich" oder „unglücklich" betätigten, für Schlüsselfunktionen des demokratischen Staates absolut ungeeignet sind. Die Betätigung konnte gar nicht glücklich sein, weil sie von jedem Standpunkt aus, selbst von dem der bloßen Machtpolitik, auf ein schweres Fiasko hinausgelaufen ist. Zu den alten Torheiten heißt es eine neue und unverzeihliche hinzuzufügen, wenn man Personen mit der Steuerführung der Bundesrepublik oder einer demokratischen Partei beauftragt, die aufgrund ihrer Vergangenheit eine Atmosphäre des Mißtrauens schaffen müssen und bereits vom Start an die gesamte Außenpolitik aufs schwerste belasten. Seit längerer Zeit können nur solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch deutsche Gerichte nachgeprüft werden, die den Tatbestand des Mordes oder der Mittäterschaft oder Beihilfe zum Mord erfüllen. Andere Verbrechen sind verjährt. Das mag gut sein, da an einer Inflation von Prozessen, wie wir bereits früher einmal schrieben, nichts gelegen sein kann. Das kann aber nicht heißen, daß jedermann, dem man einen Mord nicht nachweisen kann, damit auch politisch rehabilitiert ist, wenn er Gruppen angehört hat, deren Aufgabe es war, die kolonisatorischen Ziele des Dritten Reiches und seine verschiedenen Zwischen- und Endlösungen mit gewaltsamen oder politischen Mitteln durchzusetzen.

Wir dürfen in diesem Zusammenhang auch die Erkenntnisse eines gelehrten Professors über die „Juden im osteuropäischen Raum" in die Erinnerung zurückrufen. Die Pseudo-Wissenschaftlichkeit hat die unmenschlichen Roheitsakte der Totschläger des Dritten Reiches erst besonders gefährlich gemacht, wie der Hexenhammer einst im Mittelalter den Folterern eine Systematik zur Verfügung stellte. Man soll sich keinen Illusionen darüber hingeben, daß das Erinnerungsvermögen dieser Generation von Zeugen und Überlebenden ausgelöscht oder durch die Konsequenzen des Ost-West-Konflikts paralysiert sei.

Dr. H. G. van Dam in: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland v. 13. IV. 62

Polnische Juden fordern Abberufung Heusingers

3200 polnische Juden in Amerika haben am Ostersonntag die Abberufung General Heusingers als Vorsitzenden des ständigen Militärausschusses der NATO verlangt. Auf einer Kundgebung anläßlich des Jahrestages des Aufstandes im Warschauer Getto, an der auch der polnische Botschafter in den Vereinigten Staaten teilnahm, forderten sie Präsident Kennedy in einer Resolution auf, „den Nazi-General Heusinger von seinem Posten zu entfernen" und ihn zu veranlassen, daß er amerikanischen Boden verläßt.

Kölnische Rundschau v. 24. IV. 62

Deutsche Luftfahrtschau 1962 in Hannover — „Meistersinger" und Millionen-Aufträge ...

Immer noch lebt die deutsche Luftfahrtindustrie fast gänzlich vom Aufrüstungsprogramm des Bundesverteidigungsministeriums. Unter den Klängen der „Meistersinger-Ouvertüre" hatte Strauß in der Halle I zur Besänftigung des aufgeregten Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Luft-Raumfahrt-Industrie, Dr. L. S. Rothe, bekanntgegeben, was das Ministerium in den letzten Jahren für die Luftrüstung ausgegeben habe: 1959 für Entwicklung 90 Millionen, für Fertigung 990 Millionen DM, 1960 110 bzw. 750, 1961 250 bzw. 1200 und 1962 350 bzw. 1600 Millionen DM. Dieses Programm umfaßt, soweit hinter den Geheimhaltungsvorschriften durchschimmert, rund 600 Starfighter F-104 Super, von denen einer etwa 5 Millionen DM kostet, 130 Fiat G. 91 (Erdkampfjäger), über 200 Düsen-

trainer Fouga Magister und rund 130 Noratlas. Einige Programme sind bereits erfüllt; in der Hauptsache die Starfighter, deren erster im Oktober 1961 von den Fließbändern lief, werden für die nächsten zwei bis drei Jahre noch die in die Nord- und die Südgruppe eingeteilten deutschen Werke beschäftigen.

Süddeutsche Zeitung v. 30. IV./1. V. 62

de Gaulles Manipulationen

Er hat sich die Ermächtigung erteilen lassen, das Gebäude der Fünften Republik durch einen Umbau seines Verfassungsgerüsts gegen Erschütterungen zu sichern, die sich infolge einer starken Verschiebung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse durch künftige Wahlen ereignen könnten ... Dennoch hat de Gaulle die von Debré vorgeschlagene Parlamentsauflösung abgelehnt. Er will den normalen Wahltermin im Jahre 1963 einhalten und die Wartezeit benützen, um durch Umbau der Verfassung die Position des Präsidenten der Republik so zu befestigen, daß sie durch Wahlgewinne der äußersten Linken und Verschiebungen im parlamentarischen Kräftespiel nicht mehr aus den Angeln gehoben werden könnte ...

Neue Zürcher Zeitung v. 20. IV. 62

35 000 Menschen bei der Ostermarsch-Schlußkundgebung in London

Rund 35 000 Menschen nahmen am Ostermontag an der Schlußkundgebung des traditionellen Alder-Maston-Marsches der britischen Atombombengegner im Londoner Hydepark teil. Wie schon in den letzten vier Jahren, hatten wiederum mehrere tausend Demonstranten die 80 Kilometer lange Strecke von der Atomforschungsanstalt Alder-Maston nach London in einem viertägigen Fußmarsch zurückgelegt. In London schwoll der mehrere Kilometer lange Zug auf 20 000 Teilnehmer an. Im Hydepark hatten sich weitere 15 000 — unter ihnen allerdings viele Schaulustige — eingefunden, um die Appelle der Atombombengegner gegen eine Wiederaufnahme der amerikanischen Atombombenversuche zu hören.

Stuttgarter Zeitung v. 24. IV. 62

Erklärung von Dr. Günther Anders zu den neuen amerikanischen Atomversuchen

Die Vereinigten Staaten, die noch vor wenigen Monaten die Gewissenlosigkeit atomarer Tests mit äußerster Entrüstung verurteilt hatten, haben nun nicht nur das so Verurteilte selbst wieder durchgeführt, sondern sogar die Kühnheit aufgebracht, ihr Tun mit den gleichen Vorwänden zu rechtfertigen, die sie noch eben als verlogen gebrandmarkt hatten; und die Sowjetunion, die noch eben das gleiche getan, hat den nicht geringeren Mut, in die gleiche Entrüstung auszubrechen, in die damals die Vereinigten Staaten ausgebrochen waren. Beide Staaten sollten sich im klaren darüber sein, daß dieser nun schon zum Gewohnheitsspiel gewordene Rollentausch Millionen mit Mißtrauen, Empörung und Verdüsterung erfüllt; und daß diese Millionen in Kürze die zwei einander so ähnlichen Spieler als einen einzigen Feind, den Feind der Menschheit, betrachten werden.

Das Tauschspiel ist um so gewissenloser, als es um so verhängnisvoller wird, je länger es gespielt wird. Damit meine ich nicht nur, daß die gesundheitliche Gefährdung von Mal zu Mal bedrohlich anwächst, sondern auch, daß die Kontinuität der Tests die Wahrscheinlichkeit eines atomaren Krieges kontinuierlich steigert. Vollends verdüstert uns die Absurdität dieses Spieles, denn da jedes der zwei Länder ohnehin in der Lage ist, das andere, sich selbst und die Unbeteiligten total auszulöschen, läuft es auf Schwachsinn heraus, die Macht der Totalvernichtung noch ‚verbessern' zu wollen. Die Tatsache, daß sich dieser Schwachsinn innerhalb eines gewaltigen, in sich rational arbeitenden Apparats verwirklicht, macht diesen nicht besser, umgekehrt nur erschreckender.

Wir befinden uns bereits in der moralisch beschämenden Situation, in der die Menschheit denjenigen als den Retter preisen würde, der die Einsicht aufbrächte, daß das Ende nur durch Beendigung dieses Spiels vermieden werden kann, der also darauf verzichten würde, das letzte Wort zu behalten. Wer von beiden das tut, ist gleichgültig; daß es getan werde, unerläßlich.

Wien, den 26. 4. 1962

Bemerkungen

Prof. Dr. Albert Jan Rasker ist 1906 in Zwolle (Niederlande) geboren. Er studierte in Groningen und Zürich Theologie. Seit 1931 Pfarrer in der niederländischen reformierten Kirche, wurde er 1939 Rektor der Theologischen Hochschule in Djakarta (heute Indonesien). Seit 1954 hat er eine theologische Professur an der Universität Leiden. Er liest vor allem über christliche Ethik. Prof. Rasker ist Vorsitzender des niederländischen „Konvent für ein neues politisches Ethos".

Dieter Linz ist evangel. Pfarrer in Köln-Longerich.

Peter Walter ist evangel.-reform. Pfarrer in Gelterkinden/Baselland (Schweiz).

Soeben erschienen als Sonderheft der „Blätter":

DOKUMENTATION ZUR GESCHICHTE DER WIEDERAUFRÜSTUNG DER BUNDESREPUBLIK

Preis DM 2,— für Abonnenten DM 1,50.
Vgl. die diesem Heft beiliegende Bestellkarte.

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof.Dr. Geoffrey Barraclough
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
RA Erwin Fischer
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayiron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Viktor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Oreste Rosenfeld
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari

Bemerkungen

Prof. Dr. Albert Jan Rasker ist 1906 in Zwolle (Niederlande) geboren. Er studierte in Groningen und Zürich Theologie. Seit 1931 Pfarrer in der niederländischen reformierten Kirche, wurde er 1939 Rektor der Theologischen Hochschule in Djakarta (heute Indonesien). Seit 1954 hat er eine theologische Professur an der Universität Leiden. Er liest vor allem über christliche Ethik. Prof. Rasker ist Vorsitzender des niederländischen „Konvent für ein neues politisches Ethos".

Dieter Linz ist evangel. Pfarrer in Köln-Longerich.

Peter Walter ist evangel.-reform. Pfarrer in Gelterkinden/Baselland (Schweiz).

Soeben erschienen als Sonderheft der „Blätter":

DOKUMENTATION ZUR GESCHICHTE DER WIEDERAUFRÜSTUNG DER BUNDESREPUBLIK

Preis DM 2,— für Abonnenten DM 1,50.
Vgl. die diesem Heft beiliegende Bestellkarte.